



Südafrika 2020:
Lebendige Vergangenheit - Ungewisse Zukunft

*Beiträge über den Zustand der südafrikanischen
Demokratie*

Südafrika 2020

Lebendige Vergangenheit – Ungewisse Zukunft

Beiträge zum Zustand der Südafrikanischen Demokratie



Vorwort

Südafrikas Transformation von einem Unrechtsregime eines weißen Apartheidstaates hin zur Demokratie gilt weithin als Erfolgsfall. Als FW de Klerk im September 1989 das Amt des südafrikanischen Staatspräsidenten übernahm, war er weitsichtig genug, um das drohende Ende des Apartheidsystems zu erkennen. Anders als die meisten Regierungschefs autoritärer Staaten beharrte er nicht auf dem Status Quo, sondern wählte den Weg der Öffnung. Die von ihm veranlasste Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandelas aus dessen 27-jähriger Haft erwies sich als weiterer Glücksfall der Geschichte, denn Mandela propagierte Versöhnung statt Revanchismus. Es ist der Größe und Führungsstärke Mandelas zu verdanken, dass Südafrika der Übergang zur Demokratie gelang und so gilt Mandela noch heute – zu Recht – als Vater der sogenannten „Regenbogennation“ Südafrika.

Mit dem politischen Wechsel veränderte sich Mandelas Befreiungsorganisation, der *African National Congress* (ANC), zu einer politischen Partei. Statt Freiheitskampf war fortan Parteipolitik angesagt. Die Popularität Mandelas und des ANC sorgten dafür, dass die Partei auf Jahrzehnte hinweg mit einer erdrückenden Mehrheit und starkem demokratisch legitimierten Mandat regieren konnte. Doch unterschätzte Herausforderungen und überzogene Erwartungen dämpften vielerorts die Hoffnungen auf ein besseres Leben. Obwohl die Lebensqualität für die meisten Südafrikaner heutzutage deutlich höher ist, gelang es der ANC-Regierung nicht, Ungleichheit und Armut effektiv zu bekämpfen. Frust und Enttäuschung in der Bevölkerung über den ANC stiegen zusätzlich durch Korruption, Klientelismus, Misswirtschaft und Inkompetenz in der Regierung.

30 Jahre nachdem FW de Klerk das Ende der Apartheid verkündete, spielen Ungerechtigkeiten und Verletzungen der Vergangenheit noch immer eine große Rolle in der Gegenwart. Die gesellschaftliche Zerrissenheit wurde nicht in dem Maße überwunden, wie es scheint und so verwundert es kaum, dass heute viele Südafrikaner mit der Idee der „Regenbogennation“ hadern, in der alle Hautfarbengruppen heimisch sind. Radikale, populistische und gemäßigte Kräfte der Opposition versuchen gleichermaßen von dem Abwärtstrend des ANC zu profitieren, allerdings reagieren die meisten Wähler mit Apathie und Enthaltung. Wem auch immer es gelingen mag, ein neues politisches Angebot für die Wähler zu formulieren, gehört die Zukunft. Die etablierten Parteien zeigen hingegen, dass sie dazu derzeit nicht in der Lage sind.

Die Freude über eine gelungene Transformation verblasst immer mehr angesichts der harten Realitäten der Gegenwart. Ohne den notwendigen politischen Willen bleibt das Land jedoch weiterhin in Diskussionen der Vergangenheit gefangen und blickt einer visionslosen Zukunft entgegen. Die nachstehenden Artikel sollen einen Überblick über den aktuellen Zustand der südafrikanischen Demokratie geben, ohne den Blick in die Vergangenheit zu vernachlässigen.

Seit den frühen 1980'er Jahren ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in Südafrika aktiv. Zusammen mit verschiedenen Partnern aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft arbeitet sie für ein geeintes Südafrika für alle. Das weitere Schicksal Südafrikas hat aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Landes eine Signalwirkung für den gesamten afrikanischen Kontinent und verdient daher besondere Aufmerksamkeit.

Henning Suhr
Johannesburg, den 6. März 2020

Südafrika 2020

Lebendige Vergangenheit – Ungewisse Zukunft

Inhaltsverzeichnis

1. Länderbericht: *Südafrikas schwerer Reformweg*, Februar 2020 S. 2
[Henning Suhr](#)
2. Vortrag: *Südafrika braucht einen neuen Sozialpakt*, Oktober 2019 S. 7
[Mcebisi Jonas](#)
3. Vortrag: *Warum fasst die Demokratie nicht Fuß?*, Oktober 2019 S. 11
[Moeletsi Mbeki](#)
4. Länderbericht: *Südafrika hat gewählt*, Mai 2019 S. 27
[Henning Suhr](#)
5. Meinungsartikel: *Bessere Regierungsführung, Koalitionen und Pragmatismus begünstigen wirtschaftliche Erholung*, März 2020 S. 35
[Christiaan Endres](#)
6. Länderbericht: *ESKOM - Südafrikas Gretchenfrage?*, März 2020 S. 39
[Moritz Sprenger](#)
7. Analyse: *Ist der ANC reformfähig?*, März 2020 S. 46
[Henning Suhr](#)
8. Artikel KAS-Auslandsinformationen: *Die vergessene Krise: Gesundheitspolitik in Südafrika und der Umgang mit HIV*, März 2019 S. 71
[Michaela Braun](#)

Februar 2020

Länderbericht

KAS Südafrika

Lage der Nation: kritisch

Südafrikas schwerer Reformweg

Am 13. Februar 2020 hielt Präsident Cyril Ramaphosa die jährliche Regierungsansprache vor dem Parlament. In der „State of the Nation Address“ (SONA) skizzierte er einmal mehr seine Reformpolitik, die das Land wieder auf Vordermann bringen soll. Dem Optimismus des Präsidenten steht jedoch eine skeptische Grundhaltung in Südafrika entgegen. Zu oft wurde viel versprochen, aber wenig gehalten. Den wenigen Lichtblicken steht eine Reihe von Herkulesaufgaben bevor. Ramaphosa griff wichtige Punkte auf, doch stellt sich die Frage der Finanzierung seiner Vorhaben. Derweil zieht die Wirtschaftskrise in Südafrika weitere Kreise: lokale Stromausfälle sind an der Tagesordnung, haarsträubende Korruptionsfälle werden nicht in gewünschtem Maße aufgearbeitet und das Haushaltsdefizit wird immer größer.

Henning Suhr

Erst mit rund zwei Stunden Verzögerung konnte Präsident Ramaphosa mit seiner Rede zur Lage der Nation beginnen. Grund waren die permanenten Störungen der 44 Abgeordneten der Fraktion der Economic Freedom Fighters (EFF). Die linksradikale Partei kündigte bereits Tage zuvor an, dass man die Rede stören werde, so wie dies schon zu Präsident Zumas Zeiten der Fall war. Die übrigen 356 Abgeordneten der Nationalversammlung, geladene Vertreter der Exekutive, der Judikative, des diplomatische Korps, religiöse Würdenträger, ehemalige Amtsträger, Medienvertreter sowie weitere hochrangige Gäste mussten erleben, wie die EFF die demokratischen Spielregeln missbrauchten, um auf populistische und aggressive Weise um die Aufmerksamkeit der Nation zu heischen.

Permanente Ein- und Widersprüche der EFF in Bezug auf die Geschäftsordnung wurden mit politischen Botschaften gespickt, die bisweilen zu lautstarken Ausrufen führten. Erst wurde gefordert, dass der anwesende Ex-Präsident de Klerk den Saal zu verlassen habe, später sollte der Minister und Abgeordnete Pravin Gordhan gehen, da dieser die Schieflage der Staatsunternehmen zu verantworten habe.

In einem Gespräch am Rande gaben EFF-Vertreter unumwunden zu, dass man alles daransetzen werde, die SONA so lange es geht zu stören. Nicht nur wurde die Autorität der zögerlichen Parlamentspräsidentin Thandi Modise und ihres Stellvertreters Amos Maseko

untergraben, sondern Ramaphosa verlor einen Teil der Medienaufmerksamkeit bei der für ihn so wichtigen Ansprache vor der politischen Elite des Landes.

Ramaphosas Rede zur Lage der Nation im Überblick

Dabei sprach der Präsident durchaus die richtigen Dinge an. Leitthema der Rede war integratives Wachstum und der Aufruf, gemeinsam an einem prosperierenden Südafrika zu arbeiten, an dem alle Bürger teilhaben. Er erinnerte an den Gründungsmythos des demokratischen Südafrikas, als Unterschiede überwunden und Kooperation zwischen den verschiedenen politischen Kräften und auch den Sozialpartnern möglich war. Ferner sprach der Präsident die Probleme des Landes an. So erwähnte er die – besonders unter jungen Leuten – hohe Arbeitslosigkeit, ökonomische Ungleichheit und Armut, das Haushaltsdefizit, die Missstände im Bildungssystem, die Schieflage der staatseigenen Betriebe oder auch überbordende Gewalt gegen Frauen.

Als lobenswerten Lichtblick versprach der Präsident, dass es künftig der Privatwirtschaft und Kommunen gestattet werden soll, ihren Strom mit einer größeren Kapazität als ein Megawatt selbst zu produzieren. Vor allem soll dadurch der Ausbau regenerativer Energien gefördert werden. Ferner solle der staatseigene und bisherige Strommonopolist Eskom restrukturiert werden. Strom aus erneuerbaren Energien, Gas, Wasserkraft und Kohle sowie die Kapazitäten von Batteriespeicherung sollen dahingehend ausgebaut werden, dass die für die Wirtschaft so schädlichen Stromausfälle vermieden werden.

Zur weiteren Stimulation der Wirtschaft und zur Arbeitsplatzbeschaffung sollen arbeitsintensive Industrien gefördert werden. Ein Infrastrukturfonds soll den Bausektor unterstützen. Mehr Wettbewerb soll für besseren Marktzugang für Anbieter sorgen. Sektoren wie die Landwirtschaft, die eine hohe Zahl Niedrigqualifizierter absorbiert, sollen verstärkt gefördert werden. Gezielte Maßnahmen sollen zudem die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Etwa zwei Drittel der jungen Leute geht keinerlei Tätigkeit nach.

Besondere Maßnahmen sieht Ramaphosa auch zur Stärkung der Regierungsführung auf lokaler Ebene vor. Dazu zählt auch die Bekämpfung der Korruption, die in Südafrika eines der größten Hindernisse bei der Umsetzung der Regierungspolitik darstellt.

Ramaphosa ist zudem um die Stärkung der staatlichen Institutionen bemüht. Allen voran Justiz und Strafverfolgungsbehörden, aber auch die Steuerbehörde sind wichtige Instrumente, um Vetternwirtschaft und Korruption zu bekämpfen, aber auch um die Staatseinnahmen zu erhöhen.

Das Zeitfenster für Reformen schließt sich

Wichtigstes Ziel ist jedoch die Erhöhung des Wirtschaftswachstums. Gemeinhin ist die südafrikanische Wirtschaftsstruktur so beschaffen, dass Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze für Arbeitssuchende aller Qualifizierungsgrade schafft. Dadurch steigen Steuereinnahmen, während Sozialausgaben sinken. Zur Steigerung des Wirtschaftswachstums ist Südafrika auch auf Auslandsinvestitionen angewiesen. Hierfür müssen jedoch die wirtschaftlichen Eckdaten stimmen. Ein ausgeglichener Haushalt, eine stabile Währung und Rechtssicherheit sind wichtige Voraussetzungen.

Trotz der positiven Worte gelang es Ramaphosa nicht zu überzeugen. Zu sehr ähnelte seine Rede zur Lage der Nation seinen früheren Ansprachen. Seit zwei Jahren ist Ramaphosa mittlerweile im Amt, doch scheint sich der Alltag für viele Südafrikaner nicht zum Besseren, sondern eher zum Schlechteren zu wandeln. Während in den Medien von Fällen maßloser Korruption berichtet wird, scheinen die Strafverfolgungsbehörden nur langsam oder gar nicht zu reagieren.

Zeitgleich offenbart sich, wie kritisch die Lage bei den Staatskonzernen ist, von denen viele marode oder gar technisch pleite sind. Der Staat hat kaum Mittel, um die Konzerne finanziell zu stützen. Es ist diese Realität, die die Aussagen Ramaphosas ungläubig erscheinen lassen. Oppositionsvertreter und Analysten fragen sich, woher der Präsident die finanziellen Mittel nehmen möchte, mit denen er seine vielen Versprechungen umsetzen möchte.

Interne ANC-Machtkämpfe mindern Durchschlagskraft Ramaphosas

Das grundsätzliche Problem des Präsidenten ist, dass er mit seinem Reformweg innerhalb seiner eigenen Partei auf viel Widerstand stößt. Jahrzehntelange Alleinherrschaft des ANC haben dazu geführt, dass sich eine Kultur der Selbstbereicherung in der Partei etabliert hat. Zudem läuft der Gewerkschaftsverband COSATU, die seit Ende der Apartheid in einer Wahlallianz mit dem ANC stehen, gegen jegliche Privatisierungsvorhaben Sturm, da ihre Mitglieder überwiegend in den Staatsbetrieben arbeiten. Außerdem ist innerhalb des ANC die Annahme weit verbreitet, dass breit gefächelter Wohlstand nur mit großen Staatskonzernen in Schlüsselbereichen zu erreichen sei. Dabei liegt das Gegenteil auf der Hand. Egal, ob es um Eskom, die staatliche Fluglinie South African Airways, den Transport- und Logistikkonzern Transnet, den Personenbeförderer PRASA oder die Straßenbauagentur SANRAL geht: in den Staatsbetrieben herrschen Misswirtschaft, Verschuldung, Veruntreuung und Klientelismus. Die Schieflage der Staatsunternehmen – vor allem bei Eskom – können aufgrund ihrer Größe das ganze Land in den Abgrund reißen. Über Jahre hinweg dienten die Staatsunternehmen als Postenbeschaffer für meist inkompetente ANC-Politiker, die sich nicht selten zu Unrecht bereicherten.

Die Ankündigung Ramaphosas, die Staatskonzerne zu reformieren, sehen viele seiner Parteifreunde mit Argwohn, da sie um ihre Macht und Pfründe fürchten. Der ANC ist gespalten zwischen denjenigen, die Ramaphosas Reformkurs mittragen und denen, die das zu verhindern versuchen. Nicht selten sind letztere dem Lager des ehemaligen Präsidenten Zuma zuzuordnen. Personen, die dem Präsidenten nahestehen, sehen sogar die Möglichkeit, dass dem ANC eine Spaltung droht. Cyril Ramaphosa versucht dies zu verhindern. Lieber würde er als schwacher Präsident wahrgenommen, als dass er den ANC spalte, so ein Biograph Ramaphosas. Für den Kurs der langsamen, aber stetigen Reformen fehlen den meisten Bürgern jedoch Geduld und Verständnis. Sie erleben den Präsidenten als durchsetzungsschwach und wünschten sich mehrheitlich den großen Rundumschlag, bei dem Amtsträger mit zweifelhaftem Ruf entlassen oder gar der Prozess gemacht werden würde.

Die EFF versuchen aus der Krise politisches Kapital zu schlagen, indem sie den ANC rhetorisch links überholen. Die Veruntreuungsskandale, in die hochrangige Politiker des EFF verstrickt sind, hindern die Partei nicht daran, den ANC als abgehobene Elite darzustellen, die sich selbst bereichert und das einfache, schwarze Volk verraten haben. Mit aggressiver Agitation greifen die EFF die weiße Minderheit an, die mit dem Kapital zur Korruption der Regierung beitrüge. Es sind besonders junge, schwarze Wähler, die sich von der populistischen Rhetorik des Parteivorsitzenden Julius Malema angezogen fühlen. Die Partei selbst ist straff hierarchisch von oben nach unten organisiert. Malema selbst hat entschieden, sich nicht als „Parteivorsitzenden“, sondern als „Oberbefehlshaber“ zu bezeichnen.

Die Partei konnte bei den Wahlen 2019 von 6,4 auf 10,8 Prozent der Stimmen zulegen und stellt somit die drittstärkste Kraft in der Nationalversammlung. An allen großen Universitäten des Landes sind die EFF in den Studentenparlamenten stark vertreten. Je mehr das Wahlklientel des ANC altert und der Nimbus als Befreier des Landes verliert, umso eher profitieren die EFF. Sie versprechen neben der politischen auch die ökonomische Befreiung der schwarzen Bevölkerung und prangern die harsche ökonomische Ungleichheit in

Südafrika an. Diese ist zwar allgegenwärtig, doch versinnbildlichen die EFF diese in ihrer Agitation an den „reichen Weißen“, die die „armen Schwarzen“ noch immer ausbeuteten. Sicherlich gehört die weiße Minderheit überproportional zur Mittel- und Oberschicht an. Doch es wird kaum berücksichtigt, dass die schwarze Bevölkerung deutlich aufgeholt hat und zahlenmäßig in allen Schichten stärker vertreten ist. Freilich wird in der öffentlichen Diskussion meist wenig differenziert.

Altpräsident de Klerk relativiert Apartheid

30 Jahre nach der Ankündigung des damaligen Präsidenten de Klerk, das Apartheidregime aufzulösen, debattiert man in Südafrika wieder mehr denn je über Rassismus in all seinen Formen. Unnötigerweise war es der Friedensnobelpreisträger selbst, der jüngst Öl ins Feuer goss, als er in einem 25-minütigen Fernsehinterview in einem Nebensatz anzweifelte, ob Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu werten ist. Für die EFF waren das eine passende Gelegenheit, bei der SONA lautstark den Verweis de Klerks zu fordern, da sie wussten, dass der ANC ihn trotz der Verwerflichkeit seiner Aussage nicht von der SONA ausschließen würde. Letztlich revidierte de Klerk seine Aussage ein paar Tage später über eine Mitteilung seiner Stiftung, doch zeigt der Vorfall wie leicht es in Südafrika sein kann, Politik entlang Hautfarben bedingter Trennlinien zu machen.

Die größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance (DA), wusste wiederum nicht so recht, wie sie mit der Aussage de Klerks umgehen sollte. Die Partei hat turbulente Monate hinter sich. Nachdem man einen leichten Rückgang bei den Wahlen 2019 verzeichnete, erhöhte sich der Druck auf den damaligen Parteivorsitzenden Mmusi Maimane. Wenige Monate nach der Wahl trat dieser zurück, als die ehemalige Provinzgouverneurin des Western Cape, Helen Zille, auf die wichtige Position der Vorsitzenden des föderalen Exekutivrates der Partei gewählt wurde. Auch der beliebte, aber nicht unumstrittene Bürgermeister Johannesburgs, Herman Mashaba, trat zurück, da er und Maimane wussten, dass Zille an ihrer Absetzung arbeiten würde. Die Tatsache, dass mit Maimane und Mashaba zwei schwarze Führungspersonen der DA ihren Rücktritt einreichten, entpuppte sich als Imagedesaster für die Partei, die ohnehin den weitverbreiteten Ruf hat, den Interessen der (reichen) weißen Minderheit Vorrang zu geben.

Als Maimane Parteivorsitzender war, trieb er die Öffnung der Partei für junge, urbane Wähler der schwarzen Mittelschicht voran. Damit gingen auch Positionsverschiebungen einher. Beispielsweise machte er zweideutige Aussagen über das „Black Economic Empowerment“-Programm des ANC, nach dem Schwarze prioritär eingestellt werden müssen. Strategisch machte der Kurs Maimanes Sinn, da die DA ansonsten ihr Wählerpotential nicht ausweiten konnte. Damit einhergehend verlor die Partei jedoch eine geringe Anzahl von weißen Wählern an die ethno-konservative Partei Freedom Front Plus, die sich vor allem für die Interessen der Weißen im Land einsetzt. Der Verlust an hauptsächlich weißen Wählerstimmen war Grund genug, dass sich in der DA parteiinterner Widerstand gegen Maimane bildete. Interimsparteivorsitzender ist seither der Fraktionschef der DA in der Nationalversammlung, John Steenhuisen. Er versucht vor allem, Ruhe in die Partei bringen. In einer kürzlich gehaltenen Rede bekannte er sich dazu, dass die DA auf Koalitionspartner angewiesen sei, möchte man in Regierungsverantwortung gelangen. Hierfür sei ein Paradigmenwechsel notwendig. Koalitionsregierungen sind in Südafrika aufgrund der bisherigen Dominanz des ANC Neuland. Mit dem steten Niedergang der Regierungspartei ANC sind Koalitionen jedoch unausweichlich. Bisher haderten die Parteien mit dem richtigen Umgang mit Koalitionen. Einige Koalitionen auf lokaler Ebene scheiterten kläglich und führten zu Resignation unter den Wählern.

Der ehemalige DA-Vorsitzende Maimane arbeitet seither am Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Bewegung mit politischen Zielen. Seiner Meinung nach fehle es an der

Bindung zwischen Bürgern und Parteien, weshalb man mit einer neuen Bewegung beginnen müsse. Sein ehemaliger Parteifreund Mashaba verliert derweil keine Zeit. Er hat die Neugründung einer Partei angekündigt, die vermutlich eine konservative, marktwirtschaftliche Ausrichtung haben und bereits bei den Lokalwahlen im Jahr 2021 antreten dürfte. Zuvor loteten Maimane und Mashaba die Möglichkeiten für ein gemeinsames politisches Projekt aus, doch konnte man sich letztlich nicht einigen.

Vor dem Hintergrund, dass Koalitionsregierungen zur politischen Zukunft Südafrikas gehören, macht der Versuch einer Parteinengründung Sinn. Der Unmut in der Bevölkerung über den ANC wird weiterhin zunehmen, da die Versorgung von Basisdienstleistungen wie Wasser, Strom, Bildung, Sicherheit, Transport und Wohnungsbau immer mehr in Mitleidenschaft gerät. Die großen Oppositionsparteien DA und EFF versuchen Wählerstimmen abzugreifen, doch angesichts einer effektiven Wahlbeteiligung von rund 50 Prozent ist es der Kampf um die (überwiegend schwarzen) Nichtwähler, der über die politische Zukunft Südafrikas entscheiden wird.

September 2019

Vortrag

KAS Südafrika

Vortrag beim Public Theology Seminar, Bishopscourt/Kapstadt, 2. September 2019

Südafrika braucht einen neuen Sozialpakt

Mcebisi Jonas

Die Wahlergebnisse 2019 zeichnen ein deutliches Bild: die Parteien der politischen Mitte schrumpfen, während links und rechts populistische Ideologen an Zuspruch gewinnen. Besorgniserregend ist hierbei auch der Rückgang bei der Wahlbeteiligung. Erstmals ging 2019 weniger als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung zur Wahlurne, und lediglich ein Viertel vertraute letztendlich dem Wahlsieger, dem African National Congress (ANC), seine Stimme an.

Diese Ablehnung der politischen Institutionen ist kein Zufall. Sie geht einher mit einer Zunahme der außerparlamentarischen Politik, die sich in immer häufigeren öffentlichen Protesten gegen ausbleibende öffentliche Dienste äußert, den sogenannten „service delivery protests“. Zusammengenommen sind die Entwicklungen Folge der seit über zwei Jahrzehnten stetig ansteigenden Arbeitslosigkeit sowie der Ausgrenzung der Jugend aus dem Wirtschaftsleben. Die Arbeitslosigkeit hat erstaunliche 27,5 Prozent erreicht, während die Jugendarbeitslosigkeit auf bis zu 50 Prozent geschätzt wird. Die gesellschaftlichen Gruppierungen, die am meisten von dem Kompromiss von 1994 profitierten, der das Ende der Apartheid markierte – nämlich etablierte Unternehmen, die neue schwarze Elite und die Gewerkschaften – haben begonnen, getrennte Wege zu gehen, da sich ihr jeweiliger Ausblick angesichts der wirtschaftlichen Stagnation zunehmend verdüstert.

Es gibt zwei weit verbreitete Interpretationen des Abkommens von 1994. Die erste ist nostalgisch. Sie betrachtet das Abkommen als Grundlage der „Regenbogennation“, als Symbol jener Zeit, in der sich die Südafrikaner aus ihren engen ideologischen Zwangsjacken befreiten und das nationale Interesse über alles andere stellten. Die zweite Einstellung ist regelrecht zynisch. Sie interpretiert den Konsens von 1994 als eine Aufteilung von Macht und Reichtum unter den Eliten, bei der die Interessen der einfachen Südafrikaner zu kurz kamen.

Beide Sichtweisen sind irreführend. Richtiger ist es, das Abkommen im Kontext seiner Zeit zu betrachten. 1994 stellte es die einzige Möglichkeit dar, eine friedliche, auf dem Verhandlungsweg erzielte politische Lösung durchzusetzen. Ungeachtet der Kritik, die man am heutigen Südafrika und seinen vielen Mängeln üben mag, haben sich die Lebensumstände der Südafrikaner stark verbessert. Der Staat hat den sozialen Wohnungsbau in massivem Maß vorangetrieben, immer mehr Haushalte wurden an das (in letzter Zeit allerdings von häufigen Ausfällen geplagte) Stromnetz angeschlossen, und immer mehr Menschen wurde der Zugang zu Trinkwasser gesichert. Südafrika verfügt über ein soziales Sicherheitsnetz, das eine enorme

Umverteilung zugunsten der Ärmsten bewirkt und das Land in dieser Hinsicht mit an die Spitze der Entwicklungsländer stellt.

Aber was 1994 ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung war, hält uns jetzt zurück. Bei der Kompromisslösung handelte es sich in erster Linie um eine politische Einigung mit einer Verfassung, die die Bürgerrechte schützte und die Regierung dazu anhielt, dass Unrecht der Vergangenheit wiedergutzumachen. Wirtschaftliche Fragen wurden im Rahmen der Einigung jedoch ausgeklammert, möglicherweise deshalb, weil alle Aufmerksamkeit der Beendigung des Blutvergießens der letzten Apartheidjahre und der Einführung der Demokratie galt. Diese wirtschaftspolitische Lücke wurde von einer ganzen Reihe von Regierungsplänen gefüllt, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum beitragen sollten. Jedoch konnten die Pläne – abgesehen von einigen guten Jahre Mitte der 2000er – mit der wachsenden Zahl der Arbeitslosen nicht Schritt halten. Aller Fortschritt wurde unter der Last steigender Inflation, Korruption und Staatsvereinnahmung („state capture“) sowie einer sich verschlechternden globalen Konjunkturlage erdrückt.

Die augenscheinliche politische Verwirrung der beiden vergangenen Legislaturperioden öffnete korrupten und mächtigen Wirtschafts- und Regierungsvertretern Tür und Tor. Falls sich die Politik des „Durchwurstelns“ des vergangenen Jahrzehnts fortsetzen sollte und wenn die Reformer im ANC den Kampf gegen die Gruppierungen verlieren, die ihre Macht im Rahmen der *state capture* ausbauen, ist Zerstörung und Zerrüttung die logische Folge. Unter diesen Umständen setzen sich die Trends des letzten Jahrzehnts fort: Es werden weiter politische Renten extrahiert, die Korruption grassiert, die Funktionsfähigkeit und Legitimität des Staates nehmen weiter ab, das Vertrauen der Investoren und damit das Investitionsvolumen schwinden, die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit steigt, und mit der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen steigen auch die sozialen Spannungen immer weiter an.

Man kann sich den Ablauf dieses Szenarios so vorstellen: Geringes Wachstum und sinkende Pro-Kopf-Einkommen schüren unter den Armen und Geringverdienern Frustration und Unzufriedenheit. Die Unterstützung für die Regierung und die Regierungspartei nimmt ab. Es entsteht ein wachsendes Krisengefühl. Abnehmende Staatseinnahmen und die schwindende Legitimität des Staates wirken sich auf dessen Fähigkeit aus, die Gesellschaft aus der Krise zu führen. Um die abhanden gekommenen Wähler zurückzugewinnen, sucht die Regierungspartei ihr Heil im Populismus, was direkt auf Kosten von Investitionen und Beschäftigung geht. Dies verstärkt den Teufelskreis aus schwindender Legitimität, abnehmenden Investitionen, steigender Arbeitslosigkeit und zunehmendem sozialen Zwist weiter.

Und da die politische Elite ihre Macht auf der Grundlage von schwindenden Ressourcen und politischen Renten konsolidiert, nimmt der Spielraum ab, das Stillhalten unzufriedener Bürger durch Wohltaten zu erkaufen. Auch der Spielraum, die Sozialhilfe zu erhöhen oder weiteren Personenkreisen zur Verfügung zu stellen, wird immer weiter eingeschränkt. Zunehmenden öffentlichen Protesten wird mit wachsendem Autoritarismus begegnet, auch um die Forderungen der Zivilgesellschaft nach mehr Rechenschaft zu schwächen. Dieses Szenario können wir uns kaum leisten. Es würde das Ende des Befreiungsprojekts bedeuten, dessen eigentlicher Zweck ja die Stärkung der Menschenrechte und der Schutz der Menschenwürde waren.

Gebraucht wird „constructive disruption“

Wir brauchen einen konstruktiven Strukturbruch, der grundlegende institutionelle und wirtschaftliche Reformen einleitet – und zwar gleichzeitig. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass belastbare Institutionen enorm wichtig sind und auf die wirtschaftliche

Entwicklung von Ländern einen entscheidenden Einfluss haben. Inklusive ökonomische Systeme tendieren eher dazu, nachhaltigen Wohlstand auf breiter Fläche zu produzieren. Zugleich widerspiegeln Institutionen jedoch den Akkumulationsansatz ihrer jeweiligen Volkswirtschaften. Wo es einige Wenige dank politischer Rentenabschöpfung zu Wohlstand bringen, während Innovation und Produktivität nicht belohnt werden, sind Institutionen immer bedroht.

Die Situation stellt uns vor ein Dilemma. Wir brauchen inklusive Institutionen, um die Wirtschaft dahingehend umzustrukturieren, dass sie höhere Wachstumsraten erreicht, von denen mehr Menschen profitieren. Dem stehen jedoch die Interessen der Eliten entgegen, die die politischen Renten kontrollieren und die aktiv dringend benötigte Innovationen und den institutionellen Wandel verhindern. Die Gretchenfrage lautet, wie man dieses Schema durchbrechen kann.

Die Lage Südafrikas lässt sich als „middle income trap“ bezeichnen. Einerseits kann das Land aufgrund relativ hoher Löhne im arbeitsintensiven Niedriglohnsektor nicht mit ärmeren Ländern konkurrieren. Umgekehrt ist es auch in anspruchsvolleren Sektoren gegenüber Ländern mit höherem Einkommen nicht wettbewerbsfähig, da es Südafrika sowohl an technischem Know-how als auch an gut ausgebildetem Humankapital mangelt. Das Ergebnis ist eine zunehmende Deindustrialisierung und eine kontinuierliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Schlechte Ausbildung, mangelnde Fertigkeiten und ausbleibende Innovation haben dazu geführt, dass das Land den Übergang zu anspruchsvolleren Wirtschaftstätigkeiten nicht schafft.

Der enger werdende Spielraum für die Schaffung von Wohlstand in der Realwirtschaft hat die Attraktivität der klientelistischen Parallelwirtschaft erhöht. Dies wiederum haben den Staat und genau jene Institutionen geschwächt, die für inklusives Wachstum von zentraler Bedeutung sind. Deshalb liegt es nahe, dass der konstruktive Strukturbruch – constructive disruption – scharf und zielgerichtet sein muss und auf die gleichzeitige Veränderung von Wirtschaft und staatlichen Institutionen zielen muss. Inkrementelle politische Veränderungen am Rande werden nicht ausreichen, um unseren Entwicklungspfad zu ändern. Stattdessen benötigen wir schnelle, signifikante, großflächig angelegte Interventionen, um die Dynamik zu steigern und das Vertrauen in Wirtschaft und Institutionen zu stärken.

Neue Visionen braucht das Land

Südafrika braucht dringend eine Bewegung für die Wiederbelebung des Staates und für inklusives Wirtschaftswachstum. Es geht nicht nur darum, „die richtige Person an der Spitze“ zu haben, obwohl dies natürlich ein wichtiger Erfolgsfaktor ist. Vielmehr kommt es darauf an, eine Vielzahl von Interessengruppen – Parteien, Staat, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – für eine Agenda des Wandels zu gewinnen. Als Land müssen wir neue Themenschwerpunkte festlegen, die im Mittelpunkt der Handlungen der Interessengruppen stehen und die als Grundlage für schwierige politische Entscheidungen dienen können, durch die wir aus unser Ungleichheits- und Wachstumsfalle ausbrechen können.

Eine solche gesellschaftliche Mobilisierung ist unerlässlich, um denjenigen entschlossen entgegenzutreten, die alles daran setzen, genau diejenigen Institutionen zu zerstören, die die Korruption und die Ausplünderung des Staates behindern. Der neue Konsens muss auf dem Gedanken fußen, dass wir sowohl Wachstum als auch Transformation brauchen. Wirtschaftswachstum ohne Transformation schreibt Ungleichheit fort und verschärft sie, wodurch der Nachhaltigkeit des Wachstums Schranken gesetzt werden; Transformation ohne Wachstum führt zu weniger Investitionen, weniger Arbeitsplätzen und weniger Wohlstand, so dass es weniger Ressourcen für die Umverteilung gibt. Dies führt zu Elitenkonflikten und

macht jeden Konsens unmöglich. Es gibt drei Kerngebiete bzw. „national obsessions“, für die wir einen Konsens schaffen und die Menschen mobilisieren müssen.

Priorität: inklusives Wachstum

Beim ersten Kerngebiet geht es um inklusives Wachstum. Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gestellt werden, während wir zugleich die Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung höherer Produktivität und Aktivitäten mit höherer Wertschöpfung vorantreiben. Dies erfordert neue politische Maßnahmen, z.B. Subventionen und Anreize zur Förderung arbeitsintensiver Produktion. In diesem Zusammenhang müssen auch Wachstums- und Investitionshemmnisse in Angriff genommen und beseitigt werden, und zwar pro Branche und in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. Als Sofortmaßnahme sollte Bürokratie abgebaut werden, indem insbesondere für kleinere Unternehmen aufwändige steuerliche und andere Vorschriften vereinfacht werden.

Mittelfristig müssen die Geschäftskosten drastisch gesenkt werden, z.B. durch die Minderung von Hafengebühren, Internet- und Stromkosten sowie den Kosten des grenzüberschreitenden Handels. Auch Forschung und Entwicklung sowie Technologieentwicklung und -anwendung benötigen dringend Aufmerksamkeit und würden von der engeren Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft einerseits sowie Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen andererseits sehr profitieren. Das hierfür benötigte steuerpolitische Instrumentarium muss dringend entwickelt werden. Der Finanzsektor (einschließlich der Pensionsfonds) muss intensiv einbezogen werden, wenn es darum geht, neue Quellen für die Ausweitung des Produktivkapitals zu erschließen, darunter z.B. Risikokapital für Technologieentwicklung und Startups.

Wirtschaftswachstum kann die dringend benötigten Staatseinnahmen liefern, die es uns erlauben würden, die Transferleistungen an die ärmsten Südafrikaner auszuweiten. Dadurch ließe sich die Ungleichheit bekämpfen, jedoch ist die Maßnahme nur dann nachhaltig, wenn sie von echten Umverlagerungen der Vermögens- und Besitzverhältnisse begleitet wird. Dies erfordert neue Kompromisse, die mit dem Privatsektor und dem Bankensektor ausgehandelt werden müssen. Die Kompromisse müssen im Mittelpunkt der branchenbezogenen Vereinbarungen stehen, die als Teil des Konsenses für inklusives Wachstum ausgehandelt werden.

Mcebisi Jonas ist der ehemalige stellvertretende Finanzminister Südafrikas. Dies Redemanuskript ist ein Auszug aus seinem Buch „After Dawn“, das im Verlag Picador Africa erschienen ist. Die Veröffentlichung des Auszuges erfolgt mit seiner Zustimmung.

September 2019

Vortrag

KAS Südafrika

**Vortrag beim Public Theology Seminar,
Bishopscourt/Kapstadt, 30. September 2019**

Die wirtschaftliche und politische Zukunft Südafrikas: Warum fasst die Demokratie nicht richtig Fuß?

Moeletsi Mbeki

Erlauben Sie mir, zur Einleitung drei Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit mit Ihnen zu teilen.

Die erste: Ich wurde unlängst eingeladen, in London vor einer Gruppe Medizinstudenten zu referieren, die dort an einer Konferenz teilnahmen. Vierzehn Mitglieder der Gruppe waren junge südafrikanische Ärzte, die allesamt auf der Suche nach besseren Arbeitschancen nach Großbritannien ausgewandert waren. Zwölf der vierzehn Südafrikaner waren schwarz.

Die zweite Erfahrung stand mit einer Einladung der Citibank New York im Zusammenhang. Man hatte mich nach London eingeladen, um dort auf einer Investment-Konferenz vor einer Gruppe von Anleiheninhabern vorzutragen, die in südafrikanische Staatsschulden investiert hatten. Anleiheninhaber sind in der Regel über Südafrika sehr gut informiert. Daher war ich von einer Publikumsfrage ganz verstört, von der ich nie gedacht hätte, dass sie mir jemals im Zusammenhang mit Südafrika gestellt werden würde. Die Frage lautete: „Wie wahrscheinlich ist es, dass in Südafrika irgendwann in der Zukunft eine Guerillabewegung entsteht, die dem maotischen Sendero Luminoso in Peru ähnelt?“

Die dritte Erfahrung hing mit einem Gespräch mit dem südkoreanischen Botschafter in Südafrika zusammen, der mich in Johannesburg zum Mittagessen eingeladen hatte. Er erzählte mir die folgende Geschichte des südkoreanischen LG-Technologiekonzerns, der in einer Fabrik in der Westkapprovinz Fernseher, Kühlschränke und andere elektronische Geräte herstellte. Das Werk wurde Opfer eines Raubüberfalls, bei dem 50 Bewaffnete nachts in die Fabrik eindrangen und 1.100 Fernsehgeräte stahlen, die die südafrikanische Polizei bis jetzt nicht hat finden oder bergen können.

Offensichtlich war hier nicht eine normale Straßenbande am Werk. Die Planung, Organisation und Durchführung sowie die effektive Distribution der gestohlenen Fernsehgeräte deuteten auf eine gut ausgebildete Miliz hin.

Nach diesem Vorfall beschloss das Unternehmen, den Betrieb in die Provinz KwaZulu-Natal zu verlegen. Während das neue Werk sich dort noch im Bau befand, erschienen fünf

Bewaffnete auf der Baustelle und erklärten, dass sie bei der zukünftigen Rekrutierung von neuen Mitarbeitern ein Wörtchen mitreden wollten.

Der Botschafter stellte mir die folgende Frage: Was ist los in Südafrika?

Nach diesen verstörenden Erlebnissen beschloss ich, mit Erzbischof Makgoba den Kontakt aufzunehmen und ihm vorzuschlagen, dass wir die Zukunft des Landes besprechen und versuchen sollten, die Ursachen der aktuellen Misere zu verstehen.

Meine Einleitung weist darauf hin, dass eines der größten Probleme Südafrikas die Tatsache ist, dass die Demokratie hier nicht richtig Fuß gefasst hat. Dies zeigt sich in unserem politischen System, das von einer einzigen Partei dominiert wird. In meinem Vortrag verweise ich von Zeit zu Zeit auf Folien mit Hintergrundinformationen.

Sieht man sich die Wahlergebnisse von 1999 bis 2019 an, so ist die Dominanz des African National Congress (ANC) als Regierungspartei ganz offensichtlich.

Der ANC hat seine politischen Rivalen weit abgehängt. Warum sollte er sie überhaupt beachten? Die Regierung macht, was sie will. Die Opposition und manche Kommentatoren mögen sich über die Politik der Postenvergabe nach ANC-Zugehörigkeit („cadre deployment“) beschweren – sollen sie doch. Es ändert sich nichts.

In Wirklichkeit herrscht in Südafrika keine Mehrparteiendemokratie, sondern eine einzige Partei dominiert das Land. Dabei hat die Einparteiendominanz viele schädliche Folgen, so z.B. die Tatsache, dass die Regierung nicht zur Rechenschaft gezogen wird. Die Korruption ist in Südafrika ein Riesenthema. Seit 2018 tagt der Zondo-Untersuchungsausschuss, der die Korruption der Zuma-Präsidentschaft aufarbeiten soll. Die Sitzungen werden live übertragen und in den Medien wird ausgiebig darüber berichtet. Jedoch sind viele Bürger, und dazu zähle ich auch mich selbst, von den vielen schockierenden Korruptionse enthüllungen derart überwältigt, dass wir gar nicht mehr hinschauen möchten.

Mehrparteiensysteme sind das einzige Mittel, mit dem man Regierungen für ihre Handlungen zur Rechenschaft ziehen kann. In Südafrika wird die Regierung zwar gewählt, aber sie wird nicht zur Rechenschaft gezogen. Eine unserer drängendsten Herausforderungen beim Aufbau einer richtigen Demokratie lautet daher, Bürgern die Möglichkeit zu geben, die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen – aber dies ist möglicherweise nur im Rahmen eines funktionierenden Mehrparteiensystems möglich.

Die Wahlergebnisse von 1999 bis 2019 bestätigen die Dominanz des ANC als Regierungspartei. In den letzten Wahlen (2019) erhielt der ANC 10 Mio. Stimmen, die Democratic Alliance (DA) 3,6 Mio. und die Economic Freedom Fighters (EFF) 1,8 Mio. Die kleineren Parteien sind weit abgeschlagen.

Viele junge, gut ausgebildete Menschen sehen aufgrund dieser Tatsache weder für sich und ihre Familien noch für das Land eine stabile Zukunft. Sie merken, dass es zwar hier und da vereinzelt Personen im ANC gibt, die sich über ihre gescheiterte Politik und die Korruption Gedanken machen, dass aber das System und die Politik insgesamt unverändert bleiben. Der ANC wechselt seine Präsidenten aus, aber die Politik bleibt dieselbe. Die Partei entfernte Thabo Mbeki und Jacob Zuma aus dem Amt des Präsidenten – aber an der Politik hat sich nichts geändert.

Junge Menschen erkennen, dass die Politik gescheitert ist und dass die Korruption grassiert. Sie fragen sich: Welche Zukunft sehe ich für meine jungen Kinder? Die Antwort erkennt man an ihren Handlungen: Sie wandern aus.

Bei näherer Betrachtung offenbaren die Wahlergebnisse 2019 interessante Einblicke: Zum Beispiel setzten sich die ANC-Stimmen auf Rassenbasis wie folgt zusammen: 95% schwarz, 1% weiß, 1% asiatisch und 3% Coloured. Es liegt also nicht nur Einparteiendominanz vor, sondern es gibt auch eine dominante Partei auf Rassenbasis.

Betrachtet man hingegen die Wählerstimmen, die im Mai 2014 auf die DA entfielen, so lassen sich einige interessante Schlussfolgerungen ziehen:

54% der Stimmen kamen von Afrikaans-Muttersprachlern; 29 Prozent von Wählern, bei denen zu Hause Englisch gesprochen wird.

Diese beiden Gruppen stellen jedoch zusammengenommen einen Anteil von nur 25 Prozent der südafrikanischen Gesamtbevölkerung dar.

Die meisten Englisch-Muttersprachler gehören den Volksgruppen der Zulu (23 Prozent der Gesamtbevölkerung) und der Xhosa (15 Prozent) an.

Als Anteil an der DA-Wählerschaft sind die isiXhosa-Sprecher mit lediglich zwei Prozent und die isiZulu-Sprecher mit fünf Prozent vertreten.

Mit anderen Worten: Die DA ist für die Mehrheit der Südafrikaner keine tragfähige Alternative – es sei denn, sie schafft es, einen bedeutenden Teil der isiXhosa- und isiZulu-Sprecher davon zu überzeugen, für sie zu wählen.

Um was für eine Gesellschaft handelt es sich also in Südafrika? Wie ist sie strukturiert? Was sind ihre Grundwerte?

Zu Zeiten der Apartheid gab es viel mehr Studien über die südafrikanische Gesellschaft als jetzt, in der demokratischen Ära. Vor 1994 übten die Sozialwissenschaften (Geschichte, Soziologie, Volkswirtschaftslehre usw.) heftige Kritik an der Regierung, heutzutage kaum noch.

Daher möchte ich auf die heutige Sozialstruktur Südafrikas näher eingehen. Dazu habe ich fünf Klassen identifiziert, in die sich alle Südafrikaner einordnen lassen.

Die Business-Elite: im Privatsektor tätig, besitzt produktive Vermögenswerte und verfügt über hoch entwickelte Fähigkeiten und Fertigkeiten;

Die politische Elite: kontrolliert den Staat und die politische Macht sowie die Staatseinnahmen;

Fabrikarbeiter („blue-collar workers“): Handarbeiter im öffentlichen und privaten Sektor;

Die Unterschicht und die Arbeitslosen (die größte Gruppe);

Eine große, unabhängige Gruppe von Experten und Geschäftsleuten: sie sind sowohl im gemeinnützigen Sektor (Universitäten, Zivilgesellschaft, NROs) als auch im Privatsektor aktiv. Hierin unterscheidet sich Südafrika von den übrigen afrikanischen Ländern.

Als Nächstes habe ich die wichtigsten Stärken jeder Gruppe identifiziert. So kontrolliert zum Beispiel die Business-Elite den Finanzsektor, die Privatwirtschaft und die Großunternehmen. Die politische Elite kontrolliert den Staat und seine Ressourcen. Interessanterweise bildeten die Business-Elite und die politische Elite vor 1994 Teil derselben Gruppe. Nach den Wahlen von 1994 spaltete sich diese Gruppe in zwei, was für Südafrika weitreichende Konsequenzen haben sollte.

Die größte Schwäche der Business-Elite ist, dass sie keinerlei Kontrolle über den Staat ausüben kann. Sie verfügt über vernachlässigbaren Einfluss auf die politische Elite und ist in

hohem Maße abhängig vom Staat, wenn es zum Beispiel um Produktionsfaktoren wie Strom (der fast ausschließlich vom staatlichen Strommonopolisten Eskom geliefert wird), Schienentransport (Staatsmonopol Transnet) und Straßen (ebenfalls in öffentlicher Hand) geht. Und da die Business-Elite über keinerlei politische Macht oder Kontrolle über den Staat verfügt, ist sie extrem verwundbar, da ihre Vermögenswerte per Federstrich beschlagnahmt werden können. Viele Mitglieder der neuen politischen Elite verfügen über keine Vermögenswerte, aber sie könnten bei Bedarf die Vermögenswerte beispielsweise der anglikanischen Kirche beschlagnahmen.

Die politische Elite, die den Staat kontrolliert, hat völlige Handlungsfreiheit, was das Steuerniveau betrifft. Sie kann also nach Belieben Steuern auferlegen, selbst wenn sie dabei nicht die Vermögenswerte selbst beschlagnahmt. Als Privatpersonen und Unternehmen sind Sie nur scheinbar Eigentümer ihrer Vermögenswerte – in Wirklichkeit gehören sie dem Staat.

Die politische Elite ist für Korruption extrem anfällig, wie der Zondo-Untersuchungsausschuss gerade sehr deutlich veranschaulicht. Sie ist außerdem für das allgemeine Missmanagement der südafrikanischen Volkswirtschaft verantwortlich. Sie kontrolliert die Zinssätze und die Kapitalkosten. In Wirklichkeit kontrollieren nicht die Besitzer von Großunternehmen die Wirtschaft – es ist die politische Elite, die die Kapitalkosten über die Zentralbank beschließt, die nämlich die Zinssätze festlegt.

Zusammengefasst sehen wir also in Südafrika eine enorm verletzliche Business-Elite, was einen langen Rattenschwanz dramatischer Konsequenzen nach sich zieht.

Erstens sind die Eigentumsrechte in Südafrika nicht sicher. Und ohne sichere Eigentumsrechte wird nicht investiert, oder eben nur so wenig wie möglich. Für Südafrika ist dies eines der gravierendsten Probleme: Das Land zeichnet sich durch ein niedriges Investitionsniveau aus, und die Arbeitslosigkeit steigt immer weiter an, weil die Investitionen ausbleiben.

Es handelt sich hierbei um eine fundamentale Schwäche Südafrikas, gegen die dringend vorgegangen werden muss.

Jedoch kümmern sich unsere politischen Eliten nicht um die schwachen Eigentumsrechte der Südafrikaner, und kleinere Parteien sind nicht in der Lage, sie zu stärken. Deshalb kann es passieren, dass der ANC von einem Tag auf den anderen einen Gesetzentwurf vorlegt, der die Eigentumsrechte schwächt. Dank seiner großen Mehrheit im Parlament stehen die Chancen gut, dass die Partei den Gesetzentwurf verabschieden kann. Aktuell wird z.B. eine Debatte über die entschädigungslose Enteignung von Land geführt: Der ANC möchte den Artikel 25 der Verfassung ändern, der die Eigentumsrechte sichert. Ich muss zugeben, dass ich bei den Codesa-Verhandlungen um die neue Verfassung Südafrikas ein Gegner des Artikels 25 war. Damals war ich Mitglied des Gewerkschaftsdachverbandes Cosatu. Aber heute arbeite ich in der Privatwirtschaft und habe erkannt, wie wichtig die Eigentumsrechte sind. Zusammengenommen verfügen der ANC und die linksradikalen Economic Freedom Fighters (EFF) jedoch über eine ausreichend große Mehrheit, um sogar die Verfassung dahingehend ändern zu können, dass die Eigentumsrechte der Südafrikaner unterminiert werden. Und wie allgemein bekannt ist, sind die EFF ein Sprössling des ANC.

Die schwachen Eigentumsrechte stellen ein ganz fundamentales Risiko für die Zukunft Südafrikas dar, und viele Mitglieder unserer politischen Elite haben dies noch nicht erkannt.

Die nächste große Herausforderung für Südafrika: die politische Elite kontrolliert den Staat und damit auch die Staatseinnahmen. Es geht hier um eine Menge Geld, zuletzt etwa 1,3 Billionen Rand (etwa 80 Mrd. Euro). Es handelt sich um Riesensummen. Aber die politische Elite, die die Steuergelder kontrolliert, entzieht sich mit Leichtigkeit der Rechenschaftspflicht.

Was macht sie mit den Geldern? Sie sorgt dafür, dass sie selbst fürstlich entlohnt wird, ohne jedoch für die staatliche Leistungserbringung Verantwortung tragen zu müssen. Deshalb gibt es in Südafrika so viele Proteste gegen ausbleibende staatliche Dienstleistungen, die sogenannten „service delivery protests“.

Trotzdem hat die politische Elite eine große Schwäche: Sie ist abhängig von den Wählerstimmen der Unterschicht. Die Unterschicht stellt die größte Wählergruppe des Landes dar. Sie ist arm, aber sie verfügt über Macht, denn ihre Stimmen erlauben es der politischen Elite, sich an der Macht zu halten. Diese Wählerstimmen könnten jedoch zu einer anderen Partei wechseln. Und genau das ist die Schwäche der politischen Elite: Sie muss sich auf Dauer die Unterstützung der Unterschicht sichern.

Ein weiteres Risiko für die politische Elite stellt der Aktivismus der Business-Elite dar, die man besänftigen muss, ohne jedoch wirklich seine Politik zu ändern. Es finden jede Menge Treffen und Tagungen mit den Bossen der Privatwirtschaft und Regierungsvertretern statt, aber die Regierungspolitik ändert das kaum.

Die politische Elite ist auch von den Fabrikarbeitern und den Gewerkschaften abhängig, die sie als ihre Verbündeten betrachtet. Diese Allianz wurde jedoch vom Präsidenten Zuma stark geschwächt, so dass diese Gruppe jetzt über weniger Einfluss verfügt.

Ferner ist die politische Elite auch für Kapitalflucht anfällig, denn diese bedeutet eine Verringerung der steuerbaren Einkommen.

Nachdem ich alle diese Überlegungen angestellt hatte, packte ich meine Folien und besuchte den Leiter der südafrikanischen Statistikbehörde, Dr. Pali Lehohla. Ich sagte zu ihm: dies ist meine soziologische Analyse Südafrikas, aber ich brauche die zugehörigen Zahlen. Aus meiner Sicht ist Pali Lehohla ein afrikanisches Genie – seine Fähigkeiten werden bei Weitem nicht ausreichend genutzt, dabei ist er für Südafrika, was Einstein für Deutschland war.

Wir saßen nebeneinander, als Thomas Piketty einen Vortrag über Ungleichheit hielt, und bei der Gelegenheit umriss ich für ihn meine Analyse der verschiedenen Klassen. Er bat mich, sie ihm zuzuschicken, damit sein Stab die zugehörigen Daten sammeln könne. Er stellte das Team zusammen, dass das Zahlenmaterial für meine Folien ausfindig machte.

Demzufolge zählen zur Elite Menschen mit einem Monatseinkommen von 60.000 Rand oder mehr (etwa 3.500 Euro).

Die Mittelschicht besteht aus Personen, die monatlich zwischen 11.500 Rand und 60.000 Rand verdienen (650 - 3.500 Euro).

Arbeiter verdienen weniger als 11.500 Rand pro Monat.

Die Unterschicht und die Arbeitslosen verfügen über kein erkennbares oder berechenbares Einkommen.

Aus dieser Aufstellung schloss er, dass die Elite im privaten und öffentlichen Sektor zusammengenommen – d.h. Menschen mit einem Monatseinkommen von 60.000 Rand oder mehr – etwa 0,44 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Südafrikas umfasst. Man könnte sie allesamt ohne große Mühe im Johannesburger Fußballstadion, dem FNB Stadium, unterbringen, denn es handelt sich um nur 105.000 Personen. Diese Daten beruhen auf Informationen des Finanzamts.

Die Mittelschicht umfasst etwa zehn Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung, während die unabhängigen Fachleute und Unternehmer (sowohl im Profit- als auch im Non-Profit-Sektor) etwa 1,3 Prozent ausmachen.

Damit stellen die Mittel- und Oberschicht zusammengenommen nur zwölf Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung Südafrikas dar.

Zum Vergleich: in den USA sind es 40 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung. Sieht man sich die Wirtschaftsgeschichte der USA näher an – und dies ist für Südafrika ein guter Vergleich, besser als die europäischen Länder, weil wir Teil der sogenannten Neuen Welt bilden und weil es bei uns Sklaverei gab usw. – dann stellt man fest, dass aus historischer Sicht unsere Gesellschaft eher den USA gleicht als Europa. In den USA stellte die Mittel- und Oberschicht ebenfalls zwölf Prozent – aber das war 1910, vor über einem Jahrhundert!

Man beachte, wer die größte soziale Klasse in Südafrika ausmacht (29,02 Prozent) – die Unterschicht und die Arbeitslosen – fast 50 Prozent der Bevölkerung. Ein Großteil dieser Gruppe lebt in den ländlichen Gebieten und den ehemaligen Bantustans.

Ich habe Ipsos South Africa, eine Marktforschungsgesellschaft, gefragt, welche Gruppen für den ANC stimmen. Ihre Antwort lautete, dass fast 60% der Unterschicht und der Arbeitslosen den ANC unterstützen. Es ist offensichtlich, warum sie dies tun: der ANC versorgt sie mit verschiedenen Formen der Sozialhilfe.

In einer derart strukturierten Gesellschaft sind die idealen Bedingungen für Konflikte gegeben, weil die Ungleichheit so groß ist.

Versetzen Sie sich in die Lage eines jungen, promovierten Absolventen der Universität Kapstadt in einem Fach wie Medizin, Rechnungswesen und Bilanzierung, Ingenieurwissenschaften usw., der entscheiden muss, welche Zukunft er für sich und seine Familie in Südafrika sieht.

Für Menschen in dieser Position gibt es in Südafrika keine Zukunft, außer sie sind bereit, im Sturmzentrum zu leben. Was die Ungleichheit betrifft, befindet sich Südafrika im Zentrum eines Sturms, der mit lokalen Konflikten beginnen kann, jedoch schnell größere Ausmaße annehmen kann.

Man darf sich die Frage stellen: Wenn die politische Elite keine Vermögenswerte oder Privateigentum besitzt, wovon lebt sie dann?

Betrachtet man das Steueraufkommen als Anteil am Bruttonettoprodukt (BSP), dann findet sich Südafrika mit einem Wert 27 Prozent unter den Top-10 weltweit. Die Kennzahl beträgt für Europa etwa 19 Prozent und für den Rest der Welt ungefähr 15 Prozent.

Will heißen: Wer in Südafrika Vermögenswerte besitzt (oder ein zu versteuerndes Einkommen verdient), verfügt angesichts des Steuersystems nur über eingeschränkte Möglichkeiten, seine Situation zu verbessern. Schlimmer noch: ein Großteil des Steuereinkommens wird nicht etwa für Dienstleistungen eingesetzt, sondern dafür, die Pfründe der politischen Elite zu finanzieren.

Als Bürger der Mittel- oder Oberschicht muss man deshalb zusätzlich für private Dienstleistungen (Anm. des Übersetzers: z.B. Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Strom- und Wasserversorgung) bezahlen, obwohl man schon hohe Steuern zahlt. Die Möglichkeiten, in Südafrika seinen Lebensstandard anzuheben, sind also wirklich eingeschränkt.

Im Einzelnen: Südafrika ist eines von sehr wenigen Ländern weltweit, in denen die Gehälter im öffentlichen Sektor schneller steigen als im Privatsektor.

[S. Folie 8 im Anhang:] Gehaltsindex für den öffentlichen und privaten Sektor ab 1980: Die blaue Linie gibt die Gehälter im Privatsektor wieder, die rote Linie diejenigen im öffentlichen Sektor. Die Schere öffnet sich immer weiter, denn mittlere und Top-Manager verdienen im öffentlichen Sektor sehr hohe Gehälter.

Die OECD (der Thinktank der Industrieländer) analysierte die Gehälter im öffentlichen Sektor als Anteil am BSP und verglich die Zahl mit den Werten verschiedener anderer Ländern. In Südafrika werden über 14 Prozent des BSP für die Entlohnung der öffentlichen Bediensteten aufgewendet. In den Industrieländern (den OECD-Ländern) beträgt die Zahl etwa elf Prozent. In Ländern mit einem vergleichbaren Entwicklungsstand wie Südafrika, z.B. Kolumbien, Türkei, Indonesien und Thailand, liegt der Wert bei etwa fünf Prozent.

Eigentlich sollten unsere Beamten also nur etwa ein Drittel von dem verdienen, was sie zurzeit tatsächlich verdienen. Da jedoch der öffentliche Dienst Teil der politischen Elite bildet, hat er die Macht, darüber zu entscheiden, wie hoch sein eigenes Lohnniveau ist.

Dies bedeutet, dass unsere Volkswirtschaft in Richtung Privatkonsum statt Sozialinvestition verzerrt ist. Es erklärt, warum die südafrikanische Wirtschaft seit 2008 praktisch stagniert: Sie ist stecken geblieben.

Ich habe die Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts von China mit der BSP-Struktur von Südafrika verglichen, um zu veranschaulichen, womit wir es hier in Südafrika zu tun haben.

Der Privatkonsum beträgt in Südafrika über 60 Prozent des BSP. In China sind es nur 35 Prozent. Dies lässt sich so interpretieren, dass China den Großteil seines Bruttosozialprodukts in Straßen, Fabriken und Infrastruktur investiert, nämlich fast 45 Prozent des BSP.

In Südafrika sind es knapp unter 20 Prozent. Es sind nur etwa vier bis fünf Prozent mehr als der Wertverlust durch Abschreibungen. Die Betrachtung zeigt, dass wir als Land nicht vorankommen. Unsere Wirtschaft stagniert.

China ist ein kommunistisches Land, was bedeutet, dass der öffentliche Sektor besonders wichtig und einflussreich ist. Trotzdem liegt der Staatsverbrauch dort nur bei 14 Prozent des BSP, in Südafrika bei über 20 Prozent. So wirken sich die politischen Machtverhältnisse in Südafrika aus.

Wo hatte diese Situation ihren Ursprung? Sie ist eine Folge der nationalistischen Bewegungen Südafrikas. Seit der Verabschiedung der britischen Kolonialherren wird die südafrikanische Politik vom Nationalismus beherrscht: erst vom Nationalismus der [weißen] Afrikaander, seitdem vom Nationalismus der [schwarzen] Afrikaner.

Zum besseren Verständnis der Bedeutung des Nationalismus ist es wichtig, den Begriff zu klären. Ich erkläre mir den Nationalismus in Südafrika wie folgt: Beim Nationalismus handelt es sich um eine soziale und politische Bewegung, die sich aus einer tiefen Kränkung nährt. Bevölkerungsgruppen fühlen sich gekränkt, wenn sie empfinden, von der Teilhabe an den politischen und wirtschaftlichen Vorzügen einer Gesellschaft ausgeschlossen zu sein.

Im Fall Südafrikas gibt es zwei Lesarten des Nationalismus: den [weißen] Afrikaandernationalismus und den [schwarzen] afrikanischen Nationalismus. Beide entstanden aus dem Gefühl der Kränkung, das dadurch entstand, dass die Briten die Vorzüge

des Kolonialismus den anderen Gruppen vorenthielten. Und genau daraus speist sich letztendlich der südafrikanische Nationalismus in seinen unterschiedlichen Formen.

In diesem Sinne setzen sich Nationalisten also nicht für die Veränderung der sozioökonomischen Struktur des Kolonialsystems ein. Sie wollen vielmehr darin aufgenommen werden. Das ist die Krux der Probleme Südafrikas. Beim Nationalismus handelt es sich nicht um eine revolutionäre Bewegung, die die politischen und Wirtschaftssysteme eines Landes umkrempeln will, sondern um eine politische Bewegung, die die Rechte und Privilegien auf ihre eigenen Eliten ausweiten will.

Deshalb hat sich das südafrikanische Wirtschaftssystem zwischen 1902 (dem Frieden von Vereeniging) und 1909 (der South African Convention), als die Briten es auf die Ausbeutung der Bodenschätze des Landes ausrichteten, kaum verändert.

Wir vergessen leicht das Erbe und die anhaltenden Nachwirkungen der britischen Kolonialzeit: wir alle, schwarz wie weiß, wurden von den Briten kolonisiert, die die existierenden sozialen Gefüge zerstörten. Die existierenden Strukturen standen denjenigen im Wege, die die Bodenschätze Südafrikas ausbeuten wollten.

Die Auswirkungen der ehemaligen Stellung als britische Kolonie sind in der südafrikanischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts leicht nachzuvollziehen: die Zerstückelung des Zulu-Königreichs (es ging in dem Streit um schwarze Arbeiter für die Minen) und seiner Institutionen 1879, die endgültige Unterwerfung der Burenrepubliken im Burenkrieg von 1899-1902, die South African Native Affairs Commission von 1903-1905, die die Struktur der Wirtschaft festlegte und entschied, wie afrikanische Arbeitskraft in den Minen eingesetzt werden sollte. Die heutige Wirtschaft Südafrikas baut auf dieser Geschichte auf und folgt weiterhin denselben Regeln.

Am Ende des Prozesses übergaben die Briten die politische Macht einer fügsamen Afrikaanderelite, von denen viele selbst Landbesitzer waren. Sie brauchten ebenfalls Arbeitskräfte und konnten Arbeitskräfte an die Minen liefern. Von 1910 bis 1994 blieb die Struktur der Wirtschaft im Kern unverändert – genau so, wie sie von den Briten entworfen worden war. Die Struktur dieser Wirtschaft war aufgrund der Gewalt problematisch, die in das System eingebaut war, um schwarzen Südafrikanern die Teilhabe an der politischen Macht zu verwehren, aber die Unterdrückung stieß in den 1970ern an ihre Grenzen.

Wir unterschätzten alle die Rolle der Minenkonzerne. Die Briten waren die ersten, die darauf hinwiesen, dass das politische System nicht tragfähig sei und die den Afrikaandern sagten: „Ihr müsst einen Kompromiss aushandeln.“ Das zweite Hauptquartier des ANC sowie des Pan African Congress (PAC) waren in London, und die britische Regierung versorgte uns gut. Sie beschützte uns vor den Meuchelmördern, die von den südafrikanischen Sicherheitsdiensten geschickt wurden. Als der Moment kam, fädelten die Briten die Verhandlungen ein, und die Amerikaner stießen hinzu.

Aber was geschah 1994? Im Rahmen des Übergangs wurde genau dieselbe Wirtschaftsstruktur an die neue afrikanische politische Elite übergeben, die jetzt die Macht erlangt hatte – mitsamt allen Problemen und der enormen Ungleichheit.

Was müssen wir also tun, um Fortschritte auf dem Weg in ein besseres Südafrika zu machen?

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit wiederum auf die Daten der Statistikbehörde lenken, bei der die verschiedenen sozialen Klassen oder Gruppen nach Rasse unterschieden werden [s. Folie 14 des Anhangs, Zahlen von 2014]:

Die Elite: verdient über 60.000 Rand pro Monat, im öffentlichen Sektor – schwarze Afrikaner 9.800; im Privatsektor – schwarze Afrikaner 27.000; Coloureds im öffentlichen Sektor – 2.400; Coloureds im Privatsektor – 6.000; in gemeinnützigen Organisationen 124; und die Asiaten: niemand im öffentlichen Sektor (Pravin Gordhan war gerade gefeuert worden) – aber im Privatsektor – 4.600; und dann die Weißen im öffentlichen Sektor – 7.900; und im Privatsektor – 46.000. Wenn man sich die Top-Elite in Südafrika im öffentlichen Sektor ansieht – 20.000; Privatsektor 84.000, und Nichtregierungsorganisationen 943. Zu dieser Klasse gehören insgesamt 105.036 Personen.

Die Mittelschicht: verdient mehr als 11.500 Rand, aber weniger als 60.000 Rand im Monat – im öffentlichen Sektor schwarze Afrikaner 54.900, im Privatsektor fast 700.000; im NGO-Sektor 8.800; die Coloured-Gruppe hat im öffentlichen Sektor 57.800 Mitglieder, 170.000 im Privatsektor: 1.900 im NGO-Sektor; in der Gruppe der Asiaten: 17.700 im öffentlichen Sektor, 89.1 im Privatsektor und 960 im NGO-Sektor; bei den Weißen sind es 108.000 im öffentlichen Sektor, fast 600.000 im Privatsektor und 1.400 im NGO-Sektor.

Interessant ist bei diesen Daten, dass die schwarze Mittelschicht inzwischen 1.200.000 Personen umfasst, die der Weißen 705.000, während die Coloureds mit 230.000 Personen ebenfalls stark vertreten sind.

Bei den Fabrikarbeitern sind schwarze Afrikaner mit 6.500.000 Personen vertreten, Coloureds mit 1.100.000, Asiaten mit 330.000 und Weiße mit 1.048.000. Insgesamt gibt es etwa 9 Mio. Fabrikarbeiter.

Und schließlich die Unterschicht: hier sind es 11,7 Mio. Menschen, von denen der bei Weitem größte Anteil von schwarzen Afrikanern gestellt wird (10,4 Mio. Menschen).

Was können wir tun, um voranzukommen? Die Probleme kennen wir.

Erstens muss Südafrika sich von der nationalistischen Geisteshaltung freimachen, die extrem destruktiv ist: Die Briten haben uns Unrecht getan, die Afrikaander haben uns Unrecht getan – immer wird die Schuld bei jemandem anders gesucht.

Wir müssen uns von dieser Geisteshaltung befreien, und dabei haben die religiösen Gemeinschaften eine sehr wichtige Rolle zu spielen. Wir müssen in Südafrika das nationalistische Paradigma durchbrechen.

Ironischerweise haben wir Südafrikaner sehr viel miteinander gemeinsam, obwohl die Politiker uns mit Vorliebe darauf hinweisen, worin wir uns unterscheiden. Es wird behauptet, 80% der Südafrikaner seien Christen – ein riesiges gemeinsames Erbe; selbst Muslime und Hindus haben kein grundsätzliches Problem mit diesem Sachverhalt. Wir müssen uns auf das konzentrieren, was uns verbindet.

Zum Abschluss: Um unsere Lage zu verbessern, müssen wir eine ganze Reihe von Dingen tun. Als Erstes müssen wir die Grundlagen für eine moderne Industriegesellschaft schaffen.

Wir müssen das Wahlrecht reformieren – die Einführung von Wahlkreisen und das Verhältniswahlssystem erlauben es nicht, Politiker zur Rechenschaft zu ziehen. Deutschland hat ein gemischtes Modell, bei dem Wahlbezirke mit proportionaler Vertretung kombiniert werden.

Zweitens sind unser Gesundheitssystem, unser Bildungssystem und die Stromversorgung eine einzige Katastrophe – das muss alles dringend verbessert werden.

Die öffentlichen Bediensteten (darunter die traditionellen Führer, die Teil des Beamtenapparats bilden), die der Regierung 60 Prozent der Wahlstimmen liefern, sind niemandem Rechenschaft schuldig, abgesehen von der Regierung selbst. Die Menschen in den ländlichen Gebieten leben unter der Fuchtel der traditionellen Führer. Das muss sich ändern.

Unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn im südlichen Afrika müssen neu aufgestellt werden, um Konflikte zu vermeiden; und unsere Investitionsbeziehungen mit dem Rest der Welt müssen einer Prüfung unterzogen werden. Unsere Wirtschaft wird vom Konsum angetrieben, und dies muss sich ändern, um Investitionen zu fördern.

Das System der „Black Economic Empowerment“ sollte abgeschafft werden – es fördert die Opferhaltung. Das System sollte schrittweise beendet werden, neue ausländische Investitionen sollten nicht daran gebunden sein.

Wir brauchen eine ordentliche Strategie für das Land (nicht den National Development Plan von 2012), die darlegt, wie wir die Beschäftigung steigern und die Ausfuhr von Rohstoffen beenden werden. Südafrikas Volkswirtschaft ist nach wie vor eine Kolonialwirtschaft: die Ausfuhr von Bodenschätzen macht noch immer 65 Prozent des BSP aus. Wir müssen die lokale Produktion stärken, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wir verfügen z.B. über riesiges Potenzial im Schiffbau, aber wir bauen keine größeren Schiffe, die uns im internationalen Handel unterstützen könnten.

Herzlichen Dank.

Moeletsi Goduka Mbeki ist Unternehmer, Wirtschaftsjournalist und einflussreicher Intellektueller. Er ist Sohn des ANC-Freiheitskämpfers Govan Mbeki und Bruder des ehemaligen Präsidenten Thabo Mbeki. Die Veröffentlichung des Redebeitrags erfolgt mit seiner Zustimmung.

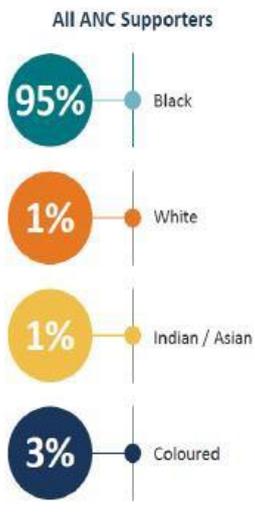
Appendix zum Vortrag

National Votes: 1999 - 2019

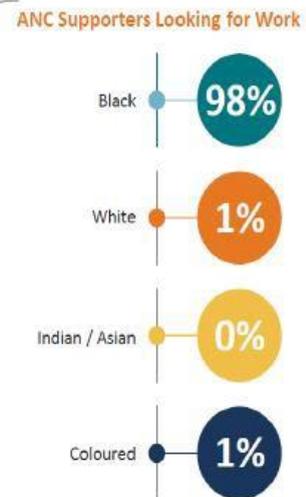
PARTY RESULTS				ELECTION YEAR (%)			
PARTY	VOTES	% SUPPORT	SEATS	2014	2009	2004	1999
ANC	10 026 475	57.50 %	230	62.15	65.90	69.69	66.35
DA	3 621 188	20.77 %	84	22.23	16.66	12.37	X
EFF	1 881 521	10.79 %	44	6.35	X	X	X
IFP	588 839	3.38 %	14	2.40	4.55	6.97	8.58
VF PLUS	414 864	2.38 %	10	0.90	0.83	0.89	X
ACDP	146 262	0.84 %	4	0.57	0.81	1.60	1.43
UDM	78 030	0.45 %	2	1.00	0.85	2.28	3.42
ATM	76 830	0.44 %	2	X	X	X	X
GOOD	70 408	0.40 %	2	X	X	X	X
NFP	61 220	0.35 %	2	1.57	X	X	X
AIC	48 107	0.28 %	2	0.53	X	X	X
COPE	47 461	0.27 %	2	0.67	7.42	X	X
PAC	32 677	0.19 %	1	0.21	0.27	0.73	0.71
ALJAMA	31 468	0.18 %	1	0.14	0.15	X	X
ASC	26 263	0.15 %	0	X	X	X	X
SRWP	24 439	0.14 %	0	X	X	X	X
BLF	19 796	0.11 %	0	X	X	X	X
APC	19 593	0.11 %	0	0.17	0.20	X	X

ANC Voters by Race – 2014

Population Group



Ipsos Public Affairs



- Regardless of employment breakdown analysed, the support base for the ANC is dominated by the Black population group.

All ANC Supporters
N=22,418
(n=2,175)

Looking for Work
N=8,185
(n=810)

Comparison between the demographics of the SA population and the current DA supporters (mid-2017)

Ipsos Public Affairs

- Home language

Home Language

Afrikaans
English
isiNdebele
Sepedi
Sesotho
siSwati
Xitsonga
Setswana
Tshivenda
isiXhosa
isiZulu
Other

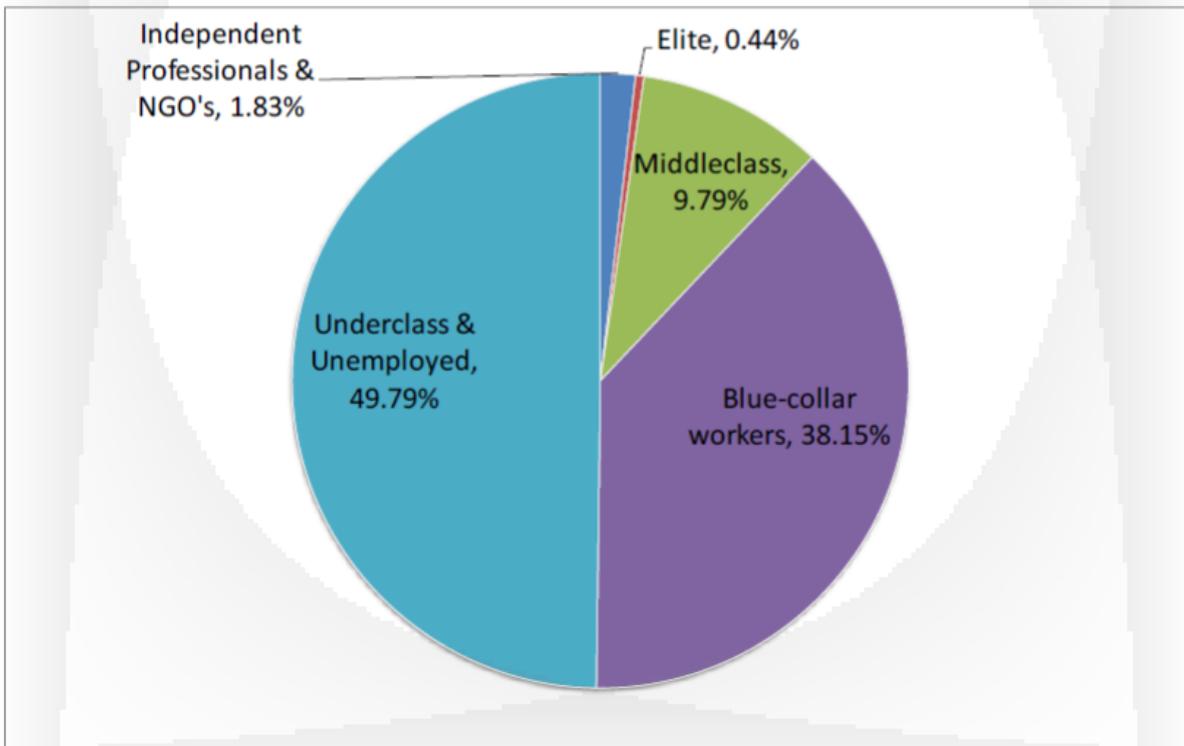
	DA supporters: May 2014	DA supporters: May 2017
Afrikaans	54%	41%
English	29%	28%
isiNdebele	-	1%
Sepedi	1%	4%
Sesotho	2%	3%
siSwati	-	1%
Xitsonga	1%	2%
Setswana	4%	5%
Tshivenda	2%	1%
isiXhosa	2%	5%
isiZulu	5%	8%
Other	-	1%

**South African Population (18+):
May 2017**

Afrikaans	14%
English	11%
isiNdebele	2%
Sepedi	10%
Sesotho	8%
siSwati	2%
Xitsonga	3%
Setswana	9%
Tshivenda	2%
isiXhosa	15%
isiZulu	23%
Other	1%

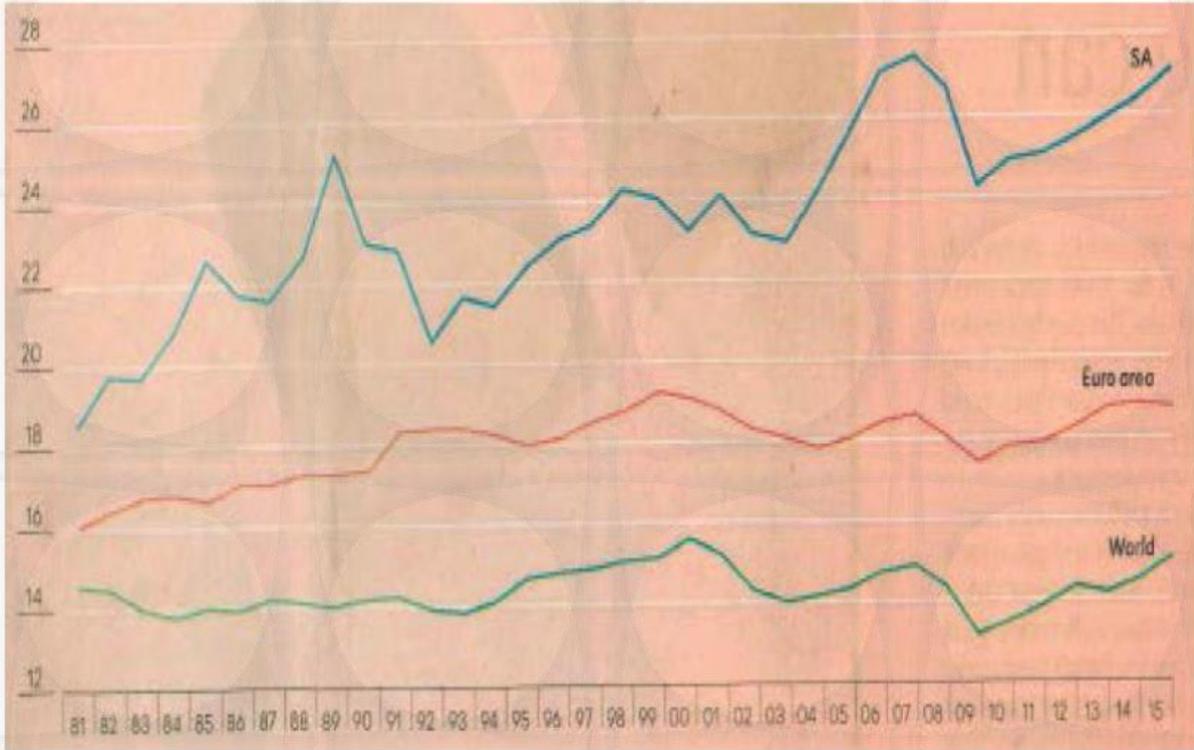
14 © 2017 Ipsos.

Social Structure of South Africa - 2014



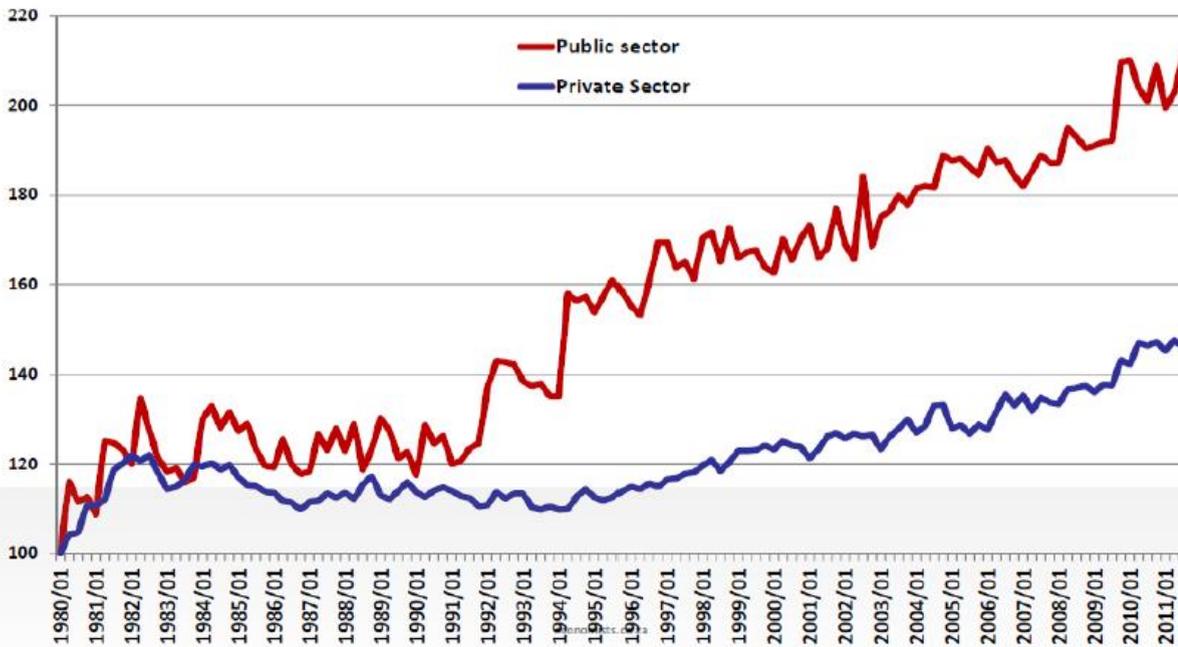
Source: StatsSA

Tax Revenue % of GDP

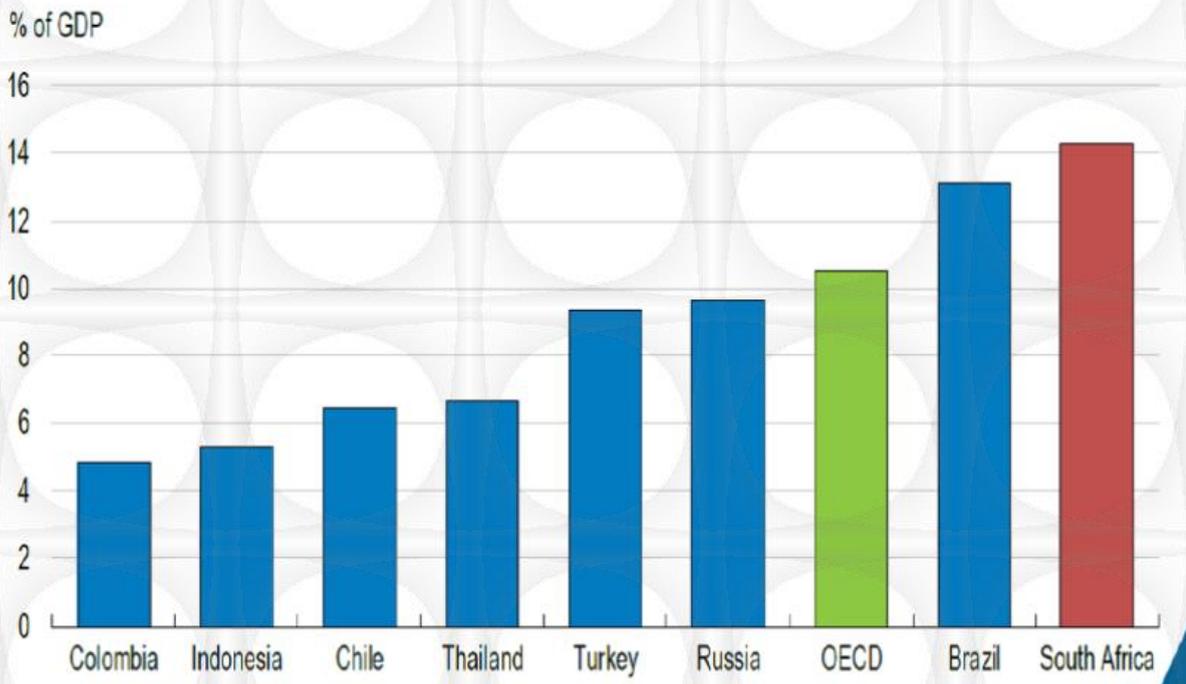


Graphic: Ruby-Gay Martin
Source: World Bank, StatsSA

Public and private sector pay index 1980=100

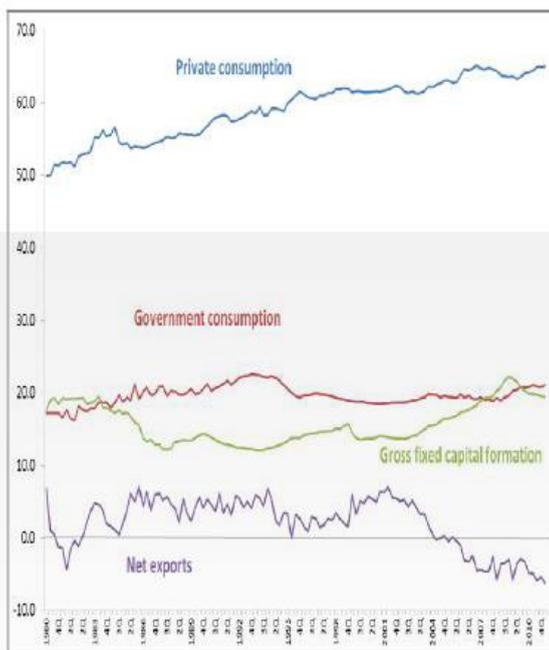


Compensation of General Government Employees - 2015



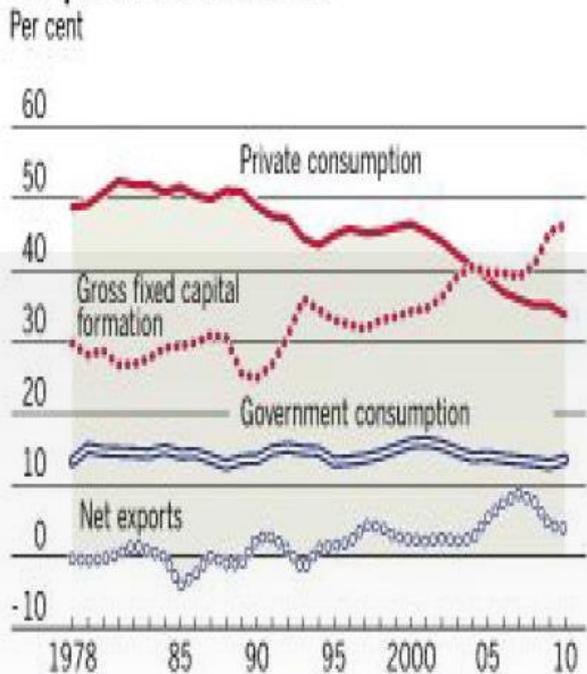
Source: IMF, Government Finance Statistics.

Composition of South Africa's GDP



Source: South African Reserve Bank

Composition of China's GDP



Source: Thomson Reuters Datastream: EIU - Financial Times 15 June 2011

Breakdown of Social Classes: 2014

	Total	Percentage
Elite		.44
Economics	84 766	
Political	20 270	
Middle Class		9.79
Economic	1 556 502	
Political	753 984	
Blue Collar worker	9 005 460	38.15
Underclass and unemployment	11 755 744	49.79
Independent Professional and NPOs	431 517	1.83
Elite and middle class as % of working population		12.06

Economic and political elite and middle class 2014

This category is made up of individuals who earn R11 565 or more per month. The category excludes professionals who work for themselves and those individuals who are working for non-profit organisations.

Population group	Public sector*	Private sector**	NGO	Total
Elite (above R60 000 per month)				
Black African	9 881	27 288		37 169
Coloured	2 448	6 356	124	8 804
Indian/Asian		4 664		4 644
White	7 941	46 459	818	54 400
Total	20 270	84 766	943	105 036
Middle class (above R11 565 but less than R60 000 per month)				
Black African	549 614	697 826	8 853	1 247 440
Coloured	57 864	172 349	1 924	230 213
Indian/Asian	17 744	89 162	960	106 905
White	108 492	597 165	14 508	705 657
Total	733 713	1 556 502	26 245	2 290 215

*Includes government-controlled businesses, such as Eskom/Telkom

**Includes people who work in private households

Blue-collar workers/lower middle class 2014

This category includes all individuals working in the formal sector who earn less than R11 565 a month, excluding professionals who work for themselves and those individuals who are employed in non-profit organisations.

Population group	Formal sector
Black African	6 507 152
Coloured	1 119 414
Indian/Asian	330 225
White	1 048 669
Total	9 005 460

Underclass workers and the unemployed 2014

This category includes all individuals who work in the informal sector and earning less than R11 565 a month, excluding professionals who work for themselves and those individuals who are employed in non-profit organisations.

Population group	Employed in the informal sector	Unemployed	Total
Black African	3 109 295	7 336 801	10 446 096
Coloured	243 044	632 114	875 158
Indian/Asian	48 135	101 404	149 539
White	81 449	203 502	284 951
Total	3 481 923	8 273 821	11 755 744

Independent professionals and those working for non-profit organisations 2014

This category includes professionals working for themselves and individuals working in non-profit organisations.

Population group	Independent professionals	Working for NGOs	Total
Black African	108 348	142 107	250 455
Coloured	12 368	20 133	32 500
Indian/Asian	7 716	5 156	12 872
White	106 412	29 277	135 690
Total	234 844	196 673	431 517

Mai 2019

Länderbericht

KAS Südafrika



Südafrika hat gewählt: ANC verliert an Zuspruch – Ramaphosa nicht

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung und den Provinzparlamenten am 8. Mai ging der African National Congress (ANC) trotz herber Stimmenverluste klar als Sieger hervor. Präsident Ramaphosa erhält somit das Mandat, das Land in den nächsten fünf Jahren aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. Ob das ANC-Ergebnis von 57,5 Prozent der Wählerstimmen Ramaphosas Hausmacht derart festigt, um auch innerhalb der Partei unliebsame und als korrupt geltende Gegner zu marginalisieren, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Unter den Oppositionsparteien konnten die linksradikalen Economic Freedom Fighters (EFF) von den Stimmenverlusten des ANC profitieren, während der Wählerzuspruch für die liberale Democratic Alliance (DA) erstmals leicht abnahm. Die niedrige Wahlbeteiligung von 66 Prozent kann als Ausdruck der Wählerunzufriedenheit mit Regierung und Opposition gewertet werden. Langfristig wird sich das Land auf Koalitionsregierungen einstellen müssen, wie das Wahlergebnis in der wirtschaftlich stärksten Provinz Gauteng zeigt: hier konnte der ANC seine absolute Mehrheit nur sehr knapp verteidigen.

Henning Suhr

Bei den sechsten südafrikanischen Wahlen zur Nationalversammlung und den Provinzparlamenten blieben große Überraschungen aus. Auf den ANC entfielen 57,5 Prozent

der Stimmen und folglich 230 der 400 Sitze umfassenden Nationalversammlung. Somit wird ANC-Spitzenkandidat Cyril Ramaphosa das Land für die nächsten fünf Jahre mit komfortabler Mehrheit regieren. Im Vergleich zu den Wahlen 2014 verlor der ANC 4,65 Prozentpunkte und setzte damit den seit 15 Jahre andauernden Abwärtstrend fort. Dass die Dauerregierungspartei nicht noch mehr Stimmen verlor, dürfte an Ramaphosa selbst gelegen haben, der sich weit über die Parteigrenzen hinaus großer Beliebtheit erfreut. Er war der richtige Kandidat für den ANC, da er sich sowohl als Staatsmann auf internationalem Parkett als auch als bürgernahe Politiker in den Townships präsentierte. Zudem gelang es ihm, sich von seinem Vorgänger Jacob Zuma und dessen Korruptionsskandalen zu distanzieren. Die Wähler nahmen ihm ab, dass Ramaphosa Korruption und Veruntreuung im ANC und im Staatsapparat eindämmen und die Integrität der staatlichen Institutionen wiederherstellen wollte. An der Erfüllung dieser Versprechungen wird Ramaphosa in der kommenden Legislaturperiode gemessen werden.

Positiver „Ramaphosa-Effekt“

Der positive Effekt von Ramaphosa auf das ANC-Ergebnis lässt sich auch daran erkennen, dass der ANC bei der Wahl zur Nationalversammlung durchweg besser abschnitt als bei den Wahlen der Provinzparlamente, die zeitgleich stattfanden. Einige Wähler wünschten sich eine nationale Regierung unter der Führung Ramaphosas und wählten folglich den ANC bei der Wahl zur Nationalversammlung, während sie auf Provinzebene gegen den ANC stimmten. Mindestens 640.000 der rund zehn Millionen ANC-Wähler teilten die Stimme nach diesem Muster. Dieser Trend der Stimmenteilung kann auch als zunehmende demokratische Reife der Wähler interpretiert werden, da man sich für dieses Wahlverhalten verstärkt mit der Beschaffenheit des Wahlsystems auseinandersetzen muss. Bei den vergangenen Wahlen gab es kein Stimmen-Splitting in dieser Größenordnung.

Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung:

Partei	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)	Veränderung zu 2014	Sitze	Veränderung zu 2014
ANC	10.026.475	57,50%	- 4,65%	230	- 19
DA	3.621.188	20,77%	- 1,46%	84	- 5
EFF	1.881.521	10,79%	+ 4,44%	44	+ 19
IFP	588.839	3,38%	+ 0,98%	14	+ 4
VF PLUS	414.864	2,38%	+ 1,48%	10	+ 6
ACDP	146.262	0,84%	+ 0,27%	4	+ 1
UDM	78.030	0,45%	- 0,55%	2	- 2
ATM	76.830	0,44%	Gegründet 2018	2	Gegründet 2018
GOOD	70.408	0,40%	Gegründet 2018	2	Gegründet 2018
NFP	61.220	0,35%	- 1,22%	2	- 4
AIC	48.107	0,28%	- 0,25%	2	- 1
COPE	47.461	0,27%	- 0,40%	2	- 1
PAC	32.677	0,19%	- 0,02%	1	+/- 0
ALJAMA	31.468	0,18%	+ 0,04%	1	+ 1
ANDERE PARTEIEN	310.794	1,78%	- 0,94	0	+/- 0
TOTAL	17.436.144	100%	-	400	+/- 0

Quelle: Unabhängige Wahlkommission (IEC), eigene Darstellung

Das ANC-Wahlergebnis entsprach in etwa dem Mittelwert der verschiedenen Prognosen der Meinungsforschungsinstitute. Verschiedene Analysten und Experten sagten voraus, dass ein gutes ANC-Ergebnis – im Bestfall über 60 Prozent – Ramaphosa auch innerhalb der Partei den Rücken stärke und er Gegner in der Partei, bei denen es sich in der Regel um loyale Mitstreiter des Vorgängers Zuma handelt, marginalisieren könne. Das Zuma-Lager im ANC gilt nicht nur als korrupt, sondern hätte auch bei einem schwächeren Ergebnis des ANC wieder an Dynamik gewonnen, da man Ramaphosa für das schlechte Abschneiden hätte verantwortlich machen können. Für diese weit verbreitete These besteht allerdings nicht viel Evidenz. Sicherlich bleibt die Partei weiterhin zerstritten. Doch dürften sich alle in der Parteiführung darüber einig sein, dass man zusammen mehr erreichen werde als getrennt. De facto wird Ramaphosa mit einer großen Mehrheit im Parlament regieren und somit der starke Mann im ANC bleiben.

Auch die Wirtschaft zeigte sich über das Ergebnis zufrieden. Der südafrikanische Rand, der einer der volatilsten Währungen der Welt ist und normalerweise auf politische Ereignisse sensibel reagiert, blieb nahezu unverändert. Die wirtschaftliche Elite traut Ramaphosa zu, mit Reformen die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, zumal er selbst schwerreicher Unternehmer ist. Den Vorschusslorbeeren müssen nun aber Taten folgen. So forderte Busisve Mavuso, Vorsitzende des Unternehmerverbands Business Leadership South Africa, dass Ramaphosa Versprechungen, das Kabinett zu verkleinern oder den staatlichen Strommonopolisten Eskom zu sanieren, zügig umsetzen müsse. „Wenn er jetzt nicht die richtigen Entscheidungen trifft, werden wir ein weiterer afrikanischer *Failed State* sein“, so Mavuso, deren Verband die 70 größten Unternehmen des Landes repräsentiert.

Die Zustimmung der großen Wirtschaftsunternehmen soll aber kein falsches Bild von der Wählerstruktur des ANC wiedergeben. Die Wähler der ehemaligen Befreiungsorganisation sind in der Regel alt, arm, schwarz und wohnen vornehmlich in den ländlichen Regionen des Landes. Größte Herausforderung des ANC bleibt es, junge und urbane Wähler anzusprechen. Es ist daher wenig verwunderlich, dass der ANC in den bevölkerungsreichsten Provinzen Gauteng, Western Cape und KwaZulu-Natal die schlechtesten Ergebnisse erzielte, bzw. die größten Verluste erlitt.

Es sind die urbanen und wirtschaftlich starken Zentren des Landes, wo sich die Wähler dem ANC und dessen Befreiungskampf gegen die Apartheid weniger verbunden fühlen und wo der Zeitgeist zukunftsgerichtet ist. Sollte der Partei keine Trendwende gelingen, so wird sich der allgemeine Abwärtstrend fortsetzen und bei den nächsten Wahlen 2024 die absolute Mehrheit des ANC stark gefährdet sein.

Geringe Wahlbeteiligung zeugt von Verdruss und Unzufriedenheit

Obwohl der ANC nie müde wird, seine Errungenschaften für Südafrikas Demokratie und das damit verbundene Wahlrecht für alle Südafrikaner hervorzuheben, fiel die offiziell angegebene Wahlbeteiligung mit rund 66 Prozent sehr gering aus. Berücksichtigt man, dass sich nur rund drei Viertel der Wahlberechtigten überhaupt registriert haben, so fällt die reale Wahlbeteiligung mit rund 50 Prozent deutlich niedriger aus als es scheint. Seit den ersten Wahlen im Jahr 1994 ist ein deutlicher Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung zu konstatieren.

Dabei sind die Südafrikaner keineswegs unpolitisch. Das Fernbleiben bei der Wahl ist vor allem dadurch zu erklären, dass sich die jungen Wähler enthalten Weder fühlen sie sich dem ANC und dessen Kampf gegen die Apartheid emotional verbunden, noch sehen sie adäquate Alternativen.

Die EFF versuchen diese Lücke zu schließen, bleiben allerdings für viele Wahlberechtigte wegen der Aggressivität und den radikalen Forderungen nicht wählbar. Der DA ist es hingegen nicht gelungen, sich von dem Image als „weiße“ Partei zu lösen, trotz vieler schwarzer Kandidaten in ihren Reihen. Andere Parteien gelten vielen gemäßigten Wählern entweder als zu radikal oder als zu unbedeutend, um etwas verändern zu können. Dabei vernachlässigen viele Wähler die Tatsache, dass auch kleine Parteien in dem repräsentativen Parlamentarismus Südafrikas ausschlaggebend sein können, wenn es zu der Bildung einer Regierungskoalition kommt.

DA werden die Grenzen des Wachstums aufgezeigt

Großer Verlierer der Wahl ist die Democratic Alliance (DA). Sie konnte erstmals in ihrer Geschichte den Stimmenanteil nicht ausweiten und sackte 1,5 Prozentpunkte auf 20,8 Prozent ab. Für den Stimmenverlust gibt es zwei wichtige Faktoren:

Erstens brachten innere Querelen viel Unruhe in die Partei. In erster Linie betrifft dies den Streit mit Kapstadts ehemaliger Bürgermeisterin Patricia de Lille, die wegen Korruptionsvorwürfen aus der Partei gedrängt wurde. Sie gründete die neue Partei GOOD, die der DA einige Wähler streitig machen konnte – vor allem aus dem *Coloured*-Milieu im Western Cape. Darüber hinaus war der Umgang der DA mit der scheidenden Premierministerin der Western Cape-Provinz, Helen Zille, äußerst unglücklich. Zille selbst trug zu den kommunikativen Problemen bei, indem sie polemische Nachrichten über die Kolonialzeit per Twitter sendete. Der Parteivorsitzende Mmusi Maimane selbst machte zudem eine schwache Figur und wirkte unauthentisch, als er verschiedene seiner eigenen Entscheidungen revidierte.

Zweitens versuchte die Partei, sich jungen, schwarzen und urbanen Wählern zu öffnen, indem sie sich an populäre Positionen annäherte, die zuvor keineswegs Markenzeichen der DA waren. Das betrifft vor allem Aussagen zur Beibehaltung der vom ANC propagierten *Black Economic Empowerment-Policy* (BEE), nach der schwarze, ehemals benachteiligte, Südafrikaner prioritär einen Arbeitsplatz erhalten. Die DA argumentierte bisher gegen die BEE-Politik, im Wahlkampf äußerte sie sich jedoch zweideutig. Zudem schien die Position der DA in der Frage der entschädigungslosen Landenteignung von Weißen nicht deutlich zu sein. Diese beiden Punkte verschreckten vor allem konservative, libertäre und weiße Wähler. Einige von ihnen stimmten stattdessen für die ethno-nationalistische Freedom Front Plus (FF+), die vorgibt, die Interessen weißer, vor allem afrikaans-sprachiger Wähler zu vertreten.

Vor allem in den urbanen Zentren in Kapstadt und in der Provinz Gauteng, die sonst Hochburgen der DA darstellen, zeigten sich Stammwähler unzufrieden. Entweder blieben sie der Urne fern oder sie wechselten zu kleineren Oppositionsparteien wie GOOD oder der FF+. Im Western Cape konnten zudem Kleinstparteien wie die African Christian Democratic Party (ACDP) und die muslimische Al-Jama-Ah-Partei zulegen.

Im Western Cape verlor die DA knapp vier Prozent der Stimmen, allerdings kann sie dennoch mit einer komfortablen Mehrheit ohne Koalitionspartner in der Provinz weiterregieren. Interessanterweise verlor der ANC auch hier deutlich an Zustimmung. Mit dem altersbedingten Ausscheiden der beliebten, wenn auch manchmal streitbaren Premierministerin Helen Zille, bricht für die DA eine neue Zeit an. Ihr Nachfolger Alan Winde tritt in große Fußstapfen und muss nun zeigen, dass die DA im Western Cape effektiver regiert als es dem ANC in den anderen Provinzen gelingt.

Ergebnis der Wahl des Provinzparlaments im Western Cape

Partei	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)	Veränderung zu 2014	Sitze	Veränderung zu 2014
DA	1.140.647	55,45%	- 3,93%	24	- 2
ANC	589.055	28,63%	- 4,26%	12	- 2
EFF	83.075	4,04%	+ 1,93%	2	+ 1
GOOD	61.971	3,01%	Gegründet 2018	1	Gegründet 2018
ACDP	54.762	2,66%	+ 1,64	1	+/- 0
VF PLUS	32.115	1,56%	+ 1,01 %	1	+ 1
ALJAMAAH	17.607	0,86%	+ 0,62%	1	+ 1 Gegründet 2018
ANDERE PARTEIEN	72.252	3,51%	- 0,31%	0	+/- 0
TOTAL	2.057.212	100%	-	42	+/- 0

Quelle: Unabhängige Wahlkommission (IEC), eigene Darstellung

Das Wahlergebnis der DA zeigte der Partei vorerst ihre Wachstumsgrenzen auf. Programmatisch hat sich die Partei vorerst überdehnt. Am rechten Rand verlor sie weiße Wähler an die FF+, konnte den Verlust hingegen auf der anderen Seite durch den Zugewinn urbaner schwarzer Wähler nicht ausgleichen. Da letztere Wählergruppe ein großes Wachstumspotenzial verspricht, muss sich nun die DA entscheiden, ob sie künftig programmatisch weiter in die Mitte rückt oder versucht, Wähler am rechten Rand zurückzuholen. Diese Wählergruppe ist zwar deutlich kleiner, geht hingegen zuverlässig wählen. In jedem Fall muss die Parteiführung nun die künftige Strategie festlegen. Dabei ist es utopisch anzunehmen, dass die DA ohne Koalitionspartner dem ANC langfristig die Mehrheit auf nationaler Ebene streitig machen kann.

EFF sind der große Gewinner der Wahl

Die EFF sind die großen Gewinner der Wahl. Parteichef Julius Malema, der einst Vorsitzender der ANC-Jugendliga war, hat die ANC-Abspaltung EFF mit 10,8 Prozent der Stimmen fest in Südafrikas Parteienlandschaft etabliert. In den Provinzen Limpopo, North-West und Mpumalanga avancierte die Partei jeweils zur stärksten Oppositionskraft, meist zu Lasten des ANC. Mit einer radikalen, linkspopulistischen und afronationalistischen Agitation verstand es die Partei, erfolgreich hauptsächlich arme, schwarze Wähler anzusprechen. Die Partei ist straff gegliedert und statt „Parteivorsitzender“ nennt sich Malema „Oberbefehlshaber“, um seinen alleinigen Machtanspruch zu untermauern. Mit einem simplen, kommunikativ schlagkräftigen Wahlkampf, der sich auf Arbeit und Land für schwarze Südafrikaner beschränkte, erreichten die EFF eine Wahlkampfpräsenz, die weit über ihre eigentliche repräsentative Stärke herausragte.

Die Partei hätte deutlich mehr Stimmen erhalten können, allerdings wirkte dem die niedrige Wahlbeteiligung junger Wähler entgegen. Das Fernbleiben vor allem junger Wähler bei der Wahl liegt nicht nur an der generellen Parteienverdrossenheit oder dem Versäumnis, sich zu registrieren, sondern ist auch schlichtweg auf Unzuverlässigkeit und Bequemlichkeit zurückzuführen. Die langfristigen Aussichten für die EFF sind dennoch positiv, da sie mehr als jede andere Partei für einen Generationswechsel in Südafrikas Politik stehen, personifiziert durch den erst 38-jährigen Malema.

IFP legt zu – verpasst aber Wahlziel in KwaZulu-Natal

Eine weitere interessante Entwicklung ist das Wiedererstarken der Inkatha Freedom Party (IFP) in der zweitgrößten südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal. Es sind vor allem Wähler aus der Zulu-Ethnie, die der konservativen und traditionalistischen Partei ihre Stimme geben. Daraus resultiert auch der regionale Schwerpunkt der Partei auf die Provinz KwaZulu-Natal, wo die Partei ihren Stimmenanteil von 10,9 auf 16,3 Prozent ausweiten konnte. Mit dem Ergebnis kann die Partei dennoch nicht zufrieden sein, da sie in erster Linie ehemalige IFP-Wähler von der National Freedom Party (NFP) zurückgewinnen konnte. Die NFP hat sich einst als Abspaltung der IFP gegründet, ist heute jedoch weitestgehend in der Bedeutungslosigkeit verschwunden.

Der IFP ist es nicht gelungen, die Schwäche des ANC in KwaZulu-Natal für sich zu nutzen, der in der Provinz mehr als zehn Prozentpunkte verlor. Der Stimmenverlust des ANC liegt vor allem an der Zerrissenheit der Partei in KwaZulu-Natal. Der ehemalige Präsident Jacob Zuma hat in seiner Heimatprovinz noch viele Anhänger. Zudem ist Zuma Zulu, während sein Nachfolger Ramaphosa ein Angehöriger der kleinen Venda-Ethnie ist. Mit einem kommunikativ gut geführten Wahlkampf und einem stärkeren Fokus auf die Zulu-Ethnie hätte die IFP die Chance gehabt, dem ANC zusätzliche Stimmen streitig machen können. Noch 2009 hatte die IFP in KwaZulu-Natal über 20 Prozent erreicht. Mit einem spröden Wahlkampf, der praktisch einer Kopie der Kampagne zu den Lokalwahlen 2016 entsprach, verpasste die IFP jedoch nun die Gelegenheit, die Provinz mit den Koalitionspartnern DA, EFF und weiteren Kleinstparteien zu übernehmen.

Ergebnis der Wahl des Provinzparlaments in KwaZulu-Natal

Partei	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)	Veränderung zu 2014	Sitze	Veränderung zu 2014
ANC	1.951.027	54,22%	- 10,30%	44	- 8
IFP	588.046	16,34%	+ 5,48%	13	+ 4
DA	500.051	13,90%	+ 1,14%	11	+ 1
EFF	349.361	9,71%	+ 7,86%	8	+ 6
NFP	56.587	1,57%	- 5,74%	1	- 5
MF	18.864	0,52%	- 0,5%	1	+/- 0
ATM	17.729	0,49%	Gegründet 2018	1	Gegründet 2018
ACDP	17.214	0,48%	+ 0,04%	1	+ 1
ANDERE PARTEIEN	105.402	2,93%	+ 1,24%	0	+/- 0
TOTAL	3.598.281	100%	-	80	+/- 0

Quelle: Unabhängige Wahlkommission (IEC), eigene Darstellung

Darüber hinaus herrscht in der IFP weiterhin Unklarheit über die Zukunft der Parteiführung. Prince Mangosuthu Buthelezi, der seit über 40 Jahren Vorsitzender der Partei ist, kündigte im vergangenen Jahr zum wiederholten Male seinen Rücktritt vom Parteivorsitz und dem Ausscheiden aus dem Parlament an. Davon machte er nach der Wahl einen Rückzieher, als er bekanntgab, dass er weiterhin gedenke Abgeordneter der Nationalversammlung zu sein. Prince Buthelezi ist neben seinem Amt als Parteivorsitzender auch Mitglied des erweiterten Königshauses der traditionsreichen Zulu-Ethnie. Solange er in der IFP aktiv ist, wird er der Anführer der Partei bleiben, da der Respekt seiner Mitstreiter viel zu hoch ist, um ihm gegenüber konträre Meinungen offen zu vertreten. Erst mit dem Rückzug des fast 91-

jährigen Buthelezi aus der aktiven Politik kann der Partei eine personelle Erneuerung gelingen.

Trotz aller Herausforderungen wird die Partei in Zukunft darauf spekulieren, dass sie mit ihren wenigen Sitzen in den Provinzparlamenten und der Nationalversammlung möglicherweise an einer Koalitionsregierung beteiligt sein kann, sollte der ANC zum gegebenen Zeitpunkt die Mehrheit verlieren. Die Stimmen der kleinen und Kleinstparteien könnten dann den Ausschlag geben. Bis dahin wird aber noch viel Zeit vergehen, die die IFP für eine Erneuerung nutzen sollte.

Fazit: Koalitionen werden in Südafrikas Politik relevant

Auf lokaler Ebene bestehen bereits Koalitionen zwischen der DA, den EFF und Kleinstparteien, wodurch der ANC in vielen Metropolen des Landes an der Regierung abgelöst wurde. Die Koalitionen sind ideologisch äußerst divers, werden jedoch durch den gemeinsamen Feind, dem ANC, zusammengehalten. Großstädte wie Johannesburg, Pretoria und zumindest zeitweise Port Elizabeth sind Beispiele für diesen Trend. Bei der Wahl am 8. Mai schickten sich die Oppositionsparteien an, gemeinsam auch die Provinz Gauteng zu übernehmen, scheiterten jedoch knapp. Mit 50,5 Prozent der Wählerstimmen und einem Sitz Vorsprung verteidigte der ANC seine absolute Mehrheit. Für den ANC wäre der Verlust Gautengs, das wirtschaftliche Zentrum des Landes, ein harter Schlag gewesen.

Ergebnis der Wahl des Provinzparlaments in Gauteng

Partei	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)	Veränderung zu 2014	Sitze	Veränderung zu 2014
ANC	2.168.253	50,19%	- 3,4%	37	- 3
DA	1.185.743	27,45%	- 3,3%	20	- 3
EFF	634.387	14,69%	+ 4,39%	11	+ 3
VF PLUS	153.844	3,56%	+ 2,36%	3	+ 2
IFP	38.263	0,89%	+ 0,11%	1	+/- 0
ACDP	30.605	0,71%	+ 0,09%	1	+ 1
ANDERE PARTEIEN	108.842	2,52%	- 0,79%	0	+/- 0
TOTAL	4.319.937	100%	-	73	+/- 0

Quelle: Unabhängige Wahlkommission (IEC), eigene Darstellung

Aufgrund der krassen ideologischen Gegensätze ist es allerdings fraglich, ob die EFF und die DA langfristig weiterhin Koalitionspartner sein können. Nur solange beide Parteien einander brauchen, um eine Koalition gegen den ANC zu schmieden, ist eine Zusammenarbeit denkbar.

Dieser Überlegung folgend stellt sich die Frage, wohin sich die Parteienlandschaft entwickelt, wenn der zu erwartende Abwärtstrend des ANC anhält. Bereits jetzt gibt es viele politische Akteure, die daraufsetzen, künftig mit den großen Parteien ANC, DA oder EFF eine Koalition zu bilden. Der Trend zur Fragmentierung in den Parlamenten hält weiter an: alleine in der Nationalversammlung sind 14 Parteien vertreten. Allerdings befindet sich derzeit keine der Kleinstparteien in der Lage, sich zu einer politischen Kraft mit signifikanter Stärke von fünf Prozent oder mehr zu entwickeln, die im Koalitionsspiel ein von den großen Parteien hart umworbener Partner sein könnte. Das Wählerpotential ist angesichts eines großen Reservoirs an Nichtwählern in jedem Fall gegeben. Es sind vor allem kirchennahe, konservative und marktwirtschaftlich orientierte, schwarze Wähler, denen es an einer politischen Heimat mangelt. Bisher versucht kein ernsthaftes politisches Projekt, diese

Wähler für sich zu gewinnen. Sollte in Südafrika eine neue, disruptive Kraft die politische Bühne betreten, könnte diese innerhalb kurzer Zeit aufgrund der bestehenden Trends und Mehrheitsverhältnisse gute Aussichten haben, Zünglein an der Waage der politischen Macht zu werden.

Vorerst richtet sich jedoch das mediale Augenmerk auf Ramaphosa. Die Tage nach der Wahl begannen die Spekulationen um die Postenvergabe. Die künftige Zusammenstellung seines – hoffentlich deutlich verkleinerten – Kabinetts wird darüber Aufschluss geben, wie viele Vertrauenspersonen Ramaphosa um sich weiß und wie ernst er es mit seinen Reformbestrebungen meint.

März 2020

Meinungsartikel

KAS Südafrika

Erschienen im Daily Maverick am 5. März 2020

Bessere Regierungsführung, Koalitionen und Pragmatismus begünstigen wirtschaftliche Erholung

Christiaan Endres

Spoiler-Alarm: Grundlegende und strukturelle politische Veränderungen innerhalb und außerhalb der Regierung drängen den südafrikanischen Staat zu einer besseren Regierungsführung. Die prekäre Haushaltslage ist beängstigend, beschleunigt aber diesen Richtungswechsel.

Im Jahr 2020 steigt die Staatsverschuldung Südafrikas um etwas mehr als eine Milliarde Rand pro Tag, dies entspricht etwa 60 Millionen Euro. So schockierend diese Zahl auch ist, das Anwachsen der Schuldenlast begann nicht erst unter der Regierung von Präsident Ramaphosa. Der Staat ist momentan auf bestem Weg, bis mindestens 2021 Schulden im selben Rhythmus anzuhäufen.

Lag die Verschuldung der Regierung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2008 noch bei 27 Prozent, so wuchs sie innerhalb von zwölf Jahren durch die jährlichen Haushaltsdefizite auf eine Größenordnung von 65 Prozent an -Tendenz weiterhin steigend. Ein kürzlich erschienener Artikel von Ntobeko Stampu verdeutlicht, dass das Kreditausfallrisiko Südafrikas vergleichbar mit dem von Paraguay, Guatemala und Jordanien eingestuft wird. Südafrika selbst würde sich in Bezug auf die Kreditwürdigkeit gerne als gleichwertig mit Thailand oder Malaysia ansehen, doch erweist sich dies als absolut unzutreffend.

Warum ist die hohe Staatsverschuldung ein Problem? Weil Südafrika mit chronischer Armut kämpft und kein Land ohne Wirtschaftswachstum selbige nachhaltig verringert hat. Es ist problematisch für Südafrika, dass die hohe Staatsverschuldung das Wirtschaftswachstum behindert - und damit ebenfalls die Fähigkeit des Landes zur Armutsbekämpfung schwächt.

Diese Einschränkung des Handlungsspielraums wirkt in dreifacher Hinsicht:

Erstens führt die steigende Schuldenlast zu höheren Zinssätzen bei der Bedienung der Staatsschulden. Wenn die Schuldenlast wächst, muss die Regierung dem Markt mehr Ausgleichszahlungen anbieten, um das erhöhte Ausfallrisiko abzudecken. Dies führt dazu, dass die Zinssätze in der gesamten Wirtschaft steigen, was bedeutet, dass die Menschen

weniger verfügbares Einkommen haben, da sie mehr für den Schuldkredit ausgeben. Darüber hinaus nehmen die Investitionen ab, da höhere Renditen benötigt werden, um Kredite zurückzahlen zu können.

Eine zweite wachstumshemmende Wirkung dieser hohen Staatsverschuldung ist, dass sie als Indikator für schlechte Regierungsführung angesehen wird. Dadurch wird die Sorge befördert, dass die Regierung nicht in der Lage oder willens ist, verantwortungsvoll zu handeln, was Investoren anderen Governance-Risiken aussetzen kann.

Eine dritte Wirkung, durch die die erhöhte Verschuldung zu einem geringeren Wirtschaftswachstum führt, ist die drohende Besteuerung. Sofern die Währung nicht mit verheerenden Folgen für die Armen aufgebläht wird, müssen die Schulden durch Steuern getilgt werden. Hohe Schuldenstände erzeugen die Erwartung zukünftiger Steuererhöhungen und schrecken damit Investoren ab, die mit erhöhten Kosten für ihre Betriebe rechnen müssen.

Es scheint, als sei dieser Verlangsamungseffekt bereits sichtbar. Im Jahr 2019 wuchs Südafrikas Wirtschaft nur noch um 0,2 Prozent, das ist das geringste Wachstum seit dem Jahr der ‚Großen Rezession‘ 2009. Seitdem ist das jährliche BIP-Wachstum mit durchschnittlich 1,4% kraft- und wirkungslos. Zusammen mit dem Bevölkerungswachstum ging das BIP pro Kopf von einem Höchststand von 8007 Dollar im Jahr 2011 auf 6100 Dollar im Jahr 2019 zurück, wodurch die Südafrikaner real deutlich ärmer wurden.

Wie ist Südafrika in eine so prekäre Lage geraten? Die unmittelbare wirtschaftliche Erklärung ist, dass die Regierung seit 2009 mehr ausgegeben hat, als sie verdient hat.

Zunächst war dies eine konjunkturfördernde Reaktion auf die Finanzkrise jenes Jahres. Es wurde erwartet, dass die Anleihe zurückgezahlt werden würde, wenn Südafrika seine vor der Finanzkrise erzielte BIP-Wachstumsrate von etwa vier Prozent pro Jahr wieder erreichen würde. Das anhaltende Defizit wurde allerdings zu einem strukturellen Bestandteil des Haushalts, als sich die signifikanten Erhöhungen der Vergütung und des Umfangs des öffentlichen Dienstes normalisierten. Der einzige Haushaltsposten, der schneller wuchs als die Lohnausgaben des öffentlichen Dienstes, war die Schuldenlast. Seit 2009 sind die jährlichen Kosten des Schuldzinses um fünf Prozent rascher gewachsen als die Wirtschaft und zwei Prozent schneller als die Lohnausgaben der Regierung.

Die Regierung hat das zukünftige Wachstum seit 2009 unweigerlich überschätzt. Zurückblickend scheint es weniger an Pech als an Inkompetenz zu liegen, wenn acht aufeinanderfolgende Wachstumsschätzungen falsch sind, was die Investoren nicht sonderlich beruhigen wird.

Ein höheres Wachstum hätte einen sichtbaren Unterschied zu Südafrikas gegenwärtiger Position gebracht. Wäre das BIP etwas stärker gestiegen, hätte Südafrika keine Schuldenkrise zu bewältigen. Eine Analyse des Centre for Development and Enterprise (CDE) zeigt, dass wenn das BIP seit 2008 jährlich um ein Prozent zusätzlich gewachsen wäre und jeder Prozentpunkt mehr Steuern gebracht hätte, die Schuldenquote jetzt bei 44 Prozent läge und damit deutlich niedriger wäre.

Wie kann Südafrika jetzt, da das Land sich in einer Schuldenkrise befindet, aus seiner prekären Lage herauskommen?

Wie die Modellrechnung des CDE zeigt, trägt das Wirtschaftswachstum zur signifikanten Verbesserung der negativen Finanzlage Südafrikas bei. Die schlechte Nachricht ist allerdings, dass dieses Wachstum nur schwer zu erreichen ist.

Die Gründe für die geringeren Wachstumsraten seit 2009 sind vielfältig, erklären sich aber im Allgemeinen durch eine Kombination aus dem gesunkenen Vertrauen und die Qualität der Regierungsführung unter der Zuma-Regierung (die durch Stromausfälle und Korruptionsskandale eklatant offengelegt wurde), höherer Steuerlast, schädliche politische Rhetorik, Mangel an Fähigkeiten, die Überalterung der südafrikanischen Industrie und einer volatilen internationalen Wirtschaftsentwicklung. Die Faktoren, die von der südafrikanischen Regierung beeinflusst werden können, werden nur langsam verändert, sodass in nächster Zeit kein großes Wachstum zu erwarten ist.

Die Konsequenz ist, dass die Regierung kurz- bis mittelfristig akzeptieren muss, dass das Wirtschaftswachstum nicht herausragend sein wird. Daher müssen die Staatsausgaben gekürzt werden, um gefährliche Schuldenstände zu stabilisieren, die das Wachstum weiter hemmen. Abgesehen von der Offensichtlichkeit darüber, was zu tun ist, gibt es mehrere strukturelle politische Veränderungen, die eine Rückkehr zu einem gesunden Haushalt erwarten lassen.

Zunächst einmal kristallisieren sich innerhalb des Machtzentrums Kräfte heraus, die auf eine bessere Regierungsführung abzielen.

Die Führung der derzeitigen Regierung wird weithin dafür geschätzt, dass sie das Verschuldungsproblem Südafrikas ernst nimmt, auch wenn sie durch die innerparteiliche Opposition des ANC in ihrem Handeln gelähmt wird. Verschiedene Minister in Schlüsselpositionen verändern allerdings die Richtung der Entwicklung. Die drei Minister Gwede Mantashe (Bergbau und Energie), Tito Mboweni (Finanzen) und Pravin Gjordhan (Öffentliche Unternehmen) nehmen Positionen ein, die im Widerspruch zur Wirtschaftspolitik der Dauerregierungspartei *African National Congress* (ANC) der letzten zehn Jahre stehen.

Inzwischen scheinen auch die Verbündeten der Regierung in den Gewerkschaften den Ernst der Verschuldungssituation und die Notwendigkeit neuer Ansätze zu erkennen. Kürzlich schlug der Gewerkschaftsdachverband COSATU vor, die Pensionsfonds der Arbeitnehmer zur Refinanzierung eines Teils der enormen und wachsenden Schulden des staatlichen Strommonopolunternehmens ESKOM zu nutzen. Unabhängig davon, ob dies die richtige Intervention ist oder nicht, es zeigt, dass die organisierte Arbeitnehmerschaft nicht blindlings die schlechte Verfassung der Wirtschaft und der Bilanz der Regierung hinnimmt. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Einsicht der Gewerkschaften gegenüber der Regierung weiterhin Bestand haben wird.

Außerhalb der Regierung setzen mindestens zwei langfristige politische Veränderungen die Regierungspartei zusätzlich unter Druck, die Regierungsführung zu verbessern.

Erstens hat der ANC die schlechte Regierungsführung in Bezug auf Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit oft mit den Nachwirkungen des früheren Apartheid-Regimes oder einer Verschwörung von fest verwurzelten Wirtschaftseliten gegen das Regime begründet. Sowohl die lange Dauer der alleinigen Regierungsverantwortung des ANC als auch eine neue linke Partei, die Economic Freedom Fighter (EFF), lassen diese Erklärungsversuche gegenüber den Wählern immer weniger glaubwürdig erscheinen. Der ANC regiert seit fast einer ganzen Generation, und den Wählern fällt es zunehmend schwerer zu glauben, dass der ANC nicht teilweise selbst für die schlechten Regierungsergebnisse verantwortlich ist.

Unterdessen versprechen die EFF, die suggerierte Macht fest verwurzelter Wirtschaftseliten auf eine viel radikalere Weise zu brechen. Ihre Vision hat wenig mit guter Regierungsführung zu tun, sondern eher mit der destruktiven Revolution der Chavistas in Venezuela, die die

Armen betrogen und dann ruiniert hat. Hier lautet die Logik: Warum für den ANC als „EFF-Light“ Version stimmen, wenn man durch die Wahl der EFF das linke Original haben kann?

Die einzigen beiden Auswege für den ANC sind eine Verlagerung in Richtung gute Regierungsführung oder Risiko-Irrelevanz. Die Veränderung lässt sich an den Wahlergebnissen ablesen, die einen Rückgang der Wahlbeteiligung (insbesondere bei den jungen Menschen, die die Apartheid nicht aus erster Hand erlebt haben) und ein Überlaufen der ANC-Wähler zu den EFF zeigen. Für den ANC bedeutet das ein jetzt oder nie: Wenn er sich jetzt nicht in Richtung einer guten Regierungsführung bewegt, wird er dramatisch an Zuspruch verlieren.

Zweitens treibt eine weitere politische Entwicklung das Land zu einer verbesserten Regierungsführung.

Es ist bekannt, dass das Wahlsystem des Landes die Bildung von Koalition befördert, besonders je mehr der ANC seine Dominanz verliert. Der abnehmende Zuspruch für den ANC macht dies auf nationaler Ebene immer deutlicher sichtbar. Koalitionen gibt es bereits in der Westkap-Provinz und in den Stadtregierungen von Kapstadt, Port Elizabeth, Pretoria und Johannesburg.

Die bestehenden Koalitionen sind immer noch fragil, sind aber für die Wähler zunehmend vorteilhaft. Da die miteinander konkurrierenden und kollaborierenden Parteien zeigen, welche Interessen in der Regierung im Vordergrund stehen, erhalten Wähler einen besseren Einblick in das Innenleben der koalierenden Parteien. Wenn sich Wähler und Parteien an alternierende Koalitionsregierungen Wandel gewöhnt haben, wird von den Politikern mehr Rechenschaftspflicht verlangt werden und infolgedessen steigt der Druck auf die Regierenden, bessere Ergebnisse zu liefern.

Die Wähler werden erkennen, welche Parteien am kompetentesten sind und sich am stärksten für eine gute Regierungsführung effektiv einsetzen und sie mit ihrer Unterstützung belohnen.

Während die mittelmäßigen Bemühungen der Regierung, die Schuldenlast zu mindern, zutiefst beunruhigend sind, kann die Situation den notwendigen politischen Druck entfalten, sowohl die fiskalische Verantwortung wiederherzustellen, als auch das Wirtschaftswachstum voranzutreiben.

Christiaan Endres ist Projektkoordinator im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kapstadt. Dieser Artikel ist am 5. März 2020 in englischer Sprache im Daily Maverick erschienen. Der sinngemäßen Übersetzung wurde Vorrang gegeben.

März 2020

Länderbericht

KAS Südafrika



ESKOM – Südafrikas Gretchenfrage

Moritz Sprenker

Das südafrikanische nationale Versorgungsunternehmen ESKOM ist der größte Energieproduzent Afrikas. ESKOM produziert ca. ein Drittel des gesamtafrikanischen Stroms und deckt 90 Prozent des heimischen Energiebedarfs. Doch das Unternehmen befindet sich in den letzten Jahren in der Krise und die Regierung ist nicht mehr in der Lage, den Anforderungen der Bevölkerung und Industrie gerecht zu werden. Korruption, Misswirtschaft und eine überdimensionierte Belegschaft haben ESKOM nachhaltig geschädigt. Der Schuldenberg des Unternehmens wächst stetig und erreichte Ende März rund 26 Milliarden Euro. Die Hilfslosigkeit der Regierung spiegelt sich in dem krampfhaften Versuch wider das Stromnetz durch rotierendes Abschalten verschiedener Städte zu entlasten (Load Shedding). Eine notwendige Restrukturierung des Unternehmens lässt jedoch auf sich warten.

Statistiken belegen das Ausmaß der Krise. Obwohl die südafrikanische Bevölkerung von 2018 bis 2019 um mehr als eine Million Menschen wuchs, nahm die Stromerzeugung im gleichen Zeitraum um 1,5 Prozent ab. Dennoch macht der Energiesektor noch immer etwa 15 Prozent des südafrikanischen BIP aus.

Die südafrikanische Energiekrise ist kein neues oder unvorhergesehenes Problem. Seit den 1950er Jahren wurden gravierende politische und wirtschaftliche Entscheidungen getroffen,

die im aktuellen Status quo resultieren. Südafrikas energiepolitische Pfadabhängigkeit wird zum Seismografen für die Zukunft des Landes und der gesamten *Southern African Development Community* (SADC-Region).

Während ihres Südafrikabesuchs im Februar beschrieb Bundeskanzlerin Angela Merkel die Lösung der südafrikanischen Energiekrise als „Herkulesaufgabe“, die besonders durch den einseitigen Energiemix verstärkt wird. In den Jahren 2017/2018 wurden 91,1 Prozent der ca. 46 000 Megawatt (MW) Strom aus Kohle gewonnen. Die restlichen 9,1 Prozent wurden durch Atomkraft (6,4 Prozent), Pumpspeicherkraftwerke (2,0 Prozent), Wasserkraftwerke (0,3 Prozent) und Gas und Wind (jeweils 0,1 Prozent) produziert. Größter Energieabnehmer waren mit 44,2 Prozent die Gemeinden, gefolgt von der Industrie (24,3 Prozent) und dem separat aufgeführten Bergbausektor (15,4 Prozent).

Geschichte und Struktur eines Stromgiganten

Im Jahr 1910 wurden durch das Transvaal-Energiegesetz alle südafrikanischen Stromerzeuger und die Vergabe von Energielizenzen unter öffentliche Aufsicht gestellt. ESKOM wurde 1922 nach einem Beschluss des Parlaments der Südafrikanischen Union gegründet. Viele kleine Energieerzeuger, die überwiegend im Bergbausektor aktiv waren, wurden zusammengelegt und von ESKOM übernommen. ESKOMs Mandat war die preisgünstige Gewährleistung der südafrikanischen Energieerzeugung und -verteilung sowie die Elektrifizierung des Eisenbahnwesens. Letzteres war von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Um die wachsenden Erzeugnisse des Bergbausektors transportieren zu können, war die Erweiterung des Schienen- und Stromnetzes essenziell. Da ESKOM langfristig den heimischen Energiemarkt dominieren sollte, wurde des Weiteren die private Energieerzeugung verboten. Durch die Übernahme der VFPC (Victoria Falls Power Company Limited), die Energiefirma eines Bergbauunternehmens, dominierte ESKOM den heimischen Energiesektor vollends und verfestigte die Monopolstellung.

Das Akronym ESCOM steht für Electricity Supply Commission, der Begriff wurde jedoch 1987 dem Afrikaans (Elektrisiteitsvoorsieningskorporasie (Eskom)) angepasst und in ESKOM umgewandelt. Dem Jahresbericht von 1939/40 zufolge erzeugte ESKOM weniger als 1000 MW Strom. 45 Jahre später betrieb ESKOM 27 Kraftwerke – davon war eines das erste und einzige Kernkraftwerk Südafrikas – und generierte 33 000 MW. Laut eigenen Angaben exportierte ESKOM in den 1980er Jahren Strom in die Nachbarländer Mosambik, Botswana und Lesotho sowie in die Apartheid-Homelands Bophuthatswana, Ciskei und Transkei. Durch den ESKOM Conversion Act 13/2001 wurde ESKOM in ein steuerpflichtiges Unternehmen umgewandelt, dessen einziger Shareholder die südafrikanische Regierung ist.

Apartheidsregierung setzte auf Kohle

Südafrikas Kohlepfad wurde in den 1950er Jahren zementiert. Die Konzentration auf Kohle war eine strategische Entscheidung der National Party (NP), die im Jahr 1948 die Wahlen gewonnen hatte und bis zum Ende der Apartheid regierte. Das Regime konnte sich wegen der Anti-Apartheid-Sanktionen und der politischen Unruhen im südlichen Afrika weder auf den freien Markt noch auf eine regionale Zusammenarbeit verlassen und war deshalb auf eine autarke Energieversorgung angewiesen. Die NP machte sich den Kohlereichtum Südafrikas zunutze und legte durch massive Investitionen in Kohlekraftwerke den Grundstein für eine autarke Energieversorgung, die hauptsächlich für die weiße Bevölkerung gedacht war. Die Kohlekraftwerke liefen so erfolgreich, dass die Produktion den Verbrauch bei weitem überstieg; dies führte zum Ausbau großer Überkapazitäten. Als

Strompreisstabilisierungsmechanismus ließ die Regierung kontrolliert Kraftwerke stilllegen (Mothballing) und garantierte dadurch einen stabilen Strompreis.

ESKOM in Südafrikas Demokratie

Nach dem Ende der Apartheid übernahm der *Africa National Congress* (ANC) einen profitablen Stromerzeuger, der über große Überkapazitäten verfügte. ESKOM war damals ein Vorzeigeunternehmen und wurde im Rahmen der *Global Energy Awards* 2001 mit dem *Power Company of the Year Award* ausgezeichnet. Der ANC konnte aus dieser guten Ausgangslage politisches Kapital schlagen.

Erstens nutzte der ANC die vorhandenen Überkapazitäten und den damit einhergehenden niedrigen Energiepreis als wichtigen Standortvorteil für ausländische Unternehmen, die mit ihren Investitionen das Wirtschaftswachstum ankurbelten. Vor allem Teilen der Schwerindustrie wurden dauerhaft günstige Stromtarife versprochen, während die überwiegend von Energiearmut betroffene Bevölkerung in den Townships meist nur über ein vorabbezahltes Guthaben hochbepreisten Strom beziehen konnte.

Zweitens konnte der ANC durch ESKOMs erfolgreiches Elektrifizierungsprogramm die nichtweiße Bevölkerung an das Stromnetz anschließen. Dieses sozialpolitische Ziel war zentraler Bestandteil der Gleichstellungspolitik der "Regenbogennation". Allein im Jahr 1995 schloss ESKOM 300.000 Haushalte an das Stromnetz an. Diese Zahl stieg stetig, sodass 2016 nur noch 7,3 Prozent der südafrikanischen Haushalte keinen Stromzugang hatten – eine durchaus bemerkenswerte Errungenschaft der Regierungspartei.

Anfangs sah der ANC nicht den Bedarf die Energieinfrastruktur zu erweitern. Durch die Reintegration der *mothballed* Kohlekraftwerke und die großen Energiespeicher deckte die damalige Kapazität die Nachfrage der Wirtschaft und Bevölkerung. Die energiepolitischen Leitlinien Südafrikas wurden in mehreren politischen Beschlüssen festgelegt. Das 1998 verfasste „White Paper on Energy“ sah als primäres Ziel die Verbesserung von Versorgungssicherheit und Energiedienstleistungen vor. Gleichzeitig sollten mögliche Schäden für die Umwelt limitiert und die Energiewirtschaft gefördert werden. Hierbei spielen besonders drei Institutionen eine bedeutende Rolle: das Department of Energy, das 2009 aus dem Department of Minerals and Energy hervorging, der National Energy Regulator (NERSA), zuständig für die Energieeinspeisung in das landesweite Stromnetz und die Strompreise, und ESKOM. Um den im „White Paper on Energy“ definierten Zielen gerecht zu werden, entschied sich die ANC-Regierung zwei hochmoderne und effiziente Kohlekraftwerke (*Kusile* und *Medupi*) zu bauen. Diese sollen ein knappes Viertel des gesamt-südafrikanischen Strombedarfs decken und eigentlich schon längst in Betrieb sein. Das Kraftwerk *Kusile* setzt sich aus sechs Blöcken zusammen, von denen nur einer vollständig und zwei weitere teilweise in Betrieb genommen wurden. Das geplante Kommissionsdatum des Kraftwerks *Medupi* war Ende des Jahres 2013, doch sind heute nur vier der sechs Blöcke in Betrieb. Es wird erwartet, dass *Medupi* im Jahr 2021 und *Kusile* im Jahr 2023 in Gänze fertiggestellt werden. Als Hauptgründe für die massive Bauverzögerung gelten folgende: Korruption sowie eine für die langsam brennende südafrikanische Kohle zu niedrige Kesselhöhe, was zu einer Reihe von Betriebsproblemen führt und die Baukosten explodieren lässt. Diese beliefen sich ursprünglich auf 163 Milliarden Rand (ca. 9,5 Milliarden Euro), wurden jedoch mehrfach nach oben korrigiert. Schätzungsweise werden die finalen Baukosten ungefähr der Gesamtverschuldung von ESKOM entsprechen, rund 26 Milliarden Euro.

ESKOM, ein schwaches Licht in dunklen Zeiten

Durch die Bauverzögerung, fehlende Investitionen für neue Anlagen, zunehmende Elektrifizierung, schlechte Infrastruktur und wiederkehrende Wartungsarbeiten alter Anlagen überstieg die Stromnachfrage die Produktion. Zwischen November 2007 und Januar 2008 wurde Load Shedding zum ersten Mal eingeführt und ist seither immer wieder gängige Praxis. Das Load Shedding ist die kontrollierte Abschaltung von Teilen des Stromnetzes, um die Nachfrage künstlich zu drosseln. Laut ESKOM sei es die letzte Möglichkeit, das Land vor einem totalen Zusammenbruch des Stromnetzes zu bewahren.

ESKOM kategorisiert das Load Shedding in verschiedene Stufen. Jede Stufe entspricht der Strommenge, um die die Nachfrage durch Netzabschaltung reduziert wird (Lastenabwurf). So entspricht Stufe 1 1000 MW und Stufe 4 4000 MW. Dieses Stufensystem ist jedoch theoretisch endlich; die bis jetzt höchste implementierte Stufe war Stufe 6 (6000 MW), die am 9. Dezember 2019 für kurze Zeit eingeführt wurde. Momentan ist ESKOM davon überzeugt, die Netzstabilität mit der herrschenden Stufe 4 zu gewährleisten.

Bis 2009 verlief die energiepolitische Ausrichtung Südafrikas eher unkoordiniert. Aufgrund mangelnder Absprache erstellten ESKOM, NERSA und das Department of Energy teilweise unabhängig voneinander Strategien und Pläne, die sich hauptsächlich auf die eigenen Kernkompetenzen beschränkten und deshalb inkonsequent waren. Als Resultat wurden zum Beispiel überalterte Kraftwerke zu spät saniert oder es gab Ungereimtheiten bei der Kraftwerksplanung. Dies änderte sich mit der Verkündung des „Integrated Resource Plan“ (IRP) 2010–2030 im März 2011, der laut Department of Energy das Zusammenspiel der einzelnen Akteure erleichtern sollte. Das übergeordnete Ziel des Plans ist die Verbesserung der allgemeinen Energiesicherheit. Durch ein Investment von insgesamt 63 Milliarden Euro und die radikale Umstrukturierung des Energiemixes mit einem Anteil erneuerbarer Energien von 42 Prozent soll dies gewährleistet werden. Zusätzlich sollen mehrere neue Kohle- und Atomkraftwerke gebaut werden.

Politische Machenschaften

Die schleichende Krise ESKOMs wurde durch die allgegenwärtige Korruption beschleunigt. Besonders unter Präsident Zuma wurden für politische Freunde neue Posten in *den state-owned enterprises* (SOEs) geschaffen. Laut einer Weltbankstudie beschäftigt ESKOM 2019 knapp 50.000 Mitarbeiter, obwohl 15.000 ausreichend sein müssten. Die Lohnkosten sind dadurch exorbitant hoch und tragen zur Schuldenlast bei. ESKOM hat angekündigt, bis April 2023 die Mitarbeiterzahl auf 37.000 zu senken.

Neben der allgemeinen Bevölkerung leidet besonders die Wirtschaft unter den zahlreichen Stromausfällen. Südafrikanische Politiker sind eng mit ESKOM und den einhergehenden Industrien verflochten. So besitzt die von Ramaphosa im Jahr 2001 gegründete Shanduka-Investmentholding-Gruppe Beteiligungen im Energie- und Industriesektor und hat am Bau verschiedener Energieprojekte in der SADC-Region mitgewirkt. Bevor Ramaphosa im Jahr 2014 stellvertretender Präsident Südafrikas wurde, war er Anteilseigner und Mitglied des Lonmin-Vorstands, ein in Südafrika aktiver britischer Produzent von Platinmetallen.

Die ambitionierten politischen Pläne wurden nur halbherzig umgesetzt und die Kohleabhängigkeit weiter verfestigt. Hinzu kommt die lange Amortisationszeit von Kohlekraftwerken. Nichtamortisierte Kraftwerke vom Netz zu nehmen, wäre aus wirtschaftlicher Sicht unvernünftig und ein Faktor, der die Pfadabhängigkeit weiter verstärkt und den Transformationsprozess des Energiesektors verlangsamt. Hinzu kommt die starke Rolle des größten südafrikanischen Gewerkschaft-Dachverbands, COSATU (*Congress of South*

African Trade Unions). Dieser ist durch die Drei-Parteien-Allianz¹ sehr eng mit dem ANC verbunden und hat dadurch Einfluss auf die Innenpolitik Südafrikas. COSATU setzt sich vehement für den Erhalt eines starken Kohlesektors ein. Der Kohlesektor ist ein Garant für Arbeitsplätze und bildet daher eine wichtige Machtbasis für COSATU. Allein in der vom Energiesektor stark abhängigen Bergbauindustrie sind offiziell mehr als 440.000 Menschen beschäftigt. Eine mögliche Umstrukturierung des Energiesektors würde mit einem massiven Stellenabbau einhergehen, was wiederum einen realen Machtverlust COSATUs bedeuten würde.

Unbezahlte Stromrechnungen sorgen für Milliardenverluste

Obwohl der absolute Strompreis im internationalen Vergleich niedrig ist, ist er für südafrikanische Verhältnisse gemessen an der Kaufkraft hoch. Von 2005 bis 2019 ist der Strompreis um mehr als das Dreifache angestiegen (von ZAR 31 c/kWh, 2005, auf ZAR 98 c/kWh, 2019). Als Konsequenz können viele wirtschaftlich schwächer gestellte Haushalte die Stromrechnung nicht bezahlen. Die Symptome dieses Preisanstiegs werden am Beispiel des Johannesburger Vorstadtbezirks Soweto deutlich. Erst seit dem Jahr 2000 ist das riesige Township Soweto Teil der Gemeinde Johannesburg und um die Bürger finanziell zu entlasten, erließ ESKOM Soweto 2003 ausstehende Stromschulden in Höhe von 1,3 Milliarden Rand, was beim damaligen Wechselkurs ca. 140 Millionen Euro entsprach. Bis heute zahlen die überwiegend armen Einwohner Sowetos meist weiterhin keine Stromrechnung, sodass sich die heutigen Stromschulden auf 18 Milliarden Rand (ca. 1,08 Milliarden Euro) belaufen.

Ungeachtet der angehäuften Schulden fordern viele Bewohner von Soweto die lückenlose Elektrifizierung des gesamten Stadtgebiets durch ESKOM und drohen mit Chaos und Gewalt, sollten die ausstehenden Schulden eingefordert werden. Verschiedene Parteien, darunter der ANC und die Economic Freedom Fighter (EFF), kündigten Protestmärsche gegen „Load Shedding“ und Letztere gegen die Privatisierung ESKOMs an. Weitere Protestaktionen wurden von der Polizei teilweise gewaltsam mit Gummigeschossen beendet. Das Beispiel Sowetos zeigt die energiepolitische Machtlosigkeit des Rechtsstaates, des ANCs und ESKOMs. Wenn man den etwa 1,5 Millionen Bewohnern den Strom abstellen sollte, würde Soweto im Chaos versinken – ein Szenario, das unverantwortlich wäre. Die Bewohner sind sich dessen bewusst und nutzen diese Machtlosigkeit aus.

Die Folgen der Kohleabhängigkeit

Südafrikas Grundvoraussetzungen für den Kohleabbau sind exzellent. Der Großteil der Kohlevorkommen befindet sich in den semiariden Gebieten der Provinzen Free State, Mpumalanga und KwaZulu Natal. Die Kohlevorkommen befinden sich in geringer Tiefe und die Flöze sind äußerst dick, was einen kostengünstigen Abbau ermöglicht. Südafrikas förderbare Kohlereserven werden auf etwa 66,7 Milliarden Tonnen geschätzt und reichen für die nächsten 50 bis 60 Jahre. Damit hat das Land das fünftgrößte Kohlevorkommen der Welt und ist der sechstgrößte globale Kohleexporteur. Obwohl nur ca. fünf Prozent der gesamtafrikanischen Bevölkerung in Südafrika leben, verstromen diese 93 Prozent der in Afrika geförderten Kohle. Der einseitige Energiemix und der hohe Kohleverbrauch werden in den stetig steigenden CO₂-Emissionen reflektiert. Der Pro-Kopf-Ausstoß liegt über dem

¹ Die Drei-Parteien-Allianz ist ein Bündnis zwischen dem ANC, COSATU und der kommunistischen Partei Südafrikas (SACP).

globalen Durchschnitt. Seit den 1950er Jahren sind die Kohlenstoffemissionen in Südafrika um das Siebenfache gestiegen, wobei etwa 90 Prozent dieser Emissionen auf die Kohleproduktion zurückzuführen sind. Von 1990 bis 2012 sind die Treibhausgasemissionen um 44 Prozent gestiegen. Der Energieumwandlungsprozess von Kohle ist sehr wasserintensiv, was besonders in einem niederschlagsarmen Land wie Südafrika problematisch ist. 2011 verbrauchte ESKOM etwa 237 Milliarden Liter Frischwasser und emittierte ca. 230 Millionen Tonnen Kohlendioxid.

Die südafrikanische Regierung ist sich durchaus dieses Problems bewusst. Bereits im integrierten Ressourcenplan für Elektrizität 2010–2030 wird auf die problematische Kohleabhängigkeit hingewiesen. Die Endlichkeit der Vorkommen, der Anstieg des Kohlepreises und die ökologischen Folgen sollten laut dem Bericht Grund genug sein, die Kohleabhängigkeit langfristig zu reduzieren. Besonders der Ausbau von Wind- und Solarenergie kann nicht nur die Abhängigkeit vom Kohlestrom mindern, sondern auch die Versorgungslücke schließen. Die Bedingungen für Wind- und Sonnenkraft sind in Südafrika hervorragend.

Diese Einsicht spiegelt sich jedoch nicht in der Realität wider, da es noch immer politische Widerstände gegen die Reduzierung der Kohlekraft gibt. Das ist nicht ohne Folgen: Laut einer 2019 veröffentlichten Studie ist Mpumalangas kraftwerksbedingter Stickstoffdioxidausstoß globaler Spitzenreiter und wird von zwölf Kohlekraftwerken und den damit verbundenen Industriezweigen verursacht.

Jüngste politische Entwicklungen

Im Februar 2018 kündigte Ramaphosa aufgrund der schlechten finanziellen Situation die Aufteilung der Unternehmensstruktur von ESKOM an. Der damit zusammenhängende Plan, die Tochtergesellschaft Transmission zu gründen, wurde jedoch nicht weiter konkretisiert.

Im Oktober 2019 veröffentlichte Pravin Gordhan, Minister für öffentliche Unternehmen, ein Sonderpapier zu ESKOM, das eine Umstrukturierung des Unternehmens vorschlägt. Bis zum Ende des Jahres 2022 soll ESKOM drei voneinander rechtlich getrennte Tochtergesellschaften erhalten: ESKOM Generation, ESKOM Transmission und ESKOM Distribution. Durch die Zerschlagung sollen sich Transparenz und Rechenschaftspflicht verbessern und die Regierung in die Lage versetzt werden, die bestehenden Herausforderungen in den Bereichen Erzeugung, Übertragung und Verteilung separat zu lösen. Des Weiteren sollen die Tochtergesellschaften autonom operieren, wobei jede Tochtergesellschaft eigene Vermögenswerte und Lizenzen sowie einen eigenen Vorstand und eigenes Personal haben und getrennte Finanzberichte veröffentlichen sollen.

Ramaphosa kündigte an, dass er sogar der Teilprivatisierung einer dieser Tochtergesellschaften offen gegenüberstehen würde.

Die hohe Verschuldung ESKOMS erschwert eine mögliche Änderung der Unternehmensstruktur, da die Etablierung der drei Tochtergesellschaften mit hohen Kosten verbunden ist. Von 2009 bis 2019 haben sich die Schulden mehr als verfünffacht. Dies ist unter anderem durch den verzögerten Bau der beiden Kohlekraftwerke *Medupi* und *Kusile* zu erklären, die bis zum heutigen Datum noch immer weit unter der maximalen Kapazität arbeiten und dadurch ESKOM zusätzliche Einnahmen kosten.

Im Februar 2020 kündigte Ramaphosa bei seiner Regierungsansprache vor dem Parlament an, die Entwicklung der südafrikanischen Energieerzeugung grundlegend zu verändern, die Erzeugungskapazitäten außerhalb von ESKOM zu erhöhen und durch die verstärkte Einführung von erneuerbaren Energiequellen (IPPs) das Load Shedding zu stoppen.

Kommunen dürften nun ihren eigenen Strom produzieren; dies solle vorhandene Versorgungslücken schließen. Bis zum Jahr 2030 solle ein Drittel des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt werden, die restlichen zwei Drittel durch Kohlekraftwerke (60 Prozent), Nuklearenergie (4.5 Prozent) sowie Gas und Diesel.

Fazit: Weg von der Kohle, endlich Reformen

ESKOMs Hauptmandat war und ist die Deckung des südafrikanischen Strombedarfs. In den letzten Jahren überstieg jedoch die Nachfrage nach Elektrizität bei weitem ESKOMs Lieferfähigkeit. Die Probleme sind vielseitig.

Seit der Gründung ESKOMs wurden sukzessiv Entscheidungen getroffen, die die Monopolstellung des Stromgiganten und Abhängigkeit von der Kohleenergie beförderten. Die Elektrifizierung aller Landesteile wurde seit dem Ende der Apartheid allen energiepolitischen Beschlüssen untergeordnet. Der steigende Strombedarf, der mit den durch das Wirtschaftswachstum verursachten steigenden Lebensstandards einhergeht, wurde unterschätzt und ESKOMs Infrastruktur unzureichend ausgebaut und gewartet. Im gleichen Zug hat sich die politische Elite am Staatskonzern bereichert und die Belegschaft unnötig ausgeweitet. Symptomatisch für ESKOMs Missmanagement sind die beiden großen Kohlekraftwerke *Medupi* und *Kusile*, die ihrer Fertigstellung hinterherhinken und Unmengen an Geld verschlingen.

Die daraus resultierende Pfadabhängigkeit ist an den folgenden Punkten auszumachen:

1. ESKOMs Monopolstellung war gesetzlich beabsichtigt und der Grundstein wurde durch verschiedene Gesetze in den 1920er Jahren gelegt.
2. Die während der Apartheitszeit regierende National Party hat die Grundlage für den südafrikanischen Kohlepfad gefestigt, da eine autarke Energieversorgung für das international isolierte Regime überlebenswichtig war.
3. 1994 hat der ANC ein gut funktionierendes Unternehmen übernommen. Durch Korruption, Misswirtschaft, politische Intrigen und Konzeptlosigkeit wurde ESKOM sukzessive heruntergewirtschaftet. Durch die zunehmenden Stromausfälle und den dadurch verursachten wirtschaftlichen und politischen Schaden wächst jedoch der Druck auf die südafrikanische Regierung. Im März wird die Ratingagentur Moody's die Kreditwürdigkeit Südafrikas neu beurteilen und die finanzielle Situation und Produktivität von ESKOM kann ausschlaggebend für die Bewertung von Südafrikas Bonität sein.

Aufgrund der geographischen Gegebenheiten wird Kohle ein zentraler Bestandteil des südafrikanischen Energiemixes bleiben. Langfristig erscheint es jedoch sinnvoll, alte Kohlekraftwerke sukzessive durch erneuerbare Energieträger auszutauschen. Vor allem der Solar- und Windenergiesektor ist ausbaufähig. Die Umstrukturierung ESKOMs sowie die Inklusion von erneuerbaren Energiequellen sind ein richtiger Schritt, jedoch muss die Regierung nun den Worten Taten folgen lassen. Die Zukunft Südafrikas ist vom Schicksal ESKOMs abhängig. Falls Ramaphosa und die ANC-Regierung dieses Problem nicht in den Griff bekommen, wird es sich aller Voraussicht nach auf die Währungs- und Preisstabilität, das Haushaltsdefizit und ausländische Direktinvestitionen negativ auswirken – ein Szenario, das sich ein Land mit einem Wirtschaftswachstum von unter einem Prozent und einer Arbeitslosenquote von rund 30 Prozent nicht leisten können wird.

Februar 2020

Analyse

KAS Südafrika

Ein Vierteljahrhundert Regierungsverantwortung Ist der ANC reformfähig?

Henning Suhr

Seit 1994 ist der *African National Congress* (ANC) die dominierende Kraft im demokratischen Südafrika. Aus Dankbarkeit über das herbeigeführte Ende der Apartheid und die damit gewonnene Freiheit war dem ANC der Zuspruch der Bevölkerungsmehrheit auf Jahre hinaus gewiss. Die Selbstverständlichkeit, mit der der ANC den Machtanspruch für sich reklamierte, führte zu Trägheit bei der Umsetzung der politischen Ziele und zu Selbstbereicherung der neuen politischen Elite. Zu viele Skandale und nicht eingehaltene Versprechen sorgen jedoch bei der Bevölkerung zu Verdruss. Die junge Generation der sogenannten „Born Free“ will wenig von der glorreichen Zeit vergangener Tage wissen. Sollte der ANC nicht liefern, sondern weiterhin in der Vergangenheit verhaftet bleiben, droht ihm der Mehrheitsverlust. Die neue Zeit der Koalitionspolitik scheint in Südafrika angebrochen zu sein.

Inhalt

Die Transformation des ANC von einer Befreiungsorganisation zu einer Partei	46
Regierungs- und Wahlsystem in Südafrika: Zentralismus trotz Inklusion und Subsidiarität	47
Die Parteienlandschaft: Jahrelange ANC-Dominanz hinterlässt Spuren	49
Die Präsidenten 1994-2020: Vom Freiheitskampf ins Präsidentialamt	52
Hegemonie und Machterhalt: Wie der ANC Staat und Gesellschaft vereinnahmte	56
Wirtschaft und Soziales: Große Versprechungen, größere Erwartungen	59
Korruption und Vetternwirtschaft: It's our time to eat!	60
Außenpolitik: Ideologie und Pragmatismus	62
Landreform: Ein politisches Vabanquespiel mit dem Recht auf Eigentum	64
Migration: Der schwelende Konflikt	65
Ausblick: Zukunft nur mit Koalitionspolitik:	66
Literaturverzeichnis	69

Die Transformation des ANC von einer Befreiungsorganisation zu einer Partei

Mehr als ein Vierteljahrhundert lang regiert der African National Congress (ANC) Südafrika mit absoluter Mehrheit. Die älteste Befreiungsbewegung des Kontinents – im Jahr 1912 gegründet – gilt als die treibende Kraft, die unter Nelson Mandela das Ende der Apartheid maßgeblich herbeigeführt und zusammen mit der letzten Regierung des Apartheidregimes unter Führung von FW de Klerk einen friedlichen Weg hin zu einem demokratischen Neuanfang eingeleitet hat. Der ANC ist eine Bewegung, die ursprünglich von schwarzen Mittelschichtanwälten, Lehrern, Pastoren und Ärzten gegründet wurde und deren Beweggründe Werte wie Gleichheit der Menschen und gegenseitiger Respekt waren. Die meisten von ihnen erhielten in ihrer Jugend eine Erziehung und Bildung in christlichen Missionsschulen und waren entsprechend bekennende Gläubige. In Zeiten der bipolaren Weltordnung wurde der ANC verstärkt durch den Kommunismus bzw. marxistische Ideen beeinflusst. Dies geschah sowohl durch den Einfluss überzeugter Mitglieder, die sowohl im ANC als auch der South African Communist Party (SACP) organisiert waren, als auch durch den Austausch mit Ländern des Ostblocks. Zudem prägten Ideen des afrikanischen Nationalismus und die Partnerschaft mit Gewerkschaften die ideologische Ausrichtung des ANC. Diese unterschiedlichen Einflüsse spielten auch nach Ende der Apartheid eine Rolle. Die große Herausforderung bestand darin, sich von einer Befreiungsbewegung, die sich im Kampf gegen die Apartheid aus Gründen der politischen Schlagkraft so inklusiv wie möglich ausrichtete, in eine Partei zu transformieren, die ab 1994 auch die alleinige Regierungsverantwortung übernahm. Seither haben sich unterschiedliche Gruppen formell wie informell innerhalb der Partei zusammengeschlossen, die die Dominanz innerhalb des ANC suchen. Dies ist vor allem bei denjenigen Gruppen der Fall, die mehr an individuellen Vorteilen wie Macht und Geld interessiert sind als an einer ideologischen Ausrichtung der Partei. Trotz interner Machtkämpfe hat es die Partei immer vermocht, bei den Wahlen über 57 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinen. Der Nimbus als Befreiungsorganisation und die damit einhergehende emotionale Bindung und Dankbarkeit vieler Wähler ist weiterhin groß, wenn auch neuerdings abnehmend. Die Hauptressource des ANC ist und bleibt seine politische Dominanz, die sich aus der Vielseitigkeit und dem Massencharakter der Partei herleitet. Als „große Kirche“, die alle Mitstreiter unter einem Dach vereint, verstand sich der ANC schon zu Zeiten der Apartheid. Dieses Selbstverständnis wurde von den Parteiführern auch propagiert und untermauert den Machtanspruch. Gleichzeitig erschweren interne Auseinandersetzungen bisweilen die politische Handlungsfähigkeit.

Die Wahlergebnisse der letzten 26 Jahre haben nicht nur für eine erdrückende Dominanz des ANC in den Parlamenten gesorgt, sondern auch innerhalb der politischen Institutionen und dem Policy-Making-Prozess. Sowohl auf nationaler wie auch auf Provinzebene – einzige Ausnahme ist hier die von der oppositionell regierten Westkapprovinz – wird die Politik aus der Parteizentrale des ANC, dem Luthuli-Haus, bestimmt, während die Parlamente mit ihren ANC-Mehrheiten folgen. Zu keinem Zeitpunkt geriet die Vorherrschaft des ANC unmittelbar in Gefahr. Südafrika ist somit ein klassischer Fall eines dominanten Parteiensystems, ähnlich wie die Länder der Region des südlichen Afrikas. Zwei Diskurslinien der jüngeren Vergangenheit dominieren seither die politische Kultur des Landes: die Geschichte eines Befreiungskampfes (Dekolonialisierung) und das Erbe der Apartheid, also eine Gesellschaftsordnung entlang rassistischer Merkmale, deren Folgen heute noch sichtbar und nicht überwunden sind. Verschiedene Politologen argumentieren, dass Befreiungskämpfe und die Verhältnisse, unter denen diese stattfanden, eine hochzentralisierte und autoritäre politische Kultur innerhalb der Befreiungsbewegungen hervorbrachten. Diese politische

Kultur wirkte in die Parteien, die aus den Befreiungsbewegungen entstanden sind, tief hinein und bestimmt den Regierungsstil in der Post-Befreiungsära.¹ In Südafrika äußerte sich die Befreiungsgeschichte in einem politischen Zentralismus, obwohl die Verfassung anderes vorsah. Mit dem Selbstverständnis des „Befreiers“ und der Abwesenheit politischer Gegner, die die Macht ernsthaft in Gefahr bringen, verfestigte sich auch nach Ende der Apartheid der Glaube innerhalb des ANC, dass man die einzige Stimme Südafrikas sei. Ebenso wurden kritische Stimmen bekämpft, die nicht diese Meinung teilten, indem man sie als „anti-transformativ“ oder „anti-revolutionär“ brandmarkte. Die Tatsache, dass dem ANC nie der Verlust der Mehrheit drohte und der interne Pluralismus wirkten auf die zentralistischen Tendenzen und undemokratische Attitüden mäßigend.

Regierungs- und Wahlsystem in Südafrika: Zentralismus trotz Inklusion und Subsidiarität

Die Interimsverfassung 1993 und die bis heute geltende Verfassung von 1996 waren das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen von Parteien und Interessengruppen. Die in der Verfassung verankerten Prinzipien bilden das Fundament der heute geltenden demokratischen Verhältnisse: es gibt frei und faire Wahlen bei denen eine Vielzahl von Parteien um die Stimmen der Wähler werben können. Es besteht Gewaltenteilung bzw. eine unabhängige Justiz sowie die Anerkennung der Unabhängigkeit anderer staatlicher Institutionen. Die Verfassung garantiert alle Bürgerrechte. Mit den sogenannten Chapter-9-Institutionen wurden gesonderte Organe geschaffen, die die Einhaltung der Verfassung bzgl. bestimmter Bereiche zusätzlich überwachen. Eine lebendige Zivilgesellschaft und eine freie Presse nehmen eine weitere politische Kontrollfunktion ein. Der verfassungsrechtliche Rahmen ist dennoch nicht frei von Einflüssen durch die dominierende Regierungspartei.

Obwohl der ANC im Rahmen der Verhandlungen über die Ausgestaltung der demokratischen Verfassung letztlich einem föderativen System zugestimmt hat, war er von Beginn an „strikt gegen jedwede Form des Föderalismus“². Dies belegen auch die „Richtlinien für eine Verfassung eines demokratischen Südafrikas“ von 1989. Die Schaffung von neun neuen Provinzen war ein Entgegenkommen an die nun weiße Minderheit sowie ein Zugeständnis an die Inkatha Freedom Party (IFP), die vor allem die ethnische Gruppe der Zulus in KwaZulu-Natal repräsentierte. Die Macht der Provinzen wurde beschnitten, indem sie über ein geringes eigenes Steueraufkommen verfügen. 97 Prozent der Haushaltsmittel der Provinzregierungen bestehen aus Zuweisungen der Nationalregierung. Nicht immer sind Kompetenzen zwischen nationaler, Provinz- und Lokalebene eindeutig geregelt oder aber sind Bundessache, obwohl sie Aufgabe der Provinzen sein könnten. Angesichts dieser Situation wird das Subsidiaritätsprinzip konterkariert. Im Verlauf der vergangenen 26 Jahre gab es zudem immer wieder Diskussionen über die Zusammenlegung oder Abschaffung der Provinzen auf Basis des Arguments, die administrativen Kosten wären zu hoch. Seit 1994 hat der ANC ein graduellen „demokratischen Zentralismus“ etabliert, welcher der Parteiführung ermöglicht nicht nur den ANC, sondern auch das Kabinett, das Parlament und alle anderen Sphären der Exekutive zu kontrollieren und zu lenken.³ Dieser wird dadurch deutlich, dass der Präsident, der gleichzeitig Regierungschef ist, das Votum des ANC-Exekutivkomitees

¹ Vgl. De Jager, Nicola: South Africa: A democracy in the balance, in: De Jager, Nicola/Du Toit, Pierre (Hrsg.): Friend or Foe? Dominant Party Systems in the Southern Africa, UCT Press, Kapstadt 2013, S. 151

² Siehe Feinstein, Andrew: After the Party – A personal and political Journey inside the ANC, Jonathan Ball Publishers, Johannesburg u. Kapstadt 2007, S. 47

³ Van Zyl Slabbert, Frederik: The other side of history: An anecdotal reflection on political transition in South Africa, Jonathan Ball Publishers, Johannesburg 2006, S. 163

zwar rechtlich übergehen könnte, dies aber nicht wagen würde. Aus Gründen der politischen Stabilität ist der Staatspräsident auch Parteivorsitzender in Personalunion, mit Ausnahme kurzer Übergangsphasen. Das eigentliche Machtzentrum liegt somit weniger in dem Regierungssitz in Pretoria, dem Union Building, sondern vielmehr in der ANC-Parteizentrale. Trotz der föderalen Elemente ist daher die staatliche Dynamik eher unitarisch und zentralistisch ausgerichtet.⁴ Mandela selbst sprach sich immer gegen ein föderales System aus, da er hierin eine Vetomacht der rassischen Minderheiten vermutete.⁵

Kernelement von Südafrikas Wahlsystem ist die proportionale Repräsentation. Alle fünf Jahre finden Wahlen auf nationaler, Provinz- und lokaler Ebene statt. Für die Wahl zur Nationalversammlung und der Provinzparlamente, die zeitlich zusammenfällt, stimmen die Wähler über geschlossene Parteilisten ab. Unter Anwendung der „Droop Quota“ entfallen so viele Sitze auf die Partei, wie ihr nach dem Wahlergebnis proportional zustehen. Durch die Abwesenheit von Wahlkreisen müssen Kandidaten vor allem der Partei(spitze) gefallen als den Bürgern, um einen möglichst hohen Listenplatz zu bekommen. Durch dieses System gibt es „keine direkte Bindung zwischen Wählern und Volksvertretern“.⁶ Vielmehr besteht ein Abhängigkeitsverhältnis der Abgeordneten von der Parteiführung. Fraktionsdisziplin ist somit ausschlaggebendes Kriterium für eine (unbegrenzte) Wiederwahl ins Parlament, zumal das Mandat nicht dem Abgeordneten, sondern der Partei gehört. Der ANC verbietet explizit jeden „Versuch, parlamentarische Strukturen zu nutzen, um organisatorische Entscheidungen und Policies [der Partei] zu unterminieren“.⁷ Auf diese Weise folgen Abgeordnete in erster Linie den Interessen der Parteiführung und vertreten sehr selten öffentliche Meinungen, die zwar populär sind, jedoch der Parteilinie widersprechen. Sowohl die Nationalversammlung als auch die Provinzparlamente, die vom ANC mit großer Mehrheit dominiert werden, repräsentieren somit prioritär den Interessen des Parteivorstandes statt der Wähler.⁸

Nach den negativen Erfahrungen der Apartheid wollte man ein System schaffen, das eine möglichst hohe Inklusion garantiert. Aus diesem Grund gibt es bei den Wahlen keine Sperrklausel. Das hat zur Folge, dass Kleinstparteien in den Legislativorganen in relativ großer Fülle repräsentiert sind. Wegen der Abwesenheit von Wahlkreisen reichen somit rund 40.000 Stimmen um einen Sitz im Parlament zu ergattern. Obwohl das südafrikanische Wahlsystem auf diese Weise die Zersplitterung der Parteienlandschaft befördert, musste der ANC bisher nie den Verlust der Vorherrschaft fürchten. Zu hoch schien die emotionale Bindung der Wähler und zu wenig ansprechend waren demokratische Alternativen. Vielmehr erschwert das System die Konsolidierung kleiner Parteien hin zu einer mittleren Größe.

Die Parteienlandschaft: Jahrelange ANC-Dominanz hinterlässt Spuren

Seit 1994 bestand eine eindeutige Dominanz des ANC. In den Anfangsjahren war die New National Party (NPP) als Nachfolgerin der ehemaligen Regierungspartei der Weißen, der National Party (NP), noch ein Gegenspieler mit signifikanter Repräsentation im Parlament. Allerdings ist der Einfluss der Partei bis zur Auflösung 2005 sukzessive zurückgegangen. Zu schwer wog das politische Erbe, für das Unrechtsregime zu Apartheidzeiten verantwortlich gewesen zu sein. Eine weitere Partei, die langfristig an Stimmen verlor, ist die IFP. Nach den ersten Wahlen ging der ANC eine Koalition mit der IFP ein, deren Parteichef Mangosuthu

⁴ Vgl. Butler, Anthony: Contemporary South Africa, 2. Auflage, Palgrave Macmillan, Hampshire 2009, S. 117

⁵ Vgl. Mandela, Nelson: Der lange Weg zur Freiheit, 21. Aufl., Fischer Frankfurt a.M. 2016, S. 805

⁶ Lodge&Scheidegger 2006, S. 11

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. De Jager, Nicola 2013, S. 155

Buthelezi von 1994 bis 2004 das Amt des Innenministers bekleidete. Obwohl Buthelezi eine wichtige Rolle beim Kampf gegen die Apartheid spielte, vermochte er nicht – zusammen mit seiner Partei – dauerhaft die Wähler an sich zu binden, wie es dem ANC gelungen ist. Die IFP gilt als konservative, traditionalistische Partei, deren Wähler überwiegend der Zulu-Ethnie angehören. Nichtsdestotrotz gelang es dem ANC über die Jahre hinweg, der IFP die Wähler streitig zu machen, vor allem in der IFP-Hochburg KwaZulu-Natal. Mittlerweile verfügt die IFP nur noch über 14 Mandate in der 400 Sitze umfassenden Nationalversammlung. Nach über 40 Jahren an der Spitze der Partei trat der betagte Parteichef Buthelezi, ein Angehöriger des Königshauses der Zulus, im August 2019 schließlich zurück. Neuer Parteivorsitzender ist zwar Velenkosini Hlabisa, doch hat Buthelezi als Ehrenvorsitzender weiterhin die eigentliche Macht in der Partei.

Die Democratic Alliance (DA) ist die einzige Oppositionspartei, die seit Ende der Apartheid an Stimmen und Einfluss gewinnen konnte. Im demokratischen Südafrika als Democratic Party (DP) gestartet, wurde die Partei 1994 mit nur sieben Sitzen ins nationale Parlament gewählt. Die gute Oppositionsarbeit blieb der Öffentlichkeit nicht unverborgen, da die sieben Abgeordneten die Hälfte aller Anfragen der Oppositionsparteien stellten. So baute die DP bei den Wahlen 1999 ihren Anteil um mehr als das Fünffache aus. 2000 fusionierte die DP mit der NNP und der Federal Alliance zur Democratic Alliance, doch nur ein Jahr später verließ die NNP das Bündnis wieder. Zwar beförderte die kurzzeitige Allianz mit der NNP das Stigma der DA, eine „Partei der Weißen“ zu sein, gleichwohl konnte die Partei auch danach stetig hinzugewinnen. Großen Anteil an dem Erfolg der DA hat die ehemalige Anti-Apartheidaktivistin Helen Zille. 2006 wurde sie Kapstädter Bürgermeisterin und rückte 2009 zur Gouverneurin der Westkapprovins auf, als die DA 2009 dort die Wahlen gewann. Hilfreich war hierbei der Schulterschluss mit der Kleinstpartei Independent Democrats (ID), die vor allem von der Bevölkerung der Coloureds im Western und Northern Cape gewählt wurde. ID-Parteivorsitzende Patricia de Lille folgte auf Zille als Bürgermeisterin als diese zur Provinzgouverneurin aufstieg. 2015 gab Zille den Parteivorsitz an Mmusi Maimane ab, auch aus wahltaktischen Gründen, da Maimane aufgrund seiner Hautfarbe und seines Hintergrundes schwarzen Wählern der wachsenden, urbanen Mittelschicht zusagt. Maimanes Agenda stieß jedoch auf großen Widerstand in der Partei, so dass er im Oktober 2019 entnervt zurücktrat. Gleichzeitig verließ der schwarze Johannesburger Bürgermeister Herman Mashaba die Partei, weshalb sich das Image der DA, eine Partei weißer Interessen zu sein, verstärkte. Der nachfolgende Parteichef John Steenhuisen ist seither darum bemüht, die Partei bei verlorenen Wählergruppen zu rehabilitieren.

Ein zwischenzeitlich ernst zu nehmender Akteur in Südafrikas Parteienlandschaft war der Congress of the People (COPE). 2008 als Splitterpartei aus frustrierten ANC-Mitgliedern entstanden, gelang es der Partei bei den Wahlen 2009 aus dem Stehgreif 7,4 Prozent der Stimmen zu erringen. Die Abtrünnigen galten als loyale Mitstreiter des geschassten ANC-Vorsitzenden Thabo Mbeki, der auch das Amt des Staatspräsidenten an Jacob Zuma abgeben musste als dieser Mbeki aus dem höchsten Parteiamt drängte. COPE gewann viele Sympathien mit dem Versprechen, der Korruption und Vetternwirtschaft in der (ANC-geführten) Regierung ein Ende zu bereiten. Parteichef Mosiuoa Lekota, der als junger Mann aufgrund seiner Spielweise beim Fußball den Spitznamen „Terror“ erhielt und fortan nicht mehr loswurde, schickte sich an, seinen ehemaligen Gefährten aus dem ANC Konkurrenz zu machen. Doch aufgrund von Konzeptlosigkeit und inneren Grabenkämpfe verpasste es die Partei an den Anfangserfolg anzuknüpfen. Schon bei den Präsidentschaftswahlen 2019 gewann die Partei nur 0,27 Prozent der Stimmen, was zwei Parlamentsmandaten entspricht.

Eine weitere nennenswerte Parteineugründung fand 2013 statt, als sich die Economic Freedom Fighters (EFF) formierten. Unter der Leitung des ehemaligen Vorsitzenden der ANC-Jugendliga Julius Malema, der aus der Dauerregierungspartei wegen Volksverhetzung, aber auch weil er der Parteiführung machtpolitisch gefährlich wurde, ausgeschlossen wurde, war

die neue Partei bald in aller Munde. Die EFF gewannen bei den Wahlen 2014 auf Anhieb beachtliche 6,35 Prozent der Stimmen und somit 25 Sitze in der Nationalversammlung. Bereits aus dem Namen lässt sich das Parteiselbstverständnis ablesen: obwohl die schwarzen Südafrikaner 1994 mit dem Beginn der Demokratie alle Bürgerrechte erhielten, würden sie nicht als wirklich „befreit“ gelten können, da immer noch viele Schwarze in Armut lebten und somit vom sozialen Aufstieg ausgeschlossen seien. Es gelte daher, so die EFF, nach „ökonomischer Freiheit“ für die schwarze Bevölkerung zu streben. Dieses Ziel wird als Nullsummenspiel verstanden und stellt somit den Besitzstand weißer Südafrikaner in Frage. Ideologisch ist die Partei als linkspopulistisch mit klaren Tendenzen zum Extremismus einzuordnen. Man gibt sich offen anti-westlich, anti-imperialistisch“, antikapitalistisch und propagiert Ideen des Marxismus und des afrikanischen Nationalismus. Rhetorisch schlägt die Partei einen aggressiven Ton an und wettet gegen die weiße und indischstämmige Minderheiten. Auch visuell fallen die Parteimitglieder mit der roten Kluft und dem roten Barrett ins Auge. Im Parlament treten die EFF-Abgeordneten einheitlich gekleidet auf, oft in Bergarbeitermonturen für männliche und einer Art Uniform für Haushälterinnen für weibliche Abgeordnete, um Nähe zu den Wählerschichten zu suggerieren. Die Uniformierung der Parteimitglieder und -funktionäre sowie der Parteaufbau erinnern bewusst an das Militär. Daher ist es wenig verwunderlich, dass an der Spitze der EFF mit Malema kein „Parteivorsitzender“, sondern ein „Oberbefehlshaber“ (Commander-in-Chief) die Geschicke der Partei lenkt. Wenn Debatten im Parlament lautstark werden, sind die EFF meistens mit von der Partie und werden bisweilen auch handgreiflich. Die Partei sucht mit Auftritt und Rhetorik den gezielten Tabubruch, um mediale Aufmerksamkeit zu erhöhen. Bisweilen funktioniert diese klassisch populistische Taktik sehr gut, da die Partei öfter in der Presseberichterstattung Erwähnung findet, als der Wähleranteil vermuten lässt. Zielgruppe der EFF sind die gesellschaftlich Abgehängten, vor allem die „Verlierer“ der Apartheidwende, denen vom ANC viel versprochen wurde, die jedoch noch immer in Armut leben. Wenig verwunderlich sind nahezu alle Parteimitglieder schwarz und überwiegend männlich – auch wenn der Frauenanteil im Parlament anderes vermuten lässt. Ebenso sind die Wähler der Partei überproportional arm und männlich. Im Unterschied zum ANC sind die EFF eher im urbanen Raum stark vertreten statt auf dem Land. Einen Dämpfer erhielt die Partei vorerst mit dem Auftauchen des Skandals um die Volksbank VBS, in dessen Rahmen sich führende Parteimitglieder bereichert haben. Die Botschaft der EFF, man werde die Korruption des ANC beenden, ist somit unglaubwürdiger denn je. Dessen ungeachtet konnte die Partei bei den Wahlen 2019 deutlich auf 10,8 Prozent zulegen und verfügt nun über 44 Mandate in der Nationalversammlung.

In den vergangenen 26 Jahren war die Vorherrschaft des ANC auf nationaler Ebene nie ernsthaft in Gefahr. Die ehemalige Befreiungsorganisation konnte stets mehr als 57 Prozent der Stimmen gewinnen. Der Spruch des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma, nachdem der ANC so lange regiere werde bis „Jesus auf die Erde zurückkommt“, mag bislang gelten, jedoch ist es mehr als fraglich, ob dies auch für die Zukunft gilt. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die durchaus einen historischen, langfristigen Abwärtstrend der Partei nahelegen:

- Loslösung vom ANC: je länger der Befreiungskampf des ANC zurückliegt, umso geringer ist die emotionale Bindung der Wähler zum ANC. Diverse Untersuchungen bestätigen diesen Trend, zuletzt durch Afrobarometer.⁹
- Mangelnde Leistungserbringung und verfehlte Wirtschaftspolitik: Statistiken, wie die des South Africa Survey 2016 des Institute for Race Relations, belegen, dass der

⁹ Afrobarometer Dispatch N°248: Increasingly non-partisan, South Africans willing to trade elections for security, housing, jobs, in: <http://afrobarometer.org/publications/ad248-increasingly-non-partisan-south-africans-willing-trade-elections-security-housing>, 30.10.2018

Lebensstandard für die meisten Südafrikaner seit Ende der Apartheid deutlich gestiegen ist. Dennoch bleiben (Jugend)Arbeitslosigkeit und Ungleichheit hoch sowie staatliche Leistungserbringung vor allem in den Bereichen Wasser- und Stromversorgung, Bildung, Gesundheit, Transport und öffentliche Sicherheit unzureichend. Trotz durchgängig hoher parlamentarischer Mehrheiten ist es dem ANC nicht gelungen, die Rahmenbedingungen für eine langfristig prosperierende Volkswirtschaft zu verbessern.¹⁰

- **Korruption:** Im Laufe der Zeit wurde Südafrika von zahlreichen Korruptionsfällen erschüttert. Zwar waren diese oft mit dem langjährigen ANC-Vorsitzenden und Staatspräsidenten Jacob Zuma verbunden, nichtsdestotrotz legten unabhängige Untersuchungen, wie beispielsweise durch die ehemalige Ombudsfrau Thuli Madonsela¹¹ oder Investigativjournalisten wie Jaques Pauw¹², ein System der Korruption offen, das tief bis in den ANC hinein verwurzelt ist. Korruption ist somit als ein systemisches Problem zu begreifen und begründet sich nicht nur auf illegale Machenschaften Einzelner.
- **Generationenwechsel innerhalb des ANC:** Der ehemaligen Befreiungsorganisation ist es bisher nicht gelungen, vor allem die Generation der sogenannten „Born Free“ anzusprechen, die nach der Transition geboren wurden. Auch sonst hat der ANC in seinen Reihen kaum junge Leute, die über einen nennenswerten Bekanntheitsgrad verfügen. Dazu beigetragen hat der Austritt von Julius Malema im Jahr 2012, der viele seiner Anhänger zur neugegründeten EFF-Partei mitnahm.

Die Präsidenten 1994-2020: Vom Freiheitskampf ins Präsidialamt

Seit den ersten freien Wahlen 1994 hat der ANC alle fünf Präsidenten gestellt. Sie haben alle gemein, dass sie bekannte Persönlichkeiten im Kampf gegen die Apartheid waren. Südafrikas erster Präsident und „Übervater“ Nelson Mandela bekleidete nur eine Legislaturperiode das Amt des Staatsoberhauptes. Um die Transformation reibungslos zu gestalten, einigten sich die verschiedenen politischen Kräfte in den Verhandlungen während des Commission for a Democratic South Africa (CODESA) auf eine gemeinsame Regierung der Nationalen Einheit. Mandelas Stellvertreter waren der ehemalige ANC-Exilant Thabo Mbeki und der letzte weiße Präsident FW de Klerk. IFP-Führer Buthelezi wurde zum Innenminister ernannt, während SACP-Vorsitzender Joe Slovo Wohnungsbauminister wurde. Joe Modise wurde Verteidigungsminister. Er war Gründungsmitglied des militärischen Arms des ANC, Umkhonto We Sizwe (MK). Die ersten vier Jahre standen ganz im Zeichen der Transformation, der Aufarbeitung und des friedlichen Zusammenwachsens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Prioritäres Ziel war die Irreversibilität des politischen Transformationsprozesses. Es wurde dennoch schnell klar, dass die Überwindung der räumlichen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Unterschiede lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Das ideologisch gemischte Regierungskabinett sollte diesbezüglich Signalwirkung für die südafrikanische Gesellschaft entfalten. In Mandelas Amtsperiode entfiel die Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahre 1996, die heute noch als eine der liberalsten der Welt gilt. Ein weiterer wichtiger Schritt war die Fusion des südafrikanischen Militärs mit Streitkräften der ehemaligen Homelands sowie den ehemaligen militärischen Flügeln der Befreiungsbewegungen, allen voran MK, den IFP-Kämpfern und die Azanian People's Liberation Army (APLA) des Pan African Congress (PAC). Die Einbeziehung der

¹⁰ Vgl. Institute for Race Relations: South Africa Survey 2016, Johannesburg 2016

¹¹ Vgl. Public Protector South Africa (Hrsg.): State of Capture, Report N°6 of 2016/17, Südafrika, 14.10.2016

¹² Pauw, Jacques: The President's Keepers, Tafelberg, Kapstadt 2017

ehemaligen Befreiungskämpfer sollte das Aufbrechen alter Konflikte verhindern. Obwohl weltweit gepriesen, verlief die Regierung der Nationalen Einheit weniger zufriedenstellend als gedacht. Mandela verzichtete auf die Verstaatlichung der Minen und kam den Sorgen der kapitalstarken Unternehmen entgegen. Zudem wurden viele weiße Beamte mit Abfindungen aus dem Staatsdienst entlassen und durch Schwarze ersetzt. Weiße Südafrikaner realisierten, dass die NP ihre Interessen innerhalb der Einheitsregierung nicht durchsetzen konnten und wandten sich von der Partei ab. FW de Klerk, der von Anfang an in der Regierung marginalisiert wurde, konnte in den Verhandlungen über die neue Verfassung keine Minderheitenbeteiligung erreichen. Aus Protest schied er mit der NP aus der Einheitsregierung aus und nach einem kurzzeitigen Neuanfang in der NNP, zog er sich aus der Politik zurück. Noch vor Ablauf der Legislaturperiode manifestierten sich somit die bislang unumkehrbaren Machtverhältnisse im neuen Südafrika. Mandela gelang es über den Verhandlungsweg den politischen Einfluss der Weißen auf das Ökonomische zu reduzieren. Da der ANC größter politischer Nutznießer unter den Befreiungsbewegungen war, war es ein leichtes, ihn als Partei auf Jahrzehnte hinaus in der Parteienlandschaft zu etablieren. Mandela personifizierte den ANC und die Freiheit der Schwarzen gleichermaßen.

Mit Blick auf die Aufarbeitung der Gräueltaten des Apartheidregimes fiel auch die Arbeitsaufnahme der Truth and Reconciliation Commission (TRC) in Mandelas Amtszeit. Unter der Leitung des anglikanischen Erzbischofs Desmond Tutu führte die TRC zwischen April 1996 bis Juni 1998 tausende von Interviews durch. Im Fokus der Kommission stand die transparente Aufdeckung des Unrechts und der Versuch der Versöhnung zwischen Opfern und Tätern und nicht – wie etwa bei den Nürnberger Prozessen – die Verurteilung ehemaliger Regimegrößen. Die TRC kam zu dem Schluss, dass ein Netzwerk von Kräften des Sicherheits- und Regierungsapparats die meiste Gewalt angewendet und Morde durchgeführt hat, aber auch der ANC oder der PAC für einige Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren. Die schlimmste Gewalt fand gar zwischen dem ANC und den Rivalen der IFP statt.¹³ Die Ergebnisse stimmten einige Südafrikaner nüchtern. Es wurden weder Verantwortliche des Apartheidregimes verurteilt, noch wurde strukturelles Unrecht des Apartheidstaates, wie der Land Act 1913, durch die Kommission aufgearbeitet oder gar rückgängig gemacht. Beide Themen, der Umgang mit Tätern als auch die ungleiche Verteilung von Land, werden bis heute höchstemotional in der südafrikanischen Öffentlichkeit diskutiert.

Im Juni 1999 übernahm Thabo Mbeki das Amt des Staatspräsidenten von Nelson Mandela. Bereits als Stellvertreter des alternden Mandelas leitete Mbeki zuvor viele Amtsgeschäfte. Mandela hatte eigentlich den heutigen Präsident Cyril Ramaphosa favorisiert, der sich jedoch als junger Politiker nicht gegen Mbeki durchsetzen konnte. Mbeki, ebenfalls wie Mandela der zweitgrößten Ethnie der Xhosas entstammend, wurde 2003 wiedergewählt und regierte bis zu seinem Rücktritt 2008. Er hatte den Ruf eines intellektuellen Einzelgängers. Als der ANC 1962 verboten wurde, ging Mbeki ins Exil und studierte Volkswirtschaft. Später erhielt er eine militärische Ausbildung in der Sowjetunion und lebte danach in verschiedenen Ländern Afrikas, um die Außenstruktur des ANC aufzubauen. Anders als Mandela, der für Aussöhnung stand, sah Mbeki in der politischen Transformation Südafrikas einen Teil der „Afrikanischen Renaissance“, dem Wiederaufblühen des Kontinents unter der freien Selbstbestimmung der afrikanischen Völker. In diesem Sinne engagierte er sich außenpolitisch für die Rekonstruktion der afrikanischen Identität und das Wiedererlangen des Selbstbewusstseins der afrikanischen Völker.¹⁴ Auch innenpolitisch folgte Mbeki dieser

¹³ Siehe Natrass, Gail: a short History of South Africa, Jonathan Ball Publisher, Johannesburg 2017, S. 230 ff.

¹⁴ Vgl. Natrass, Gail: a short History of South Africa, Jonathan Ball Publisher, Johannesburg 2017, S. 233 ff.

Logik und implementierte die viel diskutierte Black Economic Empowerment-Policy (BEE), nach der Schwarze bevorzugt einen Arbeitsplatz erhalten. Damit wurde ein Umkehrprozess struktureller historischer Ungleichheit eingeleitet, der durch Bevorteilung der Schwarzen langfristig Gleichheit zwischen den Rassen schaffen soll. In der Tat erfolgte in der Amtszeit Mbekis der größte Zuwachs in der schwarzen Mittelschicht. Daran hat die BEE-Politik einen großen Anteil, wenngleich selbige auch Triebfeder für die Auswanderung vieler Weißen wurde. Die Zahlen gaben Mbeki dennoch Recht, denn unter seiner Amtsführung erreichte Südafrika eine durchschnittliche Wachstumsrate von 4,5 Prozent pro Jahr – ein historisch unerreichter Wert des Landes. Gleichwohl erhielt Mbeki nicht nur Zuspruch. Besonders das beständige Ignorieren der HIV-Epidemie brachte ihm viel Kritik ein. Außerdem fiel in seine Zeit der erste große Korruptionsskandal der Post-Apartheidära, als Unregelmäßigkeiten im Rahmen eines 30-Milliarden-Rand schweren Waffendeals ans Licht der Öffentlichkeit kamen. 2005 feuerte Mbeki seinen Vizepräsidenten Jacob Zuma, dem ebenfalls Korruption vorgeworfen und zudem beschuldigt wurde, eine 31-jährige Frau vergewaltigt zu haben. Dieser Schritt sollte Mbeki noch zum Verhängnis werden, denn nur zwei Jahre später verlor er beim Parteitag in Polokwane den ANC-Vorsitz an seinen Widersacher Zuma. Nach anfänglichem Widerstand beugte sich Mbeki letztlich dem innerparteilichen Druck und dem ANC-Prinzip, nachdem die Partei über dem Präsidentsamt steht, und trat 2008 von dem Amt des Staatspräsidenten verbittert zurück. Der ANC installierte den Generalsekretär Kgalema Motlante als Interimspräsident bis zu den Wahlen 2009. Motlante, ein ehemaliger Funktionär der Minengewerkschaft, nahm keine nennenswerten Änderungen der Regierungspolitik vor. Dafür war erstens die Zeit zu knapp und zweitens fehlte ihm dafür das Mandat der Partei. Zwei Ereignisse sind ihm jedoch negativ anzulasten: zum einen versagte die ANC-Regierung dem Dalai Lama einen Besuch in Südafrika aus Furcht um die guten Beziehungen mit der Volksrepublik China. Dies stand im krassen Gegensatz zu dem selbst auferlegten Anspruch, sich nach den Erfahrungen der Apartheid auch weltweit gegen Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Zum anderen erfolgte unter Motlante die Auflösung der Scorpions, einer investigativen Sondereinheit, die die dunklen Machenschaften von Zuma und andere Korruptionsfälle von ANC-Politikern untersuchte.

Mit Jacob Zuma brach eine neue Ära in der südafrikanischen Politik an, die sich vor allem durch eine miserable Wirtschaftspolitik, Korruption, Veruntreuung, Klientelismus, staatliche Misswirtschaft und ein Bedeutungsverlust Südafrikas als internationaler Akteur kennzeichnete. Zuma wuchs ohne Vater in ärmsten Verhältnissen und ohne Schulbildung in der heutigen Provinz KwaZulu-Natal auf. Er musste für Weiße einfache Hilfsarbeiten in jugendhafter Kleidung erledigen – für den stolzen Zulu Zuma eine besondere Erniedrigung.¹⁵ Später begann er seine Karriere im ANC als Anti-Apartheidskämpfer, wurde jedoch wegen Sabotage gefasst und zu einer Gefängnisstrafe auf Robben Island verurteilt. Erst hier brachte ihm ein kommunistischer Mithäftling Englisch bei. Nach seiner Entlassung 1973 ging Zuma in verschiedene Länder ins Exil, um den Kampf gegen das Apartheidregime fortzusetzen. Zuletzt war er Geheimdienstchef des ANC im sambischen Lusaka, ehe er 1990 wieder nach Südafrika zurückkehrte. Während der CODESA-Verhandlungen war Zuma ein wichtiger Unterhändler und fortan hatte er verschiedene Positionen im ANC und der Regierung inne. Im Korruptionsskandal um den Waffendeal im Jahre 1998 war Zuma tief verwickelt. Hauptangeklagter Schabir Shaik galt als Haupttäter und wurde 2006 zu 15 Jahren Haft verurteilt. Als Zuma 2009 Präsident wurde, wurde Shaik umgehend aus „gesundheitlichen Gründen“ aus der Haft entlassen. Der Fall Shaik war nur die Overtüre einer Reihe von Korruptionsskandalen, die in Ausmaß und systematischer Vorgehensweise in Südafrika bisher unerreicht waren. Zuma wurde in hunderten von Fällen angeklagt, doch niemals verurteilt. Besonders der Skandal um die indischstämmige Familie der Guptas

¹⁵ Vgl. Natrass, Gail: a short History of South Africa, Jonathan Ball Publisher, Johannesburg 2017, S. 236.

ließen allgemeine Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit bzw. Strafverfolgung in Südafrika aufkommen. Zusammen mit Zuma entwickelten die Guptas ein Korruptionsnetzwerk, mit dem sie im Tausch für Schmiergeldzahlungen den Zuschlag für milliardenschwere Staatsaufträge erhielten. Die Ombudsfrau Thuli Madonsela deckte im Rahmen ihrer Ermittlungen die systematische Korruption auf und fasste sie im so genannten „Report on State Capture“¹⁶ zusammen. Obwohl Zuma die Verantwortung trug und seine Umfragewerte folglich im Keller waren, konnte er sich immer wieder gegenüber parteiinternen Kritikern behaupten. Das lag vor allem daran, dass er getreue und ebenso korrupte Mitstreiter in Schlüsselpositionen im Staatsapparat brachte. So musste er die Strafverfolgung kaum fürchten, da die Staatsanwaltschaft, Finanzbehörden und das Parlament kooptiert waren oder hinter ihm standen. Selbst die Judikative versuchte er mit ihm genehmen Personen zu besetzen, doch blieb diese als einige der wenigen Staatsorgane unabhängig. Zumas Skandale führten dazu, dass die Lokalwahlen 2016 auch eine Abstimmung über seine Person und Amtsführung wurden. „Zuma must go“, war die Botschaft der Oppositionsparteien, die großen Anklang in der Bevölkerung fand. Enttäuschte ANC-Wähler blieben zuhause und so konnte die Opposition neben Kapstadt zusätzlich die Wahlen in Johannesburg, Pretoria und Port Elizabeth für sich entscheiden. Das Ergebnis löste erstmals im ANC die Besorgnis aus, dass man ggf. doch die Mehrheit bei den Wahlen 2019 verlieren könnte. Folglich wurde der ANC-Parteitag im Dezember 2017 zukunftsweisend für das Land. Zuma selbst konnte nach zwei Legislaturperioden als Präsident nicht erneut antreten. Auf der einen Seite bewarb sich Nkosasana Dlamini-Zuma um den Vorsitz der Partei. Sie ist die Ex-Frau von Jacob Zuma und stand für eine Fortführung des „Systems Zuma“, da er und seine Mitstreiter unter ihrer Führung keine Strafverfolgung hätten fürchten müssen. Der zweite Kandidat für den Parteivorsitz war Cyril Ramaphosa, der bis dato Vizepräsident war. Obwohl er selbst Teil der Regierung war, verband man mit ihm einen Neuanfang. Mit knapper Mehrheit setzte er sich gegenüber Dlamini-Zuma durch und war fortan neuer ANC-Präsident. Nur zwei Monate später drängte Ramaphosa Zuma vorzeitig aus dem Amt des Staatspräsidenten. Zum einen half das Argument, dass man mit Ramaphosa im Amt die Wahlen 2019 besser für den ANC entscheiden könne, zum anderen besteht im ANC die allgemeine Ansicht, dass der Parteivorsitzende über dem Staatspräsidenten steht und letzterer ersterem Folge leisten muss.

Mit Cyril Ramaphosa kehrte zunächst ein neuer Regierungsstil ein. Allein die Abkehr der Zuma-Politik und der mit ihm verbundenen Korruption brachten ihm viele Sympathien ein. Wie all seine Vorgänger ist Ramaphosa kein Unbekannter in der südafrikanischen Politik. Als junger Gewerkschafter machte er sich schon zu Apartheidzeiten einen Namen als geschickter Verhandlungsführer. Als die neue Verfassung Anfang der 1990er Jahre ausgehandelt wurde, vertrat Ramaphosa die Seite des ANC. Mandela war so beeindruckt von ihm, dass er ihn gerne als seinen direkten Nachfolger gesehen hätte. Doch setzte sich Mbeki um das Rennen um den Parteivorsitz durch. Ramaphosa schied aus der Politik aus und ging in die Privatwirtschaft. Bis zum Jahre 2013, als er durch die Übernahme des Amtes des stellvertretenden Staatspräsidenten auf die politische Bühne zurückkehrte, häufte Ramaphosa ein Vermögen von mehreren hundert Millionen US-Dollar an. Als ehemaliger Gewerkschafter fand er schnell Zugang in Minenunternehmen. Exzellente politische Kontakte machten ihn zu einem interessanten Mann für die Privatwirtschaft, die ihre Führungsriege für schwarze Südafrikaner öffnen musste. Anthony Butler beschreibt Cyril Ramaphosa in seiner Biographie als „visionären Pragmatiker“.¹⁷ Er setzte sich immer für

¹⁶ Siehe Public Protector South Africa (Hrsg.): State of Capture, Report N°6 of 2016/17, Südafrika, 14.10.2016

¹⁷ Vg. Butler, Anthony: Cyril Ramaphosa, 3. Auflage, Jacana, Johannesburg 2007, S. 382-396

Belange der schwarzen Südafrikaner ein, suchte aber auch den individuellen Vorteil im neuen Südafrika.

Ein Ereignis ist jedoch bis heute mit seinem Namen verbunden und gilt als Makel in seinem Werdegang. Im Jahr 2012 kam es im Minenort Marikana zu Protesten von Bergleuten, die von der Polizei brutal niedergeschlagen wurden. 44 Personen verloren ihr Leben, 78 wurden verletzt. Ramaphosa war als Vorstandsmitglied für die Beziehungen zwischen den Minenarbeitern und dem Unternehmen Lonmin zuständig, fiel aber nicht durch Vermittlung, sondern durch Tatenlosigkeit auf. Der Vorfall erinnerte an das Massaker von Sharpeville, bei dem rund 50 Jahre früher weiße Polizisten auf flüchtende schwarze Demonstranten das Feuer eröffneten. Nur dieses Mal waren es die ehemaligen Freiheitskämpfer in der Regierung selbst, die das Vorgehen der Polizei rechtfertigten. Auch Zuma stellte sich anfänglich hinter die Polizei und sagte, sie habe aus Angst heraus gehandelt. Die oppositionellen EFF nutzten die Gunst der Stunde, um den ANC als eine Partei der neuen Elite darzustellen, die die Werte des Befreiungskampfes verraten habe. Kurz nach Amtsantritt versprach Ramaphosa den Hinterbliebenen großzügige Entschädigungen, wohl auch mit der Absicht, das Thema Marikana im kommenden Wahlkampf 2019 zu unterbinden.

Bisher konnte Ramaphosa keine nennenswerten Akzente setzen. Er versprach Wirtschaftswachstum und eine effiziente Bekämpfung von Korruption, doch blieben Versprechen weiterhin unerfüllt. Er steht vor der Aufgabe, die Partei zwischen Zuma-getreuen und seinen eigenen Anhängern zu einen, gleichzeitig muss er aber korrupte Parteigenossen aus dem ANC ausschließen. Derweil erwarten die Wähler von ihm, dass er in kurzer Zeit jahre-, wenn nicht jahrzehntelange Missstände in Partei und Staat in Ordnung bringt und lange versprochene staatliche Dienstleistungen der gesamten Bevölkerung zugänglich macht. Es ist hinlänglich bekannt, dass Südafrika in erster Linie ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent und mehr braucht, um die Arbeitslosigkeit von über 27 Prozent effektiv bekämpfen zu können. Gleichzeitig fallen Subventionen und Finanzspritzen für marode Staatsunternehmen schwer ins Gewicht und drücken die Schuldenlast. Mit 57,5 Prozent hat der ANC bei den Wahlen 2019 sein schlechtestes Ergebnis seit 1994 eingefahren. Ohne Ramaphosa wäre dieses Ergebnis noch deutlich schlechter ausgefallen, da er den Wählern gegenüber glaubhaft vermitteln konnte, er stünde für einen Neuanfang im ANC und für Südafrika. Ramaphosa erhält viel Zuspruch für das, was er sagt, doch konnte er sich bisher nicht innerhalb der Partei gegenüber korrupten Parteifreunden, Einzelinteressen oder den Reform blockierenden Gewerkschaften durchsetzen. Sowohl das Kabinett als auch die Nationalversammlung sind weiterhin mit ANC-Politikern gespickt, die einen zweifelhaften Ruf genießen und Ramaphosas Reformagenda opponieren.

Hegemonie und Machterhalt: Wie der ANC Staat und Gesellschaft vereinnahmte

Der ANC in seiner Gesamtheit symbolisiert für viele Südafrikaner nicht nur das Ende des Unrechtstaates der Apartheid, sondern auch das endgültige Überkommen Jahrhunderte langer Fremdbestimmung durch europäische Kolonialmächte und Vorherrschaft der weißen Rasse.¹⁸ Vor allem schwarze Südafrikaner betrachten das Ende der Apartheid als eine historische „Stunde Null“, in der sie die Würde wiedererlangten und ihnen die Möglichkeit auf ein besseres Leben geschenkt wurde. Es ist daher wenig verwunderlich, dass der ANC eine große Dankbarkeit bei den Wählern generierte und auch zunächst eine enorme

¹⁸ Vgl. Mashele, Prince/Qobo, Mzukisi: The Fall of the ANC – What next?, Picador Africa, Johannesburg 2014, S. 1-5

moralische Dominanz entfalten konnte, von der er bei Wahlen profitierte. In den letzten 26 Jahren verblasste diese historische Strahlkraft nur langsam und zweifelsohne ist der ANC weiterhin bemüht, durch Rhetorik, symbolische Handlungen und Erinnerungskultur den Geist des Apartheidkampfes am Leben zu halten, um daraus politisches Kapital schlagen zu können. Im wahrsten Sinne des Wortes hat der ANC „Geschichte geschrieben“. Nicht nur für die Wählerschaft, sondern auch innerhalb des politischen Apparats und vor allem innerhalb der Partei bleiben die Erfahrungen der Apartheidzeit und der politischen Transformation prägend. Die politische Kultur wurde in besonderer Weise beeinflusst, wie sich an bestimmten Eigenschaften erkennen lässt. Während der Apartheid musste der ANC verdeckt operieren. Gegenseitige Hilfe, Treue zur Organisation und das Denken in starren Hierarchien sind das Erbe des Freiheitskampfes, das auch heute noch die Organisationskultur des ANC bestimmt. Was damals überlebensnotwendig war, überstand die Transitionsphase der Befreiungsorganisation hin zu einer politischen Partei und ist heute Teil der ANC-Identität. Dazu gehört etwa die Annahme, dass Entscheidungen der Parteiführung grundsätzlich mehr Gewicht haben als Entscheidungen der Regierungsexekutive. Dies ist besonders problematisch, wenn die Partei durchweg eine absolute Mehrheit bei Wahlen erringt und zudem die Karriere der Abgeordneten einzig vom Wohlwollen der Parteiführung abhängt, da somit sowohl Legislative als auch Exekutive der Parteiführung Folge zu leisten haben. Über die Jahre hinweg, hat sich die ANC-Parteizentrale zu einer Art Politbüro entwickelt, die das stärkste Machtzentrum im politischen Südafrika bildet. Dies ist typisch für Parteiensysteme mit einer Ein-Parteien-Dominanz. Gleichwohl greift es bei ANC unlängst tiefer, da durch das ertragene Leid und die Aufopferung der Freiheitskämpfer im Kampf gegen das Apartheid-Regime, die zweifelsohne Respekt verdient haben, sich auch die Meinung verfestigte, man habe eine Art Anspruch auf die Macht und die mit ihr verbundenen Pfründe. Die Wähler haben ihren regierenden Politikern den politischen und ökonomischen Aufstieg lange Zeit gegönnt und tun es noch heute in großer Zahl. Zu groß war die Identifizierung mit ihnen und zu stark die Annahme, dass die eigene ökonomische Besserstellung schon folgen wird. Doch der ANC ist keineswegs als einheitliche Partei begreifbar. Während linke Ideologen von einer sozialistischen Revolution träumten, Gewerkschafter harte und bisweilen der südafrikanischen Wirtschaft schädigende Verteilungs- oder Besitzstandwahrungskämpfe ausfochten, schickte sich eine neue schwarze Elite innerhalb des ANC an, nicht nur nach der politischen Macht zu greifen, sondern auch eine neue ökonomische Kaste im Land zu stellen. Diese kam von allen Flügeln des ANC. Innerhalb kürzester Zeit waren unglaubliche Karrieren und Anhäufungen von Reichtümern möglich. Der ANC diente als Katalysator für den ökonomischen Aufstieg und förderte durch das sogenannte „Cadre Deployment“ die individuellen Karrieren, indem nur loyale Parteigenossen in wichtige Positionen in Staat und staatseigenen Unternehmen gesetzt wurden. Kompetenz spielte hierbei eine untergeordnete Rolle. Da innerhalb des ANC alle von dieser Politik profitierten, gab und gibt es kaum Widerstand, auch wenn nicht nur Misswirtschaft und Ineffizienz, sondern vor allem auch Korruption befördert wurde.¹⁹ Bei Wahlen verstand es der ANC innere Gräben zu überwinden. Zu groß waren die gemeinsamen Interessen der heterogenen Gruppen. Die Wahlkampfmaschine lief stets entsprechend gut und kaum eine andere Partei konnte etwas Vergleichbares entgegensetzen. Die Finanzierung der Kampagnen erfolgt nicht nur durch staatliche Parteienfinanzierung, sondern auch durch undurchsichtige Spenden. Zudem wurde der ANC durch Zugriff auf staatliche Strukturen – bisweilen auf unlautere Art –

¹⁹ Vgl. Mashele, Prince/Qobo, Mzukisi: *The Fall of the ANC – What next?*, Picador Africa, Johannesburg 2014, S. 90 ff. und Naidu, Rama/Narsiah, Sagie: *ANC Hegemony*, in: Thuynsma, Heather (Hrsg.): *Political Parties in South Africa: Do they undermine or underpin democracy?*, Africa Institute of South Africa, Pretoria 2017, S. 161 ff. und Mills, Greg/Herbst, Jeffrey: *How South Africa works and must do better*, Pan Macmillan South Africa, Johannesburg 2015, S. 37 f.

gegenüber Konkurrenten bevorteilt.²⁰ Bereits zu Apartheidszeiten wurde der ANC von außerhalb finanziert: befreundete Regierungen, Kirchenorganisationen und Anti-Apartheid-Organisationen übernahmen die Kosten für die politischen Aktivitäten. Als der ANC an die Macht kam, änderte sich das Verhalten der Führung kaum. Man war nie darum verlegen, Geld anzunehmen. Bereits 1992 gründete die Partei eine Investmentgesellschaft, die fortan zur Allokation finanzieller Mittel der Partei beitrug. Oftmals waren die Geschäfte nur der Tatsache geschuldet, dass der ANC die Regierungspartei war. Es bestand eindeutig ein Interessenkonflikt. Doch solange die Partei davon profitierte, wurden keine Fragen gestellt und die ANC-Führung sorgte stets dafür, dass es dabei blieb. Ähnlich verhielt es sich mit befreundeten Firmen und Privatpersonen, die die Partei finanziell in Form von Spenden unterstützten und im Gegenzug von Staatsaufträgen profitierten. Die langjährige DA-Oppositionsführerin Helen Zille kritisierte die Machenschaften des ANC als unlauteren Wettbewerbsvorteil. Zweifelsohne hatte sie damit Recht und so blieb die Parteienfinanzierung über Jahrzehnte hinweg unreguliert – zum Vorteil des ANC.²¹ Erst mit dem für die Opposition erfolgreichen Wahlergebnis bei den Lokalwahlen 2016 setzte die Regierungspartei das Thema Parteienfinanzierung auf die Agenda. Weniger die Sorge um die Transparenz der eigenen Finanzen, sondern die Tatsache, dass die beiden größten Oppositionsparteien DA und EFF großzügige Spenden erhielten und zu ernstzunehmenden Konkurrenten aufstiegen, veranlasste den ANC zum Handeln. Künftige Spenden über 100.000 Rand (ca. 6.100 Euro) müssen fortan angegeben werden und die Spendenobergrenze liegt bei 15.000.000 Rand (ca. 916.000 Euro) pro Spender und Jahr. Unreguliert bleiben hingegen Einnahmen aus eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten. Der finanzielle Vorteil des ANC bleibt somit gegenüber den Mitkonkurrenten auch in Zukunft bestehen.²²

Mit Blick auf die Medienlandschaft sticht Südafrika im Gegensatz zu den meisten afrikanischen Ländern positiv hervor. Staatliche wie private Medien berichten in Wahlkampfzeiten von allen relevanten Parteien. Kritikern zur Folge könnte noch mehr über Inhalte berichtet werden. Dies könnte der regierenden Partei einen leichten Vorteil verschaffen, da bei Abwesenheit der Inhalte die emotionale Bindung in den Vordergrund rückt. Nichtsdestotrotz bleiben Konkurrenten nicht außen vor und können für ihre Belange werben. Auch in den sozialen Medien sind die Parteien durchweg präsent und können frei agieren. Insgesamt betrachtet besteht jedoch das mediale Narrativ fort, nach dem der ANC als ehemalige Befreiungsorganisation und nun Dauerregierungspartei Hegemon bleibt.²³

²⁰ Vgl. Butler, Anthony: The ANC's campaign in 2014, in: Southall, Roger/Schulz- Herzenberg, Collette (Hrsg.): Election 2014 South Africa – The Campaigns, Results & Futures Prospects, Jacana/Konrad-Adenauer-Stiftung, Kapstadt 2014, S. 42-57

²¹ Vgl. Sole, Sam: Money Politics in South Africa: from covert party funding to the problem of Black Economic Empowerment, S. 187-200 und Jolobe, Zwelethu: Financing the ANC: Chancellor House, Eskom and the dilemmas of party finance reform, S. 201-217, beide in: Butler, Anthony (Hrsg.): Paying for Politics – Party Funding and Political Change in South Africa and the Global South, Johannesburg 2010

²² Vgl. De Vos, Pierre: You should have the right to know who owns the party you vote for, in: Daily Maverick, 13.02.2019, <https://www.dailymaverick.co.za/opinionista/2019-02-13-you-should-have-the-right-to-know-who-owns-the-party-you-vote-for/>, abgerufen am 15.03.2019 und Political Party Funding Act 2018, Act N°6 of 2018, zugestimmt am 21.01.2019, in: Government Gazette 23.01.2019, N° 42188, S.2-28

²³ Vgl. Duncan, Jane: The media and the 2014 elections: competition without diversity, in: Southall, Roger/Schulz-Herzenberg, Collette (Hrsg.): Election 2014

Wirtschaft und Soziales: Große Versprechungen, größere Erwartungen

26 Jahre nach den ersten freien Wahlen hat sich die sozioökonomische Situation der meisten Südafrikaner deutlich verbessert. Abgesehen von der Wirtschaftsleistung pro Kopf deuten viele Indizes darauf hin, dass es den meisten Menschen besser geht als vorher. Egal ob es um den Zugang zum Gesundheitssystem oder zu Bildung, Wasser- und Stromversorgung, Transport oder die allgemeine Lebenserwartung geht: statistisch gesehen steht das Land besser da als zuvor. Dennoch ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik der ANC-geführten Regierungen nicht frei von Kritik. Im Gegenteil, es ist vor allem die Ungleichheit, die zu Recht bemängelt wird und allorts im Lande sozialen Sprengstoff birgt. Noch immer leben Millionen Bürgern in prekären Verhältnissen in großer Armut. Einer Masse von rund 17 Millionen Sozialhilfeempfängern stehen nur rund fünf Millionen Einkommenssteuerzahlern gegenüber. Aufgrund der bestehenden Verhältnisse ist ein sozialer Aufstieg aus eigener Kraft schwer zu bewerkstelligen. Auch wenn das Erbe der Apartheid schwer wiegt, so tat die Regierung zu wenig um selbiges zu überwinden. Die räumliche Trennung der verschiedenen Hautfarben wurde kaum angegangen. Besonders in den ehemaligen Homelands, in denen noch heute etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt, ist die Schulsituation katastrophal und die Gesundheitsversorgung mangelhaft. Weit entfernt von den Industriezentren des Landes fristen hier die Bewohner noch heute ein Dasein in Armut und Chancenlosigkeit, ähnlich wie Afrikaner in anderen Problemregionen des Kontinents.

Der erste Versuch, eine makroökonomische Version für das Postapartheid-Südafrika zu entwickeln, bestand in der Verabschiedung des Reconstruction and Development Programme (RDP). Jedoch wurde es schon 1996 zugunsten des Growth, Employment and Redistribution-Programms (GEAR) ersetzt. 2012 wurde in der Regierungszeit Zumas der National Development Plan (NDP) als neuer wirtschaftspolitischer Leitfaden verabschiedet. Sowohl GEAR als auch der NDP setzten auf einen Sozialpakt zwischen Kapital und Arbeit mit dem Ziel, nachhaltige Beschäftigung zu fördern. Die in den Konzepten implizierten Arbeitsmarktreformen wurden jedoch stets durch die Intervention von Gewerkschaften unterbunden. Von einer ganzheitlichen Umsetzung von GEAR oder des NDP kann daher kein Rede sein. Linke Kritiker sehen in der Wirtschaftspolitik des ANC bisweilen einen „Verrat an der Revolution“, denn sie erwarteten nach dem Ende der Apartheid eine (noch) stärker pro-gewerkschaftliche und ausgabenfreudige Regierung. Stattdessen war die Finanzpolitik des ANC lange Zeit eher orthodox. Bereits 1996 lehnten der Gewerkschaftsdachverband Congress of South African Trade Unions (COSATU) und die South African Communist Party (SACP) – beide in Wahlallianz mit dem ANC – das GEAR-Programm mit dem Hinweis ab, es würde die Errungenschaften der demokratischen Revolution zurückdrehen und den Interessen des „weißen Monopolkapitals“ folgen.²⁴ Der rhetorische Schlagabtausch verdeutlicht die große ideologische Bandbreite, die in der Tripartite Alliance (ANC, COSATU, SACP) vorherrscht und immer wieder die Frage aufwirft, welche Position man zum globalen Finanzkapital und zur Arbeitsmarktpolitik einnehmen soll. Sowohl GEAR als auch NDP sehen einen gemischten Ansatz vor, der einerseits den Privatsektor als wichtig erachtet, andererseits sozialen Ausgleich schaffen will. Hierfür sind staatliche Interventionen vorgesehen. Am ehesten ist die Wirtschaftspolitik als sozialdemokratisch zu verstehen, die einen starken Staatsapparat mit großen Staatsunternehmen vorsieht, jedoch Raum für die Privatwirtschaft vorsieht. Nichtsdestotrotz brandmarkten COSATU und SACP die Konzepte als „neoliberal“ und verhinderten so ihre Umsetzung. Das Verhältnis zwischen Unternehmen

South Africa – The Campaigns, Results & Futures Prospects, Jacana/Konrad-Adenauer-Stiftung, Kapstadt 2014, S. 133-155

²⁴ Vgl. Natrass, Nicoli: Macro-economic visions and the labour-market question, in: State of the Nation 2014 – South Africa 1994-2014: A twenty year review, HSRC Press, Kapstadt 2014, S. 129

und Arbeitnehmerschaft blieb daher grundsätzlich konfrontativ. Millionen von Südafrikanern blieben somit im zunehmend bildungs- und kapitalintensiven Arbeitsmarkt außen vor.

Auch die Verstaatlichung der Minen, die Mandela noch 1989 vorsah, wurde nie umgesetzt. Laut Tito Mboweni, dem heutigen Finanzminister und damaliger Wegbegleiter Mandelas, war es kurioserweise die kommunistische Führung in China, die Mandela riet, er müsse mit der Zeit gehen und von Verstaatlichungen absehen.²⁵ Befürchtungen vor einer sozialistischen Politik wichen, je marktfreundlicher der ANC wurde. Interventionistische Markteingriffe behielt sich der ANC jedoch immer vor. Dazu gehört auch die Einführung eines Mindestlohns, der die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben sollte. Die Höhe des Mindestlohns gestaltet sich jedoch im globalen Wettbewerb weniger kompetitiv und so trug er u.a. zum Niedergang der Textilindustrie bei. Auch andere Produktionsfaktoren waren zu teuer im Vergleich zur asiatischen Konkurrenz. Ein Jobwunder blieb somit aus. An sich bräuchte Südafrika Wachstum in arbeitsintensiven Industrien, um Arbeitsplätze für Geringqualifizierte zu schaffen. Doch interne Richtungsstreitigkeiten und fehlende Rahmenbedingungen verhinderten dies. Internationale Investoren hielten lange Jahre der Regierung zugute, eine konservative Haushaltspolitik umzusetzen. Wichtiger Faktor hierfür war und ist die Unabhängigkeit der Zentralbank, die Preisstabilität bzw. eine geringe Inflation zum Ziel hat. Nach anfänglichen Schwierigkeiten 1994 gelang es der Regierung schnell eine ausgewogene Haushaltspolitik zu betreiben. 2007 konnte sogar ein Haushaltsüberschuss erzielt werden. Mit dem Amtsantritt von Jacob Zuma fand die konservative Wirtschafts- und Haushaltspolitik ein jähes Ende. Neben der expansiven Ausgabenpolitik, u.a. getrieben von Korruption und massiven Neueinstellungen im Staatssektor, wurden Anhebungen des Mindestlohns durchgesetzt, die nicht mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vereinbar waren. Investitionen in Südafrika setzen sich vor allem durch Unternehmensprofite und ausländische Direktinvestitionen zusammen. Mit dem abnehmenden Vertrauen internationaler Investoren in die Regierungspolitik und der Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechterten sich die ökonomischen Aussichten und das Wachstum verlangsamte sich. So ist es wenig verwunderlich, dass auch 26 Jahre nach Ende der Apartheid die Arbeitslosigkeit unverändert hoch ist und wenig Hoffnung besteht, dass sich das in nächster Zeit ändern wird. Über den gesamten Zeitraum betrachtet muss man dem ANC in Sachen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ein negatives Zeugnis ausstellen.²⁶

Präsident Ramaphosa versprach diesbezüglich Besserung. In seiner Regierungserklärung im Februar 2019 vor dem Parlament kündigte er an, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, indem er die großen Staatsunternehmen reformiert. Zudem versprach er Besserungen im Bildungssystem, um den Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften decken zu können. Mit dem weiteren Fokus auf Bereiche wie Tourismus und Landwirtschaft versucht er zeitgleich, mehr Geringqualifizierte in Lohn und Brot zu bringen. Versprechungen, Sozialausgaben anzuheben dürften jedoch angesichts der angespannten Haushaltslage unerfüllt bleiben.

Korruption und Vetternwirtschaft: It's our time to eat!

Das Thema, was in den vergangenen zehn Jahren wohl am meisten die Schlagzeilen südafrikanischer Medien bestimmt haben dürfte, ist Korruption und Vetternwirtschaft. Das

²⁵ Vgl. Nattrass, Nicoli: Macro-economic visions and the labour-market question, in: State of the Nation 2014 – South Africa 1994-2014: A twenty year review, HSRC Press, Kapstadt 2014, S. 130x

²⁶ Vgl. Mills, Greg/Herbst, Jeffrey: How South Africa works and must do better, Pan Macmillan South Africa, Johannesburg 2015, S. 183-195

Ausmaß veruntreuten Staatsgeldes hat dabei bisher nicht gekannte Höhen erreicht. Der „Report on State of Capture“ der ehemaligen Ombudsfrau Thuli Madonsela brachte unglaubliche Skandale ans Licht der Öffentlichkeit, die die systematische Vereinnahmung des Staatsapparates mittels Korruption durch Präsident Zuma und ihm nahe stehenden Personen offenlegte und den Rechtsstaat schwer beschädigte. So groß das Ausmaß der Korruption ist, so sehr ähneln die Fälle den klassischen Praktiken illegaler Vorteilsnahme, wie sie auch anderswo in hochkorrupten Ländern vorkommen und den Rechtsstaat untergraben.²⁷ Journalistin Marianne Merten rechnet vor, dass sich alleine in der letzten Legislaturperiode Zumas die volkswirtschaftlichen Schäden, die durch „State Capture“ ausgelöst wurden, auf rund 1,5 Billionen Rand (etwa 90 Milliarden Euro) belaufen – fast ein Drittel des jährlichen Bruttoinlandsprodukts Südafrikas.²⁸ Seit 2007 wurden aus dem südafrikanischen Bundeshaushalt direkt rund 15,6 Milliarden Euro veruntreut. Ferner trugen Korruption und Misswirtschaft in Staatsunternehmen zu den Verlusten bei. Ob Energiemonopolist ESKOM, die technisch bankrotte Fluggesellschaft South African Airways, die Staatseisenbahn- und Hafengesellschaft Transnet oder die Sparkasse VBS – die Liste von Staatsunternehmen, die sich aufgrund von „State Capture“ in finanzieller Schieflage befinden, ist lang. Die Versorgungssicherheit mit Basisdienstleistungen kann nicht mehr gewährleistet werden und führt dazu, dass es selbst im wirtschaftlichen Zentrum des Landes Gauteng regelmäßig zu Stromausfällen kommt. Besonders kurios waren Korruptionsfälle, an der die indische Unternehmerfamilie der Guptas beteiligt war. Sie bestimmten darüber mit, wer Minister werden durfte und verdienten Milliarden bei der Übernahme von Minen oder beim Erwerb von über tausend Lokomotiven durch Transnet. Andere Korruptionsskandale, wie im Fall der Versorgungsfirma Bosasa, zeigten die Dreistigkeit der Regierungselite, die sich durch ein System monatlicher Geldzuweisungen, aber auch mit profanen Dingen wie Finanzierung privater Feiern, Kostenübernahme von Strafmandaten oder Getränkelieferungen kaufen ließen und im Gegenzug Staatsaufträge an Bosasa vergaben.

Dazu kommen indirekte finanzielle Schäden, etwa durch die Benennung von Zuma-Getreuen in Ministerränge, die in der Folge Milliardenverluste an Börsen und eine Herabstufung der südafrikanischen Bonität hervorriefen, wodurch sich Zinskosten drastisch erhöhten. Während 2007 Südafrika noch ein Haushaltsüberschuss erwirtschaftete, klafft 2017 ein Haushaltsloch von 246 Milliarden Rand, umgerechnet 15,3 Milliarden Euro. Sowohl der heimische Privatsektor als auch ausländische Investoren blieben mit ihren Investitionen hinter den Erwartungen zurück, was ebenso eine Folge von „State Capture“ war. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich von 4,9 Prozent im Jahr 2006, als Thabo Mbeki noch regierte, auf 2,3 Prozent im Jahr 2010, obwohl noch 3,6 Prozent prognostiziert wurden. In den Jahren 2014 und 2015 nahm der Abwärtstrend zu als das Wachstum nur noch 1,5 und respektive 1,3 Prozent betrug. 2018 wurde mit 0,7 Prozent ein absoluter Tiefpunkt erreicht. Trotz der Wiederbelebungsversuche der Wirtschaft unter Präsident Ramaphosa bleibt Südafrika weit entfernt von einem signifikanten Wachstum. Laut Prof. Philippe Burger von der University of Free State sind mindestens fünf Prozent nötig, um die Rekordarbeitslosigkeit von 27 Prozent effektiv bekämpfen zu können.

Ramaphosa versprach in Sachen Korruption Aufklärung. Nach Jahren schlechter Regierungsführung, Korruptionsorgien und Verschwendungssucht im Staatsapparat ist diese

²⁷ Vgl. Mills, Greg: Uncovering Corruption is the easy Part, in: Daily Maverick, 27.02.2019 <https://www.dailymaverick.co.za/article/2019-02-27-uncovering-corruption-is-the-easy-part/>, abgerufen am: 03.03.2019

²⁸ Vgl. Merten, Marianne: State Capture wipes out third of SA's R4,9-trillion GDP – never mind lost trust, confidence, opportunity, in: Daily Maverick, 02.03.2019, <https://www.dailymaverick.co.za/article/2019-03-01-state-capture-wipes-out-third-of-sas-r4-9-trillion-gdp-never-mind-lost-trust-confidence-opportunity/>, abgerufen am 02.03.2019

bitter nötig. Bei aller Sympathie, die selbst die Finanzwelt und Investoren Ramaphosa entgegen bringen, sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Ramaphosa selbst während seiner Jahre in der Privatwirtschaft durch seine besten politischen Verbindungen zum schwerreichen Mann avancierte und seit 2013 Teil der Zuma-Regierung war. Außerdem lässt sich ein Korruptionsnetzwerk, das sich über Jahrzehnte entwickelte, nicht auf die Schnelle auflösen. Hierfür bedarf es Geduld, hartes Durchgreifen und einer veränderten Regierungskultur, bei der Staatstreue schwerer wiegt als die Suche nach individuellen Vorteilen. Ob der ANC diese Selbstreinigungskräfte aufbringen kann, ist fraglich, da ja ein Problem des Systems eben gerade die fehlenden „Checks and Balances“ sind, die sich durch die drückende Mehrheiten der Dauerregierungspartei in der Legislative und Exekutive ergeben.²⁹

Außenpolitik: Ideologie und Pragmatismus

Südafrika genoss in den 1990'er Jahren aufgrund der weitestgehend friedlichen Transformation einen exzellenten internationalen Ruf. Die Friedensnobelpreise für den ANC-Führer Mandela, der Versöhnung statt Rache predigte, sowie für FW de Klerk, der weitsichtig genug war und das Tor zur Transformation überhaupt erst öffnete, sorgten dafür, dass Südafrika nicht nur anerkannt war, sondern auch von allen Seiten internationale Unterstützung erhielt. Als ehrlicher Makler Afrikas saß das Land bei wichtigen internationalen Gipfeln mit am Tisch. Sportliche Erfolge, wie der Gewinn der Rugby-Weltmeisterschaft 1995 oder des Africa Cup of Nations im Fußball 1996 wurden von allen Hautfarben gefeiert und verstärkten den Eindruck, dass man um ein Zusammenwachsen der verschiedenen Ethnien zu einer „Regenbogennation“ ernsthaft bemüht ist. Mit dem Übergang zu Mbeki begann diese glorreiche Zeit erstmals zu schwinden. Daran hatte seine verfehlte HIV-Politik einen großen Anteil, deren Irrationalität weltweit für Verwunderung sorgte.³⁰ Gleichwohl zollte man ihm für sein Bemühen um den afrikanischen Kontinent im Rahmen der „African Renaissance“ großen Respekt. Unter Mbekis Führung wurde die New Partnership for Africa's Development (NEPAD) ins Leben gerufen, die die afrikanischen Regierungen ins Zentrum der Entwicklung rückten. In der Demokratischen Republik Kongo, Burundi und Sudan bemühte sich Mbeki um Friedensvermittlung. Die Länder des Kontinents erkannten in Südafrika einen Anwalt afrikanischer Belange in internationalen Foren. Zudem baute Mbeki die Beziehungen zu anderen sogenannten Schwellenländern wie Brasilien, Indien und China weiter aus. In den Jahren 2007 und 2008 war Südafrika erstmals Nicht- ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN). Seit langer Zeit bemüht sich Südafrika im Rahmen einer Reform der VN um einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat. Mit dem Übergang zu Jacob Zuma verabschiedete sich Südafrika vorerst von den vorderen Rängen der internationalen Diplomatie. Mit dem Parteitag von Polokwane von 2007 fand keine grundlegende veränderte Ausrichtung der außenpolitischen Richtlinie des ANC statt. Die USA werden weiterhin als „Hypermacht“ beschrieben, die das globale Spielfeld bestimmen um den „Imperialismus“ zu einem „raffinierten System“ zu entwickeln, dass die

²⁹ Vgl. Mathekga, Ralph: When Zuma goes, Tafelberg, Kapstadt 2016, S. 215-218 sowie Hoffman, Paul: Smoke and Mirrors – and no one is tackling grand corruption, in: DailyMaverick, 25.02.2019, <https://www.dailymaverick.co.za/opinionista/2019-02-25-smoke-and-mirrors-and-no-one-is-tackling-grand-corruption/>, abgerufen am 03.03.2019

³⁰ S. Shisana, Olive/Zungu, Nompumelelo/Simbayi, Leickness: South Africa's response to the HIV and AIDS epidemics, in: Meyiwa, Thenjiwe/Nkondo, Muxe/Chitiga-Mabugo, Margaret/Sithole, Mose/Nymnijoh, Francis (Hrsg.): State of the Nation 2014 – South Africa 1994-2014: A twenty year review, HSRC Press, Kapstadt 2014, S. 358 f.

Ausbeutung der Ressourcen durch Aggression und Gewalt fortsetze.³¹ Der Unterschied in der Außenpolitik Mbekis und Zumas lag weniger in der Rhetorik, der innerhalb des ANC angeschlagen wurde, sondern vielmehr im Verhältnis nach außen. Unter Zuma kühlte sich das Verhältnis zu den liberalen Demokratien des Westens etwas ab, während er die Beziehungen zu anderen Staaten ausbaute. Neben den erwähnten Schwellenländern war das auch Russland, mit dem er den Bau von Atomkraftwerken vereinbarte. Auch verlor Südafrika den Ruf, Sprachrohr des Kontinents zu sein. Vielmehr sahen die Nachbarländer diesen Anspruch als ungerechtfertigt und interpretierten Südafrikas Gebaren als arrogant. Dazu trug nicht nur die wirtschaftliche Stagnation Südafrikas bei, sondern auch das Auftreten vieler Südafrikaner im afrikanischen Ausland oder auch die Abschottung Südafrikas gegenüber dem Rest des Kontinents, bspw. in der Visapolitik. Im Gegensatz zu Zuma ist Ramaphosa um ein deutlich offeneres und investitionsfreundliches Südafrika bemüht. Bisher konnte er den Worten jedoch keine Taten folgen lassen.

Eine Konstante gibt es in der südafrikanischen Außenpolitik seit Ende der Apartheid: der Umgang mit anderen Befreiungsbewegungen in der Region. Aus alter Verbundenheit vermied es Pretoria stets, kritische Töne gegenüber anderen Befreiungsbewegungen anzuschielen. Am meisten hat davon Simbabwe Präsident Robert Mugabe profitiert, dessen krasse Menschenrechtsverletzungen Südafrika nicht kritisierte. Der Fall Simbabwe offenbart, dass die Außenpolitik Südafrikas im Zweifel ideologisch und nicht pragmatisch orientiert ist. Der Treueschwur zu ehemaligen Befreiungskämpfern anderer afrikanischer Staaten kannte bisher keine Grenzen. Ebenso hat Südafrikas Außenministerium stets eine Schwäche für linke Regime, auch wenn dem Land durch die Bindung keinerlei Nutzen erwächst. So unterhält Südafrika exzellente Beziehungen zu Ländern wie Kuba, Venezuela oder Bolivien (unter Evo Morales) in der verfehlten Annahme, es gäbe so etwas wie einen gemeinsamen Kampf linker Regime gegen eine vom Westen gesteuerte Aggression. Die Interpretation der Welt und die außenpolitische Rhetorik im ANC scheinen sich nach wie vor vom Kalten Krieg nicht verabschiedet zu haben. Obwohl das Land ein großer Nutznießer der Globalisierung ist und mit seinen Industrieprodukten wohl als einziges Land in Subsahara-Afrika an der globalen Wertschöpfungskette beteiligt ist, unterhielt das Land mit der Ausnahme Chinas eher schwierige Beziehungen zu den wichtigsten Handelspartnern und suchte sich ideologisch Verbündete, die teilweise in den Wirtschaftsbeziehungen des Landes eine untergeordnete Rolle spielen. Insgesamt hat das Land über die Jahre hinweg an außenpolitischem Gewicht verloren. Der angestrebte permanente Sitz im Sicherheitsrat scheint in weite Ferne gerückt, unter anderem auch, da Südafrika es verpasste, die Außenpolitik an die Realitäten der Welt anzupassen.³² Man muss abwarten, ob Ramaphosa Südafrikas Außenpolitik neue Impulse geben kann. Mit Naledi Pandor ist zwar im Mai 2019 eine ANC-Politikerin alten Schlages zur neuen Außenministerin ernannt worden, allerdings gilt sie im Gegensatz zu ihren Vorgängern als zugänglich und pragmatisch. Es wäre zuträglich, wenn die künftige außenpolitische Richtlinie verstärkt wirtschaftliche Interessen berücksichtigen würde. Länder wie Deutschland, die Vereinigten Staaten oder Großbritannien könnten bei einer investorenfreundlichen Politik sicherlich noch mehr zur Entwicklung Südafrikas beitragen. Ramaphosas Bekenntnis zu einer afrikanischen Freihandelszone ist bereits ein erster, begrüßenswerter Schritt zu außen- und wirtschaftspolitischer Vernunft, dem hoffentlich weitere positive Initiativen folgen.

³¹ Sideropoulos, Elizabeth: Die Außenpolitik Südafrikas in der Post-Mbeki-Ära, in: KAS Auslandsinformationen, Nr. 4/2009, S. 57 ff.

³² Vgl. Johnson, RW: The ANC's UN Security Council pipedream, in: Politicsweb, 24. Februar 2019, <https://www.politicsweb.co.za/comment/the-ancs-un-security-council-pipedream>, abgerufen am 27.02.2019

Landreform: Ein politisches Vabanquespiel mit dem Recht auf Eigentum

Ein Thema, das wiederkehrend in Südafrika für emotionale Diskussionen sorgte, ist die Landreform und in diesem Zusammenhang der Ausgleich von historisch bedingtem, strukturellem Unrecht, das der schwarzen Bevölkerungsmehrheit widerfuhr. Forderungen nach Rückgabe von Land gehen dabei bis auf den Natives Land Act aus dem Jahre 1913 zurück, der es Schwarzen untersagte, Land zu kaufen. In den folgenden Jahren wurde eine Vielzahl von Gesetzen verabschiedet, die Schwarze mit Blick auf Landbesitz diskriminierte oder sie entschädigungslos enteignete. Die Frage nach Rückgabe von Land oder Entschädigung für enteignetes Land war seit dem Ende der Apartheid ein wichtiges Thema.

Den Sachstand der Landpolitik fasst ein Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung wie folgt zusammen: „Im November 2017 wurde erstmals eine umfassende Evaluierung [der ANC-Landpolitik] veröffentlicht und sorgte für Furore. Dieser Bericht des High Level Panel on the Assessment of Key Legislation and the Acceleration of Fundamental Change unter Leitung des ehemaligen südafrikanischen Staatspräsidenten Kgalema Motlanthe deckte Gründe für die Missstände auf und prangerte die Regierung für das Scheitern der Landreform an: Diese sei fehlerhaft und intransparent konzipiert, Rahmenbedingungen, Ablauf, Ziele und Zielgruppen seien nicht klar. Umverteilte Farmen liegen heute oftmals brach oder sind nur wenig produktiv – dies liegt u.a. daran, dass die Regierung die neuen Landbesitzer nach der Umsiedlung alleine lässt, statt sie technisch oder finanziell dabei zu unterstützen, erfolgreiche Landwirte zu werden. Seit 2011 werden die Grundstücke zudem nicht mehr an die neuen Besitzer überschrieben, sondern verbleiben im Staatsbesitz und werden verpachtet – weswegen Bauern keine Kredite von Banken erhalten, die Eigentum als Sicherheit voraussetzen. Weiterhin kritisierte der Bericht die lange Bearbeitungszeit von Anträgen, elitäre Bereicherung und Korruption, schlechte Koordinierung innerhalb von Ministerien und eine unnötige Bürokratisierung. Nicht nur hat die Regierung keine kohärenten politischen Richtlinien vorgegeben, sondern auch ein viel zu geringes Budget für die Landreform zur Verfügung gestellt. Der Bericht kommt zum Schluss: Nicht die Verfassung und die Höhe der Entschädigungszahlungen sind schuld am langsamen Voranschreiten der Landreform, sondern der politische Unwille und das Versagen der Regierung, die bestehenden Gesetze korrekt anzuwenden. Bereits jetzt erlaubt es die Verfassung dem Staat auch ohne Einwilligung des Landeigentümers Enteignungen vorzunehmen, sofern einige Bedingungen erfüllt sind. Eine Entschädigung muss dabei nicht dem Marktwert entsprechen, sondern angemessen und gerecht sein und kann gegen null laufen. Sollten Landeigentümer und Regierung sich nicht über die Höhe der Entschädigung einigen können, muss ein Gericht darüber entscheiden. Diese Vorgehensweise hat der ANC jedoch nie verfolgt. Der Bericht empfiehlt daher eine Überarbeitung des Programms und eine veränderte Herangehensweise zur Umverteilung von Land. Dabei solle die Regierung auch stärker von ihren Befugnissen Gebrauch machen, Enteignungen vorzunehmen.“³³

Die seit 1994 debattierte Landreform hat sich zu einer politischen Hängepartie entwickelt und es ist kein Ende abzusehen. Neben dem Gewirr an realen Ansprüchen hat die ANC-Regierung über Jahre hinweg Lösungen versprochen, ohne jemals in der Lage gewesen zu sein, diese technisch, juristisch und politisch umzusetzen. Die Oppositionspartei EFF heizt mit radikalen Forderungen die Situation an und schürt Unmut gegen weiße Landwirte. Die Landfrage verkommt somit zu einer Stellvertreterdebatte über die Frage, bis zu welchem Grad und wie historisches Unrecht zwischen den Hautfarben ausgeglichen werden sollte.

³³ S. Braun, Michaela: Die Landreform als Zerreißprobe, in: Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung Südafrika, Johannesburg 2018, <https://www.kas.de/web/suedafrika/laenderberichte/detail/-/content/landreform-als-zerreissprobe1>, abgerufen am 27.02.2019

Darüber hinaus setzt der EFF den ANC unter Druck, dass dieser eine Verfassungsänderung durchsetzt, nach der entschädigungslose Enteignung von Landbesitz möglich ist. Da die Verfassung eine Enteignung unterhalb des Marktwertes bereits jetzt zulässt, wirft die geplante Verfassungsänderung die Frage auf, ob langfristig das Eigentumsprinzip infrage gestellt werden könnte. Die Verunsicherung von internationalen Investoren stieg somit im Zuge der Debatte um die Landreform erwartungsgemäß an. Viele Investitionen von landwirtschaftlichen Betrieben sind zudem durch Bankdarlehen finanziert, die durch die Landtitel abgesichert sind. Sollten diese entschädigungslos enteignet werden, kann dies Folgen für den Bankensektor haben, die viele Kredite abschreiben müssten. In der emotional geführten Landdebatte finden jedoch derartige Sachargumente und Überlegungen, wie man mögliche Risiken abmildern kann, wenig Eingang. Es bleibt zu hoffen, dass wirtschaftliche Vernunft mit der Aufarbeitung von Unrecht in Einklang gebracht werden kann. Gewissheit hierüber gibt es jedoch nicht.

Migration: Der schwelende Konflikt

Südafrika ist seit jeher ein Einwanderungsland. Die originären Einwohner, die Khoisan, gelten nicht nur als die ersten Siedler im heutigen Südafrika, sondern auch als genetisch älteste Menschengruppe der Welt. Erst tausende Jahre nach den Khoisan, schätzungsweise um 1000 n. Chr., siedelten sich schwarze Bantuvölker aus dem Norden kommend am Kap an. Die Ankunft der Holländer im Jahre 1652 markierte den Beginn der Kolonialzeit. Es erfolgten verschiedene Ströme von Migranten, größtenteils aus Europa, Indien und Südostasien. Neben kultureller Bereicherung kam es über große Zeiträume hinweg zu räumlicher Verdrängung und Verteilungskonflikten, die zunächst mit roher Gewalt ausgetragen wurden. Später sollten die gesellschaftlichen Konflikte in dem unmenschlichen und verabscheuungswürdigen Apartheidsystem enden, das die Vorherrschaft der Weißen auch rechtlich manifestierte und die große Mehrheit der Bevölkerung in Armut und Chancenlosigkeit festhielt. Der Zustrom von Migranten im 19. und 20. Jahrhundert geht vor allem auf den Bergbauboom und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze in den Minen zurück. Die größte Stadt des Landes, Johannesburg, gibt es nur aufgrund des Goldrausches, da die geographischen Gegebenheiten für eine Stadtgründung ungünstig waren. Auch nach Ende der Apartheid versiegte der Zustrom von Migranten nicht – im Gegenteil. Mit zunehmendem Bevölkerungswachstum auf dem Kontinent und steigender Mobilität suchen vor allem viele Afrikaner ihr Glück, in der industrialisierten Volkswirtschaft Südafrikas einen Arbeitsplatz zu ergattern. Auch aus Asien wandern weiterhin Arbeitsmigranten ein. Es sind vor allem Arbeitsplätze für Geringqualifizierte, die umkämpft sind. Doch auch um staatliche Leistungen, wie z.B. die staatliche Gesundheitsversorgung, gibt es Verteilungskämpfe.

Südafrika ist heute weltweit eines der größten Empfängerländer von Asylanten. Das liegt zum einen daran, dass es einen großen Zustrom von Migranten aus anderen afrikanischen Ländern gibt, die recht ungehindert über den Landweg aus verschiedenen Motiven nach Südafrika emigrieren. Zum anderen werden Asylanträge nur langsam bearbeitet, weshalb sich mit rund 1,4 Millionen statistisch eine so hohe Anzahl an Asylsuchenden ergibt. Derzeit werden zwischen 90 bis 95 Prozent aller Asylgesuche abgelehnt. Gerade einmal 3,3 Prozent der erfassten Bevölkerung in Südafrika sind Ausländer. Auf Basis der offiziellen Statistik ist es daher schwer zu behaupten, Ausländern nähmen Einheimischen Arbeit und Wohnraum weg. Allerdings gesellt sich zu den legalen Migranten eine hohe Dunkelziffer illegaler Einwanderer. Die Grenzsicherung ist mangelhaft und korrupte Grenzbeamte tragen zur Durchlässigkeit bei. Erste Anlaufstelle für illegale Einwanderer sind die Townships und informelle Siedlungen. Sie sind folglich die Brennpunkte, in denen es ohnehin harte Verteilungskämpfe gibt. Die Versprechungen des ANC, nach denen es allen Südafrikanern besser gehen werde, haben sich 26 Jahre nach Ende der Apartheid nicht für alle erfüllt. Diese

ökonomisch Abgehängten betrachten den Zustrom illegaler Einwanderer mit Missgunst und der Angst, sozial noch weiter abzusinken. Es bedarf daher nur wenig, um an diesen Orten ein politischen Brandherd zu entfachen. Ausländerkritische Agitation wird hier oft als Aufruf missverstanden, den Worten Taten folgen zu lassen. Afrikanische Einwanderer werden oftmals als „Sozialschmarotzer“ und Kriminelle diskreditiert, die den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Besonders in den Townships ist diese Annahme weit verbreitet, die in den letzten Jahren immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen führte.³⁴ Die Politik hat bisher kaum Lösungen auf die Probleme gefunden.

Ein besonderes Verhältnis pflegt Südafrika zu Simbabwe. Durch die Dauerkrise im nördlichen Nachbarland migrierten Millionen migrierten Millionen von Simbabwe in das südliche Nachbarland. Heutzutage arbeiten simbabwische Einwanderer in allen Wirtschaftsbereichen des Landes und tragen zu der Wirtschaftsleistung zu großen Anteilen bei. Gleichzeitig sorgt ihre Anwesenheit für gesellschaftliche Spannungen. Da die südafrikanische Regierung die politische Krise in Simbabwe aus alter ideologischer Verbundenheit zu den dortigen Befreiungskämpfern um den ehemaligen Präsidenten Robert Mugabe und seinen Nachfolger Emerson Mnangagwa nie als solche interpretiert hat, ist sie auch nie ernsthaft eingeschritten, um die Ursachen des Migrationsstroms aus Simbabwe zu beheben. Das Eingeständnis, dass die einstige simbabwische Befreiungsorganisation und heutige Dauerregierungspartei Zanu-PF abgewirtschaftet hat und abdanken sollte, hätte ein gleiches Narrativ für die Opposition in Südafrika bilden können. So verharrt Südafrikas Regierung seither in ihrer Haltung, dass es trotz der Abneigung gegen simbabwische Einwanderer offiziell kein Integrationsproblem gibt.

Ausblick: Zukunft nur mit Koalitionspolitik:

26 Jahre Demokratie veränderten Südafrika grundlegend. Das einstmals abgeschiedene, verschlossene wie gespaltene Land ist heute Teil der globalisierten Welt. Die politische Transformation von dem Unrechtsregime der Apartheid zu einer liberalen Demokratie brachte große gesellschaftliche Umwälzungen und eine veränderte Wirtschaftsordnung mit sich. Die ehemalige Befreiungsorganisation ANC musste schnell das Regieren lernen und war mit dieser Aufgabe bisweilen überfordert. Zwar konnte der Lebensstandard für die meisten Südafrikaner deutlich verbessert werden. Allerdings blieb das Ergebnis nach 26 Jahren ANC-Regierung hinter den Erwartungen zurück. Dies ist einer der Gründe für die gefühlte Enttäuschung unter vielen Südafrikanern und die weit verbreitete Politikverdrossenheit.³⁵ Südafrika ist nach wie vor eines der Länder mit der höchsten ungleichen Einkommensverteilung in der Welt. Der politische Diskurs suggeriert, dass dies ausschließlich auf das Erbe der Apartheid zurückzuführen ist und es werden Stellvertreterdebatten über die Enteignung der weißen Minderheit geführt, wie im Falle der Diskussion um Landenteignung auf Basis der Hautfarbe. Der Anteil weißer Südafrikaner an der Bevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich auf nur noch acht Prozent zurückgegangen und wird in den nächsten 15 bis 20 Jahren auf unter fünf Prozent fallen. Die Ungleichheit wird aber bestehen bleiben, trotz und gerade wegen der Wirtschafts- und Sozialpolitik des ANC. Die neue schwarze Elite des Landes hatte im Gegensatz zu der vorkolonialen afrikanischen Aristokratie, den holländischen und englischen Kolonialmächten sowie der Apartheidsrepublik unter Führung der Buren erstmals massive redistributive Maßnahmen vorgenommen, von der die Mehrheit der Bevölkerung profitierte. Besser

³⁴ Vgl. Suhr, Henning: Fäuste, Frust und Fremdenhass ins Südafrikas Wahlkampf, in: KAS-Länderbericht Südafrika, 24. April 2019, <https://www.kas.de/web/suedafrika/laenderberichte/detail/-/content/faeuste-frust-und-fremdenhass-in-suedafrikas-wahlkampf>

³⁵ Vgl. Eloffs, Theuns: Turning Point – South Africa at a Crossroads, Tafelberg, Kapstadt 2017, S. 216f.

konnte sich der ANC in der südafrikanischen Parteienlandschaft nicht positionieren, da vor allem die Masse der armen Bevölkerung mit der Wahlentscheidung für den ANC Zuweisung von Sozialhilfe verbanden. Noch heute ist der durchschnittliche ANC-Wähler arm, alt, rural, schwarz und hat einen unterdurchschnittlichen Bildungsgrad. Währenddessen konnten ANC-Funktionäre und ANC-nahe Personen auf legale wie illegale, legitime wie illegitime Weise eine neue Elite im Land bilden, die eine Änderung am Status Quo keinesfalls im Sinn hatte, wie einer der bekanntesten Intellektuellen Südafrikas, Moeletsi Mbeki, erläutert. Der ANC selbst unterband damit eine wirtschaftliche wie soziale Weiterentwicklung des Landes. Eine der Folgen ist, dass zu viele staatliche Zuweisungen in den Konsum fließen und zu wenig investiert wird. Das Land lebt somit von der Substanz der Vergangenheit.³⁶ Dazu kommt, dass die Korruption über die Jahre hinweg nicht wirksam bekämpft wurde und zusätzliche Ressourcen abschöpft, die für die Entwicklung des Landes dringend benötigt werden. Die Selbstbereicherungsmentalität der ANC-Funktionäre in Verbindung mit einer unzureichenden Bereitstellung staatlicher Basisdienstleistungen ist wichtigste Triebfeder für den weiteren Abwärtstrend des ANC.³⁷ Seitdem der ANC an der Macht ist, verspricht man die Korruption effektiv zu bekämpfen. Jedes Jahr – mit Ausnahme im Jahr 2016 – war dies Gegenstand der Regierungserklärung des Präsidenten vor dem Parlament. Bisher konnte der ANC keine Selbstbereinigungskräfte aufbringen und es ist fraglich, ob es angesichts der jährlichen Lippenbekenntnisse nun Cyril Ramaphosa gelingen wird, die Korruption einzudämmen.³⁸

In einem Gastvortrag bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Ubuntu Foundation³⁹ sagte der ehemalige Freiheitskämpfer und Verfassungsrichter Albie Sachs, er habe sich bei der Diskussion um die Gestaltung der neuen Verfassung stets für einen starken, ausgedehnten Grundrechtekatalog der Bürger eingesetzt. Dieser spiegelt sich heute in der vielbeachteten und weltweit anerkannten „Bill of Rights“ im zweiten Kapitel der Verfassung wider. Als Grund für sein hartnäckiges Streben während der Transformationszeit nannte Sachs nicht die Furcht, die Apartheid könne zurückkehren, sondern die Sorge, der ANC könne in ferner Zukunft seine Macht missbrauchen. „Wir brauchten eine neue, starke Bill of Rights nicht für den Schutz vor anderen oder der Sorge, die Apartheid könne zurückkehren, sondern für den Schutz vor uns selbst“, schilderte Sachs eindringlich. Damit machte er deutlich, dass jeder Politiker trotz edelster Absichten nicht davor gefeit ist, in einem Sumpf von Korruption, und Vetternwirtschaft oder gar Tyrannei zu enden. Der einzige Weg ist unabdingbare Treue zur demokratischen Verfassung. Während der Regierungszeit von Jacob Zuma, die in Politik und Medien gemeinhin als „neun verlorene Jahre“ gebrandmarkt werden, deutete sich bereits an, dass Rechtsstaatlichkeit und die verfassungsmäßige Ordnung schnell in Gefahr geraten können. Südafrika gilt zwar als eine stabile Demokratie, doch muss viel getan werden, damit diese weiterhin Bestand hat und nicht ausgehöhlt wird.

Präsident Ramaphosa tritt mit der richtigen Reformagenda an. Ohne das nötige Wirtschaftswachstum können Arbeitslosigkeit und weitere sozioökonomische Probleme nicht gelöst werden. Die Zustimmung zur Demokratie kann in der Folge dramatisch sinken. Allerdings ist es ausgerechnet die eigene Partei – der ANC – der die Umsetzung der

³⁶ Vgl. Mbeki, Moeletsi (Hrsg.): *Advocates of Change – How to overcome Africa's Challenges*, Picador Africa, Johannesburg 2011, S.6-13

³⁷ Vgl. Mashele, Prince/Qobo, Mzukisi: *The Fall of the ANC – What next?*, Picador Africa, Johannesburg 2014, S. 201-209

³⁸ Vgl. Politicsweb: *The road to kleptocracy*, 14. März 2019 in: <https://www.politicsweb.co.za/opinion/the-road-to-kleptocracy>, abgerufen am 15.03.2019

³⁹ Vortrag „Working with Madiba and Cyril“, gehalten von Albie Sachs im Atlantic Imbizo Conference Centre am 22. Februar 2019, Kapstadt

Reformagenda bekämpft. Die Heftigkeit der inneren Streitigkeiten in der Partei wirft die Frage auf, ob die Einheit des ANC künftig Bestand haben wird. Es bleibt abzuwarten, welche Kräfte sich mittel- bis langfristig in der Partei durchsetzen werden. Sollte die Politik der vergangenen Jahre beibehalten werden, droht dem Land der wirtschaftliche Abstieg – mit allen gesellschaftlichen Folgen.

Mit fortlaufender Dauer des Konflikts innerhalb des ANC und der damit einhergehenden Lähmung der Regierungsgeschäfte wird der Verdruss in der Bevölkerung weiterhin zunehmen. Während Südafrikas Bevölkerung in den letzten 26 Jahren von rund 35 Millionen auf etwa 57 Millionen anwuchs, blieb die absolute Anzahl an ANC-Wählern nahezu konstant bei zehn bis zwölf Millionen Wählern. Die abnehmende Wahlbeteiligung verschleierte jedoch die Tatsache, dass der ANC relativ gesehen an Zustimmung verlor. Es sind besonders junge Wählerschichten, die der ANC nicht mehr erreicht. Somit ist es eine Frage der Zeit, bis der ANC die Mehrheit verliert und die Bildung von Koalitionen notwendig wird, um eine Regierung zu bilden. Historisch gesehen ist dieser Prozess durchaus erklärbar, da die südafrikanische Gesellschaft hinsichtlich kultureller, sprachlicher, regionaler und ökonomischer Merkmale sowie der Apartheidbedingten Trennung in Hautfarbengruppen viel zu divers ist, als dass auf eine Partei die Mehrheit der Stimmen entfällt. Die Stärke des ANC ging bisher immer auf die historische Sondersituation zurück, denn die Dankbarkeit über die gewonnene Freiheit nach Ende der Apartheid drückte sich in Stimmen für den ANC aus. Mit Abnahme der Erinnerungen an die Apartheid schwindet auch die emotionale Verbundenheit zu der Partei. Noch fällt es den Oppositionsparteien schwer, aus dem Stimmen- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in den ANC politisches Kapital zu schlagen.

Mit dem Abwärtstrend des ANC und der Zunahme von Koalitionsregierungen auf lokaler, Provinz- und womöglich auch nationaler Ebene, kann sich das politische Machtspiel ändern. Das parlamentarische System Südafrikas, das keine Sperrklausel kennt, begünstigt Kleinstparteien bzw. neue politische Projekte. Bisher spielte dies keine Rolle, denn bisher war der Mehrheitsverlust des ANC nicht vorstellbar. Mit der Einkehr einer neuen politischen Realität könnte sich jedoch eine neue Dynamik entfalten, die es in der 26-jährigen Geschichte der südafrikanischen Demokratie so noch nicht gab. Es bleibt zu hoffen, dass der ANC – sollte er die Mehrheit verlieren – nicht in Autoritarismus und Populismus abdriftet, wie es das Schicksal ehemaliger Befreiungsbewegungen in Regierungsverantwortung in den Nachbarländern der Fall war.

Literaturverzeichnis

- Afrobarometer Dispatch N°248: Increasingly non-partisan, South Africans willing to trade elections for security, housing, jobs, in: <http://afrobarometer.org/publications/ad248-increasingly-non-partisan-south-africans-willing-trade-elections-security-housing>, 30.10.2018
- Butler, Anthony: Contemporary South Africa, 2. Auflage, Palgrave Macmillan, Hampshire 2009
- Butler, Anthony: Cyril Ramaphosa, 3. Auflage, Jacana, Johannesburg 2007
- Butler, Anthony (Hrsg.): Paying for Politics – Party Funding and Political Change in South Africa and the Global South, Johannesburg 2010
- Braun, Michaela: Die Landreform als Zerreißprobe, in: Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung Südafrika, Johannesburg 2018, <https://www.kas.de/web/suedafrika/laenderberichte/detail/-/content/landreform-als-zerreissprobe1>, abgerufen am 27.02.2019
- De Jager, South Africa: A democracy in the balance, in: Friend or Foe? Dominant Party systems in the Southern Africa
- De Vos, Pierre: You should have the right to know who owns the party you vote for, in: Daily Maverick, 13.02.2019, <https://www.dailymaverick.co.za/opinionista/2019-02-13-you-should-have-the-right-to-know-who-owns-the-party-you-vote-for/>, abgerufen am 15.03.2019
- Eloffs, Theuns: Turning Point – South Africa at a Crossroads, Tafelberg, Kapstadt 2017
- Feinstein, Andrew: After the Party – a personal and political journey inside the ANC, Jonathan Ball Publishers, Johannesburg 2007
- FW de Klerk Foundation/Konrad-Adenauer-Stiftung: South Africa – Beyond State Capture and Corruption, Conference Report, Kapstadt 2018
- Johnson, RW: How long will South Africa survive? The looming crisis, Jonathan Ball Publishers, Johannesburg 2015
- Hoffmann, Paul, Confronting the Corrupt – Accountability Now's battle against graft in SA, Tafelberg, Kapstadt 2016
- Hoffman, Paul: Smoke and Mirrors – and no one is tackling grand corruption, in: Daily Maverick, 25.02.2019, <https://www.dailymaverick.co.za/opinionista/2019-02-25-smoke-and-mirrors-and-no-one-is-tackling-grand-corruption/>, abgerufen am 03.03.2019
- Institute for Race Relations: South Africa Survey 2016, Johannesburg 2016
- Mandela, Nelson: Der lange Weg zur Freiheit, 21. Aufl., Fischer Verlag, Frankfurt a.M. 2016
- Mathekga, Ralph: When Zuma goes, Tafelberg, Kapstadt 2016
- Mashele, Prince/Qobo, Mzukisi: The Fall of the ANC – What next?, Picador Africa, Johannesburg 2014
- Mbeki, Moeletsi (Hrsg.): Advocates of Change – How to overcome Africa's Challenges, Picador Africa, Johannesburg 2011
- Merten, Marianne: State Capture wipes out third of SA's R4,9-trillion GDP – never mind lost trust, confidence, opportunity, in: Daily Maverick, 02.03.2019, <https://www.dailymaverick.co.za/article/2019-03-01-state-capture-wipes-out-third-of-sas-r4-9-trillion-gdp-never-mind-lost-trust-confidence-opportunity/>, abgerufen am 02.03.2019
- Meyiwa, Thenjiwe/Nkondo, Muxe/Chitiga-Mabugo, Margaret/Sithole, Mose/Nymnijoh, Francis (Hrsg.): State of the Nation 2014 – South Africa 1994-2014: A twenty year review, HSRC Press, Kapstadt 2014
- Mills, Greg/Herbst, Jeffrey: How South Africa works and must do better, Pan Macmillan South Africa, Johannesburg 2015
- Mills, Greg: Uncovering Corruption is the easy Part, in: Daily Maverick, 27.02.2019

- <https://www.dailymaverick.co.za/article/2019-02-27-uncovering-corruption-is-the-easy-part/>, abgerufen am: 03.03.2019
- Natrass, Gail: a short History of South Africa, Jonathan Ball Publisher, Johannesburg 2017
 - Pauw, Jacques: The President's Keepers, Tafelberg, Kapstadt 2017
 - Political Party Funding Act 2018, Act N°6 of 2018, zugestimmt am 21.01.2019, in: Government Gazette 23.01.2019, N° 42188, S.2-28
 - Politicsweb: The road to kleptocracy, 14. März 2019 in: <https://www.politicsweb.co.za/opinion/the-road-to-kleptocracy>, abgerufen am 15.03.2019
 - Public Protector South Africa (Hrsg.): State of Capture, Report N°6 of 2016/17, Südafrika, 14.10.2016
 - Johnson, RW: The ANC's UN Security Council pipedream, in: Politicsweb, 24. Februar 2019, <https://www.politicsweb.co.za/comment/the-ancs-un-security-council-pipedream>, abgerufen am 27.02.2019
 - Sideropoulos, Elizabeth: Die Außenpolitik Südafrikas in der Post-Mbeki-Ära, in: KAS Auslandsinformationen, XXXX, S. X-XX
 - Southall, Roger/Daniel, John (Hrsg.): Zunami! The 2009 South African Elections, Jacana/Konrad-Adenauer-Stiftung, Kapstadt 2009
 - Southall, Roger/Schulz-Herzenberg, Collette (Hrsg.): Election 2014 South Africa – The Campaigns, Results & Futures Prospects, Jacana/Konrad-Adenauer-Stiftung, Kapstadt 2014
 - Suhr, Henning: Fäuste, Frust und Fremdenhass ins Südafrikas Wahlkampf, in: KAS-Länderbericht Südafrika, 24. April 2019, <https://www.kas.de/web/suedafrika/laenderberichte/detail/-/content/faeuste-frust-und-fremdenhass-in-suedafrikas-wahlkampf>
 - Thuynsma, Heather (Hrsg.): Political Parties in South Africa: Do they undermine or underpin democracy?, Africa Institute of South Africa, Pretoria 2017
 - Van Zyl Slabbert, Frederik: the other side of history: An anecdotal reflection on political transition in South Africa, Jonathan Ball Publishers, Johannesburg 2006

Die vergessene Krise: Gesundheitspolitik in Südafrika und der Umgang mit HIV

HIV zählt zu den verheerendsten Pandemien unserer Zeit. Südafrika – das Land, in dem ein Fünftel aller weltweiten HIV-Fälle zu finden ist – konnte mittlerweile Fortschritte erzielen. Doch dies könnte sich ändern, wenn nicht möglichst alle HIV-positiven Einwohner konsequent antiretrovirale Medikamente einnehmen, riskantes Verhalten zu- und das Problembewusstsein in der Bevölkerung abnimmt. Erste Anzeichen hierfür gibt es bereits.

Michaela Braun

36,9 Millionen Menschen leben derzeit weltweit mit dem „Humanen Immunschwäche-Virus“ (HIV) und 35,4 Millionen sind bisher an den Folgen von HIV und AIDS gestorben. Dies stellt die globale Entwicklungspolitik vor eine große Herausforderung. HIV/AIDS hat nicht nur desaströse Auswirkungen für die erkrankten Individuen und betroffenen Gemeinschaften, sondern ist auch eine Bedrohung für die politische und wirtschaftliche Stabilität, Sicherheit und Entwicklung eines Landes. Das HI-Virus schädigt die körpereigenen Abwehrkräfte, indem es Immunzellen zerstört. Unbehandelt wird HIV zum *Acquired Immuno-deficiency Syndrome* (AIDS), wobei der Körper eindringende Bakterien (z.B. Tuberkuloseerreger), Pilze oder Viren nicht mehr bekämpfen kann. Das Virus wird durch verschiedene Körperflüssigkeiten übertragen. So kann es bei ungeschütztem Geschlechtsverkehr, Blut-zu-Blut-Kontakt (z. B. durch infiziertes Spritzbesteck bei Drogeninjektionen) und Mutter-Kind-Übertragung (Schwangerschaft, Geburt, Stillen) zu HIV-Infektionen kommen. HIV ist nicht heilbar, doch seit der Verbreitung antiretroviraler Medikamente (ARVs) behandelbar. Diese reduzieren die Viruskonzentration im Blut und verringern das Risiko, dass sich eine HIV-Infektion zu AIDS weiterentwickelt. ARVs erhöhen die Lebenserwartung von HIV-positiven Patienten deutlich, können jedoch schwere Nebenwirkungen haben und müssen ein Leben lang eingenommen werden.

Über erste Fälle von HIV/AIDS wurde Anfang der 1980er Jahre in den USA, Europa und afrikanischen Ländern berichtet. Bis Mitte des genannten Jahrzehnts hatte sich die Krankheit auf allen

fünf Kontinenten verbreitet, wobei das östliche und südliche Afrika zwischen Mitte der 1990er und Mitte der 2000er Jahre zum Epizentrum wurden. Durch gezielte Aufklärungskampagnen und frühzeitige Verbreitung von Kondomen sowie antiretroviraler Medikamente an die Bevölkerung gelang es einigen Schwellenländern wie Botswana, Namibia und Brasilien bereits ab Mitte der 1990er Jahre erste Erfolge im Rückgang von AIDS-Toten sowie von Neuinfektionen zu erzielen. Die internationale Gemeinschaft setzte es sich 2016 in den *Sustainable Development Goals* zum Ziel, die Ausbreitung der Pandemie bis 2030 vollständig einzudämmen. Dieses Ziel ist ambitioniert, denn die Prävention und Behandlung von HIV ist für Nationen weltweit nach wie vor eine Herausforderung. Die besonders unter dem HIV-Virus leidende Region ist Subsahara-Afrika, wo 25,7 Millionen Menschen HIV-positiv sind. Allein in Südafrika, dem Land mit der höchsten HIV-Rate, sind 20,6 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 49 Jahren an HIV erkrankt. Insgesamt sind 7,9 Millionen Menschen in Südafrika infiziert. Rund ein Drittel hiervon hat noch immer keinen Zugang zu antiretroviralen Medikamenten und die Zahl der jährlichen Neuinfektionen liegt bei 275.000. Jedes Jahr sterben in Südafrika zwischen 89.000 und 110.000 Menschen an Folgeerkrankungen von HIV und AIDS, wobei damit verbunden Tuberkulose (TBC) eine der häufigsten Todesursachen ist.

Südafrika gehört zu den Ländern mit dem höchsten Entwicklungsstand und Pro-Kopf-Einkommen in Afrika und verfügt über eines der fortschrittlichsten Gesundheitswesen des Kontinents. Warum jedoch sind die Infektionskrankheiten HIV und TBC ausgerechnet hier so weit verbreitet? Der vorliegende Beitrag geht dieser Frage nach, indem er zunächst den historischen Verlauf der Ausbreitung von HIV in Südafrika sowie einige Aspekte darlegt, die dabei eine Rolle spielten. Darauf folgend werden die gegenwärtige Situation analysiert und Faktoren identifiziert, die eine nachhaltige und umfassende Eindämmung von HIV in Südafrika nach wie vor erschweren. Im Anschluss versucht der Beitrag, einen Ausblick für Südafrika hinsichtlich künftiger Chancen und Risiken im Kampf gegen die Infektionskrankheit zu geben und dann Lehren für die globalen Bemühungen zur Eindämmung von HIV zu ziehen.

Der Umgang mit HIV / AIDS in Südafrika in der Vergangenheit

Die Anfänge der Epidemie

Zu Beginn der HIV/ AIDS-Krise in den 1980er Jahren befand sich Südafrika im Abseits: Obwohl 1982 erste Fälle von HIV verzeichnet wurden und der Höhepunkt der Epidemie das Land später als seine Nachbarländer erreichte, hatten die Apartheidregierung und auch der seit den ersten demokratischen Wahlen im Jahre 1994 regierende *African National Congress* (ANC) bis Mitte der 2000er Jahre keine effektiven Vorkehrungsmaßnahmen getroffen, sodass sich die Krankheit unaufhaltsam ausbreitete. Während 1990 nur 0,73 Prozent der Bevölkerung mit HIV infiziert waren, betrug die Rate 1994 bereits 7,57 Prozent und 2005 mit 4,78 Millionen Menschen 10,2 Prozent der Bevölkerung.

Einige der Gründe für die anfängliche HIV-Ausbreitung lassen sich zurückführen auf die schwierigen Ausgangsbedingungen Südafrikas aufgrund seiner Geschichte, die von einer rassistisch motivierten Politik des Apartheidsystems geprägt war, welche nicht-weiße Bevölkerungsgruppen vor allem auch in Gesundheits- und Bildungsfragen benachteiligte. Zudem war (und ist) in dem Land Arbeitsmigration besonders ausgeprägt.

Diese Faktoren machten Südafrika für eine Verbreitung einer Infektionskrankheit wie HIV besonders anfällig. Da die Ausbreitung der Epidemie dann zeitgleich mit dem demokratischen Wandel voranschritt, hatte die Regierung einen Kampf an zwei Fronten zu führen. Dabei war die erste demokratisch gewählte Regierung unter Nelson Mandela der Aufgabe nicht gewachsen, regulierende Interventionen umzusetzen, die den Ausbruch der Epidemie hätten verhindern können. Dies lag mitunter daran, dass sie mit der dringlichen Aufgabe beschäftigt war, eine neue, politisch stabile und nicht-rassistische Gesellschaft aufzubauen. Die

Regierungsgeschäfte fokussierten sich daher darauf, eine radikale Umwälzung des Unrechtssystems der Apartheid vorzunehmen hin zu einer Demokratie, was einhergehen musste mit umfassenden administrativen und systemischen Strukturänderungen.

Noch bis 2002 leugnete die Politik den Zusammenhang zwischen HIV und AIDS. Eine gezielte Bekämpfung des Virus fand nicht statt.

Regierungsversagen in der HIV-Politik unter Thabo Mbeki

Mit Amtsantritt des zweiten Staatspräsidenten seit der demokratischen Transition, Thabo Mbeki, nahm die HIV-Epidemie aufgrund der desaströs fehlgeleiteten Gesundheitspolitik ein alarmierendes Ausmaß an. Thabo Mbeki und seine Gesundheitsministerin leugneten, dass AIDS durch HIV verursacht wird, und weigerten sich, bis 2002 antiretrovirale Medikamente über den öffentlichen Gesundheitssektor zugänglich zu machen sowie internationale Hilfsgelder dafür anzunehmen. In dieser Zeit gab es nahezu keine auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen basierende und von der Regierung geförderte Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen zur HIV-Bekämpfung. Rote Beete, Vitaminpräparate und traditionelle Medizin wurden von Regierungsseite als Behandlung empfohlen.

Dies führte dazu, dass sich in den Jahren von 2000 bis 2005, 35.000 Neugeborene bei ihren HIV-positiven Müttern ansteckten, 330.000 Menschen in Folge von AIDS starben, Millionen Kinder zu Waisen wurden und die Anzahl der jährlichen HIV-Neuinfektionen auf 550.000 anstieg. Aufgrund der hohen Infektions- und Todesraten wirkt sich die Epidemie bis heute nicht nur negativ auf das individuelle Leben von Millionen Südafrikanern, sondern auch auf sämtliche Sphären der Gesellschaft aus. Der fragile Gesundheitssektor ist durch das erhöhte Patientenaufkommen überbeansprucht und die Wirtschaft hat massiv unter dem Ausfall qualifizierter Arbeitskräfte gelitten.

Erste Erfolge

Dass es zu einer Wende in der HIV-Politik kam, ist vor allem zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verdanken, die Druck auf die Regierung ausübten. Ab spätestens 1998 war bekannt, dass die Verabreichung antiretroviraler Medikamente an Personen mit HIV die Ansteckungsgefahr bei Geburt und Stillen für Neugeborene immens verringert, die Lebenserwartung von Infizierten erhöht und das Risiko einer Ansteckung beim Geschlechtsverkehr reduziert. Auch wenn es damit bereits theoretisch eine Behandlungsmethode gab, so waren die Medikamente nur über den privaten Erwerb zugänglich – und damit für die Mehrheit der Bevölkerung in Südafrika unerschwinglich. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die *Treatment Action Campaign* (TAC) setzten sich für den kostenlosen Zugang von ARVs über den öffentlichen Gesundheitssektor ein, mobilisierten die Öffentlichkeit, gingen gerichtlich gegen Pharmaunternehmen vor und erwirkten eine Senkung der Bezugspreise sowie den Zugang zu kostengünstigen Generika. Durch eine Klage gegen die südafrikanische Regierung beim Verfassungsgericht erreichten sie, dass ARVs ab 2002 bei besonders schweren Krankheitsverläufen über den staatlichen Gesundheitssektor zumindest an ausgewählten Orten kostenlos an Patienten vergeben wurden. Weitere Akteure, die zum Umdenken der ANC-Regierung beitrugen, waren die südafrikanischen Medien, die das Regierungsverhalten anprangerten, sowie privatwirtschaftliche Unternehmen wie *Anglo American*, BMW, Volkswagen, sowie der staatliche Strommonopolist *ESKOM*, die HIV-Programme und antiretrovirale Medikamente für ihre Mitarbeiter bereitstellten. Mit dem Rücktritt Mbekis 2007 und insbesondere seit der ersten Amtszeit des ehemaligen Gesundheitsministers Aaron Motsoaledi erzielte Südafrika seit 2009 Erfolge in der HIV-Politik. Heute verfügt das Land über das weltweit größte, durch ein öffentliches Gesundheitssystem finanzierte

Behandlungsprogramm mit ARVs, welches vorsieht, dass alle HIV-Infizierten sofort nach positivem Testergebnis eine Therapie erhalten. Die Regierung orientiert die Präventions- und Behandlungsmaßnahmen dabei an nationalen Fünf-Jahres-Plänen, die vom *South African National AIDS Council (SANAC)*, bestehend aus Vertretern von Regierung, Wissenschaft, NROs, Gewerkschaften, Kirchen und Privatwirtschaft, entwickelt werden. Zudem haben sich in den letzten zehn Jahren die vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel für HIV-Programme verdreifacht und beliefen sich 2016/2017 auf 22,1 Milliarden Rand (etwa 1,38 Milliarden Euro). Doch diese Bemühungen reichen nicht aus, um die komplexen Herausforderungen der HIV-Epidemie zu bewältigen. Bisher fehlen effektive Strategien zur Implementierung der Programme. Systemische politische Fehler, Korruption und mangelnde Effizienz beim Einsatz der Gelder behindern die vollständige Eindämmung ebenso wie Schwierigkeiten dabei, nachhaltige Verhaltensänderungen in der Bevölkerung zu erwirken.

Trotz der sinkenden Neuinfektionsrate wird Südafrika voraussichtlich nur das erste der „90-90-90-Ziele“ von UNAIDS bis 2020 erreichen.

Aktuelle Herausforderungen

Nach wie vor hat Südafrika Schwierigkeiten, alle HIV-positiven Menschen zu erreichen und langfristig zu behandeln. Die Anzahl HIV- und AIDS-bedingter Todesfälle hat sich seit 2004 zwar mehr als halbiert und die Anzahl der jährlichen Neuinfektionen ging um ein Drittel zurück. Dennoch kann Südafrika voraussichtlich nur das erste der „90-90-90-Ziele“ von UNAIDS bis 2020 erreichen. Derzeit erhalten ca. 4,4 Millionen Menschen eine ARV-Therapie. Allerdings entspricht dies lediglich 56 Prozent aller HIV-positiven Menschen im Land. Nur bei ca. 43 Prozent aller HIV-Positiven konnte bisher erreicht werden, dass sich das Virus unter der Nachweisgrenze befindet. Damit ist die Gefahr lange nicht gebannt: Die Anzahl der Menschen, die mit dem HI-Virus infiziert sind, erhöht sich kontinuierlich, was auf die verlängerte Lebenserwartung durch ARVs zurückzuführen ist. Das Risiko, dass diese Menschen andere anstecken, ist nur dann eingedämmt, solange sie sich konsequent in Behandlung befinden. Sowohl die Behandlung von TBC als auch von HIV erfordern jedoch eine große Eigenverantwortung und Disziplin des Patienten. Doch hier gibt es noch große Lücken. Viele kehren nach einer HIV-Diagnose nicht für die lebenslange Therapie zurück oder nehmen die Medikamente nicht regelmäßig ein. TBC-Fälle wiederum bleiben oft lange unentdeckt, da eine Diagnose schwer zu stellen ist, und erfordern eine Behandlung von sechs bis 24 Monaten.

Seit einigen Jahren scheint sich eine „HIV-Müdigkeit“ im Land einzuschleichen. Die Gefahr sei fast gebannt, so propagieren die Medien.

Nach wie vor infizieren sich täglich bis zu 750 Menschen in Südafrika mit HIV und die Anzahl der Todesfälle durch TBC bleibt hoch. Die HIV-Infektionsrate in bestimmten Bevölkerungsgruppen ist besonders besorgniserregend: Ein Drittel aller Neuinfektionen betrifft Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Weitere Risikogruppen, die hohe HIV-Raten aufweisen, sind u. a. Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter, sowie nicht-heterosexuelle Personen. Migranten und illegale Einwanderer, Kinder (v.a. Waisen) sowie Menschen in informellen Siedlungen gelten als besonders verwundbar. Doch welche Gründe gibt es für die Behandlungslücken und Neuinfektionen in Südafrika?

Faktoren für die anhaltende HIV-Epidemie in Südafrika

Das Problembewusstsein in Medien und Gesellschaft schwindet

Nach wie vor gibt es in Südafrika gravierende Wissenslücken über AIDS und darüber, wie man sich schützen kann. Selbst bei Personen, die vermeintlich aufgeklärt sind, scheint die Wahrnehmung des persönlichen Risikos, das mit einer Ansteckung einhergeht, abgenommen zu haben. Immer häufiger kommt es zu sexuell riskantem Verhalten, was die weite Verbreitung von ungeschütztem Geschlechtsverkehr und die Anzahl an Teenager-Schwangerschaften bestätigt. Es scheint sich eine Art „HIV-Müdigkeit“ einzuschleichen, die sich auch in einer – seit dem Einlenken der Regierung in der HIV-Politik – veränderten Medienberichterstattung niederschlägt. Berichte konzentrieren sich mittlerweile vorwiegend darauf, erzielte Erfolge in der HIV-Eindämmung und Nebenwirkungen von ARVs hervorzuheben, anstatt die weiterhin große Gefahr, die von der Epidemie ausgeht, zu betonen und so das Bewusstsein in der Bevölkerung weiter zu schärfen.

Soziale Verstärker wirken als Treiber der HIV-Ausbreitung

Eine weitere Herausforderung im Kampf gegen HIV ist, dass es sich nicht nur um ein medizinisches Problem handelt, sondern sozioökonomische und kulturelle Faktoren ebenfalls eine Rolle spielen. Eine Verhaltensänderung zu erwirken erweist sich daher als schwierig. Die Verbreitung von HIV variiert stark je nach Alter, Geschlecht, Wohnort, sozioökonomischem Status, Bildungsgrad und persönlichen Überzeugungen. Studien belegen einen Zusammenhang zwischen der Verbreitung der Epidemie und sozioökonomischen Faktoren wie Armut und Ungleichheit. Südafrika gilt als eines der Länder mit der höchsten Ungleichheit weltweit. 45 Prozent der Bevölkerung leben von maximal zwei US-Dollar pro Tag. Die Auswirkungen schlagen sich besonders im Gesundheitsbereich nieder. So sind arme und schwarze Bevölkerungsgruppen besonders von Infektionskrankheiten wie TBC und HIV betroffen. Die HIV-Infektionsrate ist mit 16,6 Prozent in der schwarzen Bevölkerung am höchsten (5,3 Prozent Coloureds, 0,8 Prozent Inder/Asiaten, 1,1 Prozent Weiße).

Weitere strukturelle Aspekte und soziale Normen begünstigen die Verbreitung von HIV insbesondere in den urbanen Townships sowie strukturschwachen ländlichen Gebieten. Hierzu gehören Alkohol- und Drogenmissbrauch, hohe Arbeitslosigkeit, kaputte Familienstrukturen sowie patriarchalisch geprägte Rollenbilder und Gewalt. Dabei verzeichnet Südafrika weltweit mit die meisten Fälle von Vergewaltigungen sowie sexueller Gewalt gegen Frauen. Sexuell riskante Verhaltensweisen wie Promiskuität und Polygamie sind zudem weit verbreitet und wurden selbst vom ehemaligen Staatspräsidenten Jacob Zuma vorgelebt. Außerdem sind Sexualbeziehungen geläufig, in denen ein großer Altersunterschied besteht und die von asymmetrischen Machtverhältnissen zwischen den Partnern sowie finanziellen Abhängigkeiten geprägt sind. So infizieren sich häufig junge Mädchen bei älteren Männern, die oftmals kein Kondom benutzen wollen, aber auf deren finanzielle Unterstützung eben diese Mädchen angewiesen sind.

Mythen um HIV und AIDS stiften Verwirrung und behindern Aufklärung

Wie andere Länder Afrikas ist auch Südafrika teils konservativ sowie religiös geprägt und der Glaube an traditionelle Medizin ist mancherorts noch verbreitet. Noch immer ranken sich Mythen um die HIV-Behandlung und -Prävention. Geläufige Ideen sind zum Beispiel, dass Sex mit Jungfrauen AIDS heilen könne, bestimmte Blutgruppen immun gegen den Virus seien oder dass Duschen nach dem Sex gegen HIV schütze (eine Aussage des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma). Die Stigmatisierung Betroffener ist nach wie vor präsent. Zugleich stehen einige Südafrikaner antiretroviralen Medikamenten weiterhin skeptisch gegenüber. Insbesondere die desaströse und widersprüchliche HIV-Propaganda der Regierungsvertreter in der Vergangenheit trug nachhaltig zu Misstrauen bei und stiftete Verwirrung, was sich bis heute negativ auf den Erfolg von Aufklärungsmaßnahmen auswirkt.

Das staatliche Gesundheitssystem ist überfordert

Die im nationalen Plan entworfenen HIV- und TBC-Programme werden von den Gesundheitsbehörden in den Provinzen koordiniert und vorwiegend in staatlichen allgemeinmedizinischen Einrichtungen auf Kommunalebene sowie in Gemeindezentren und durch Nichtregierungsorganisationen ausgeführt. Sie stehen der Bevölkerung kostenlos zur Verfügung. Das zuständige Gesundheitspersonal setzt sich vor allem aus Krankenschwestern und Gemeindef Helfern zusammen. Damit bilden die öffentlichen Einrichtungen das Fundament für die Eindämmung von Infektionskrankheiten. Doch diese, wie der staatliche Gesundheitssektor insgesamt, stehen seit Jahren in der Kritik und leiden massiv unter dem Mangel an ausreichendem und qualifiziertem Personal, Medikamenten und technischer Ausstattung. Die Wartezeiten für Patienten können lange ausfallen und ARVs sowie Verhütungsmittel sind oft monatelang vergriffen. Qualität und Anzahl sowohl der Einrichtungen als auch des Gesundheitspersonals variieren stark je nach geografischer Lage. Studien aus Südafrika belegen, dass sich einige Patienten nicht ausreichend aufgeklärt und teils vom Gesundheitspersonal schlecht behandelt fühlen. Diese Schwächen des staatlichen Gesundheitssystems beeinträchtigen den Erfolg der Programme zur Eindämmung der Infektionskrankheiten, da sie dazu führen, dass viele HIV-positive oder an TBC erkrankte Menschen die Behandlung abbrechen.

Schlechte Regierungsführung und mangelhafte Umsetzung geplanter Maßnahmen beeinträchtigen HIV-Programme

Dass die HIV-Epidemie in Südafrika ein solches Ausmaß erreichen konnte und es weiterhin Behandlungslücken sowie eine hohe Rate an Neuinfektionen gibt, liegt auch an der schlechten Regierungsführung des ANC. Zwar hat die Partei nach AIDS-Leugnung und Versäumnissen in der HIV-Politik inzwischen in Zusammenarbeit mit der Zivilbevölkerung gute Maßnahmen und Gesetze zur Bekämpfung von HIV entwickelt, jedoch wurden diese bislang nicht effizient umgesetzt. Weiterhin versäumt es die Regierung bis heute, das öffentliche Gesundheitswesen als Basis für eine effektive Implementierung der HIV-Programme durch ausreichend Budget, Personal, und Infrastruktur zu stärken.

Dies liegt einerseits an schlechter Haushaltsführung und Planung der Finanzen: Der Staat stellt 12,19 Prozent seines Haushaltsetats für Gesundheit zur Verfügung und die Pro-Kopf-Ausgaben im Gesundheitsbereich sind hinsichtlich der Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Schwellenländer vergleichsweise hoch. Dennoch weist der staatliche Gesundheitssektor erhebliche Defizite auf, eine effektive Reform blieb bisher aus und das Budget reicht nicht, um genügend qualifiziertes Personal zu beschäftigen und eine adäquate Ausstattung zu garantieren. Um bessere Ergebnisse zu erzielen, müsste die Regierung die vorhandenen Gelder daher effizienter einsetzen. Dies führt andererseits zu einem weiteren Faktor, der die Regierungserfolge des ANC beeinträchtigt: Besonders in den Jahren unter Präsident Jacob Zuma erreichten die Fälle von Korruption und politischer Patronage innerhalb der Regierungspartei Rekordmaße. Steuergelder, die z. B. für HIV-Programme vorgesehen waren, wurden für die eigene Bereicherung des Parteikaders und damit verbundenen Unternehmen verwendet. Von diesem Nepotismus blieb auch der staatliche Gesundheitssektor nicht verschont: Das öffentliche Gesundheitssystem wurde systematisch ausgehöhlt, was sich unmittelbar auf den Erfolg von HIV- und TBC-Programmen auswirkte. Weiterhin trugen mangelhafte Planung und Koordinierung zwischen Landes-, Provinz- und Kommunalregierung sowie zwischen Ministerien und Behörden, aber zusätzlich auch eine inkonsequente Implementierung von Richtlinien und Verfahrensweisen dazu bei, dass Ziele der nationalen Strategiepläne teilweise nicht erreicht wurden. Damit hemmen systemische Hindernisse in Form von Ineffizienz, Korruption und Missmanagement, die sich in einigen Bereichen südafrikanischer Politik finden, bis heute nachhaltige und signifikante Entwicklungsfortschritte.

Ausblick für Südafrika

Die Zukunft der HIV-Eindämmung hängt in Südafrika von guter Regierungsführung und klarem Vorgehen gegen Korruption ab. Hier steht die Gesundheitspolitik für die generell defizitäre Regierungsleistung des ANC. Nicht nur muss die Regierung konsequent dafür sorgen, dass Gelder für HIV-Programme ihrem ursprünglich angedachten Zweck zugutekommen, es ist auch eine bessere Koordination zwischen den einzelnen Regierungs- und Verwaltungsebenen sowie eine konsequente Umsetzung und Überwachung der theoretisch sinnvollen politischen Maßnahmen nötig. Besonders auf Provinz- und Distriktebene fehlt es hierfür jedoch an Kapazitäten. Dabei könnte SANAC – die mit der Konzipierung von HIV-Programmen beauftragte multisektorale Landesinstitution – effizient mitwirken, wenn ihre Strukturen in den Provinzen verbessert würden. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit könnte hier einen Beitrag zur Stärkung der lokalen Regierung und Verwaltung, Planung und Budgetierung leisten. Weiterhin ist das Engagement einer aktiven Zivilgesellschaft sowie der Medien nötig, die Regierungsverantwortlichen bei Missmanagement zur Rechenschaft zu ziehen und dafür zu sorgen, dass HIV weiterhin oben auf der Agenda steht. Chancen bestehen u. a. darin, einen stärkeren Austausch zwischen öffentlichem und privatem Gesundheitssektor zu fördern sowie das Gesundheitssystem zu reformieren. Die Hoffnungen Südafrikas liegen hierbei auch auf dem neuen Gesundheitsminister Zweli Mkhize, der seit 29. Mai 2019 dieses Amt bekleidet. Herausforderungen werden die anhaltend hohe Urbanisierung sowie die Anzahl an Migranten und illegalen Einwanderern darstellen, die in Südafrika kostenlos staatliche Behandlungsprogramme erhalten und insbesondere Gesundheitseinrichtungen in Metropolregionen zusätzlich belasten. Um langfristig noch weniger auf internationale Hilfsgelder angewiesen zu sein, wird Südafrika weitere Möglichkeiten finden müssen, seine Programme stärker durch inländische Mittel zu finanzieren und die Gelder effizienter einzusetzen.

Lehren aus Südafrika für den globalen Kampf gegen HIV

Um die Verbreitung von HIV zu stoppen, müssen möglichst alle HIV-positiven Menschen eine Diagnose erhalten und sich dauerhaft behandeln lassen. Zudem muss eine umfassende Aufklärung erreicht werden. Am Beispiel Südafrika lassen sich Lehren für die HIV-Bekämpfung ziehen, die im globalen entwicklungspolitischen Kontext zu beachten sind.

Die Eindämmung von HIV ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung

Der späte Aufbau der medizinischen Versorgung für HIV-Betroffene ist eines der größten Versäumnisse der südafrikanischen AIDS-Politik. Doch insbesondere in den letzten zehn Jahren wurden in Südafrika aussichtsreiche Projekte initiiert. Hierzu gehört die partizipative Entwicklung nationaler Strategiepläne durch die Regierung und ein Expertengremium – basierend auf internationalen wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen. Aussichtsreich ist der Ansatz, neben staatlichen Gesundheitseinrichtungen auch Gemeindezentren, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie HIV-Betroffene als Helfer und die Gemeinden vor Ort direkt in die Umsetzung von HIV-Programmen einzubeziehen. Dadurch sollen bisher nicht erreichte Personen angesprochen, durch das Nachfassen eine dauerhafte Behandlung gesichert und letztlich Tabus abgebaut werden. Um nachhaltige Erfolge zu erzielen, müssen solche Pläne jedoch mit konkreten Implementierungsstrategien und der Zuteilung von Verantwortungen auf allen Regierungs- und Behördenebenen einhergehen. Eine adäquate Finanzierung muss so erfolgen, dass staatliche Einrichtungen flächendeckend mit ausreichend antiretroviralen Medikamenten und Präventionsmitteln, technischer Ausrüstung und geschultem Personal ausgestattet sind und über hinreichend Kapazitäten für Dokumentation, Nachfassen und Beobachtung der HIV-Fälle verfügen.

Zielgruppengerechte HIV-Programme und flankierende Maßnahmen fördern Verhaltensänderung

Um eine dauerhafte Eindämmung und Verhaltensänderung zu erwirken, ist eine Kombination aus Maßnahmen erforderlich, die den sozioökonomischen Kontext, in dem sich die Krankheit verbreitet, adressiert. Makroökonomische, gesundheits- und sozialpolitische Strategien müssen auf Armutsbekämpfung abzielen, den Zugang zu Gesundheitsversorgung sichern und Aufklärung über gesunde Lebensführung umfassen. Zudem müssen sie Interventionen zur Bekämpfung von Gewalt, sowie den Abbau patriarchalischer Männlichkeitsbilder und ein Vorgehen gegen die Diskriminierung Betroffener enthalten. Eine wichtige Aufgabe in den internationalen Bemühungen wird es auch künftig sein, bisher nicht erreichte Personen sowie besonders verwundbare Bevölkerungs- und Risikogruppen zu adressieren und Verhaltensmuster zu durchbrechen, die es wahrscheinlicher machen, dass sich HIV in einer Gesellschaft ausbreitet.

Präventionskampagnen wirken am besten, wenn sie den Individuen verständlich vermitteln, welche Auswirkungen eine Ansteckung mit HIV auf ihr eigenes Leben hat, und Schutzmittel wie männliche und weibliche Kondome, Präexpositionsprophylaxe (PreP) und Mikrobizide (z. B. antiretrovirale Vaginalgels zur Vorbeugung) möglichst überall kostenfrei zugänglich sind. Außerdem sollten freiwillige, medizinisch korrekt ausgeführte männliche Beschneidungen – die das Risiko der Übertragung von HIV beim Geschlechtsverkehr von Frau zu Mann deutlich verringern – kostenlos über das staatliche Gesundheitssystem durchgeführt werden. Es muss sichergestellt werden, dass sich jeder Mensch mit wenig Aufwand über HIV informieren kann. Dabei müssen die Programme ziel- gruppengerecht ausgerichtet und die Aufklärung dazu über passende Kommunikationskanäle verbreitet werden.

Test-, Beratungs- und Behandlungsangebote erreichen umso mehr Menschen, je unmittelbarer sie in Orten des Alltags integriert sind, z. B. am Arbeitsplatz, in den lokalen Gesundheitszentren, Freizeiteinrichtungen sowie durch automatisierte Medikamentenausgaben, telefonische und onlinebasierte Beratungsstellen und Apps. Die Verbindung verschiedener Programme (HIV-Programme in der Mutter-Kind-Vorsorge und als Teil der Standard-Vorsorgeuntersuchungen, Co-Diagnosen von TBC und HIV, Sexualkunde und Sozialisierung bzgl. Geschlechterbilder an Schulen) kann zu einer höheren Nutzungsrate sowie zu einem effizienteren Einsatz von Ressourcen führen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ansprechpartner in Südafrika:

Henning Suhr

Auslandsmitarbeiter Südafrika

henning.suhr@kas.de

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

www.kas.de/suedafrika

Ansprechpartner in Deutschland:

Tilmann Feltes

Länderreferent Südliches Afrika

tilmann.feltes@kas.de

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“,

CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildrechte Titelfoto: Astrid Badell

Bildrechte Länderbericht Südafrika hat gewählt:
Henning Suhr

Bildrechte Länderbericht ESKOM – Südafrikas

Gretchenfrage: Storm Signal – Power of One